



# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



Reger Austausch im Rahmen der Verbandsversammlung: V. l. - Irmgard Badura, Behindertenbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Gesundheitsministerin Melanie Huml und Josef Mederer, Präsident des Bayerischen Bezirkstags. □

## Bayerischer Bezirkstag in Altötting:

# Inklusion konkret

Beim Begriff Inklusion wird oft an Schulen gedacht, sie findet aber auch an anderen Orten statt. Gesundheitsministerin Melanie Huml nahm deshalb bei der Vollversammlung des Bayerischen Bezirkstags in Altötting die Pflegeheime ins Visier.

Die Ministerin strebt deutliche Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen im Freistaat an. Wichtig sei dabei auch eine barrierefreie Gestaltung von Pflegeeinrichtungen: „Unsere pflegebedürftigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern verdanken wir unseren heutigen Wohlstand. Wir schulden ihnen den Erhalt ihrer Teilhabemöglichkeiten.“

### Wichtige Regelungen

Laut Huml „haben wir bereits wichtige Regelungen auf den Weg gebracht. Sie sind zugleich so flexibel, dass eine wirtschaftliche Überforderung der Träger vermieden wird. Klar ist: Es kostet viel Geld, Barrierefreiheit umzusetzen. Dennoch hält das Bayerische Kabinett an dem Ziel fest, dass der Freistaat im öffentlichen Raum barrierefrei werden soll.“ Ein derart wichtiges Ziel wie die Inklusion sei komplex und nicht leicht zu erreichen, räumte die Ministerin ein. Dies

aber dürfe kein Grund sein, sich den notwendigen Anstrengungen gar nicht erst zu stellen.

Huml dankte den Bezirken für ihren Einsatz bei der Inklusion: „Die Bezirke leisten hier Enormes – etwa in den Berufsbildungszentren. Dort werden Menschen mit Behinderungen Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben aufgezeigt. Solch positive Beispiele würde ich mir noch viel mehr wünschen.“

Die Ministerin verwies darauf, dass in Bayern derzeit fast 1,2 Millionen schwerbehinderte Menschen, sprich 9,2 Prozent der Bevölkerung, leben. „Die Teilhabe von Menschen mit Behinderung ist seit vielen Jahren ein zentraler Bestandteil der Politik in Bayern. Das wird auch künftig so sein.“

### Veränderungsbedarf

Das Franziskuswerk Schönbrunn zählt zu den größten Einrichtungen für Menschen mit Behinderung in Bayern. Rund 850 Betroffene aus allen Altersgruppen leben in unterschiedlichen Wohnformen der Einrichtung. Schulen, Kindergärten, Werkstätten, ein Cafe, eine Gärtnerei, eine eigene Biogasanlage und vieles mehr gehören zum Dorf Schönbrunn. Man könnte meinen, das Dorf biete alles, was Menschen mit Behinderung im Alltag benötigen. Und dennoch: Das Franziskuswerk möchte vieles verändern, um die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) umzusetzen.

Geschäftsführer Markus Tolksdorf stellte deshalb die Einrichtung gemeinsam mit Bewohnern bei der Vollversammlung in Altötting vor. Die Delegierten erfuhren, mit welchen Konzepten die Einrichtung auf die Herausforderungen der Konvention reagiert. Das Franziskuswerk hat das Umwandlungsprojekt „Auf dem Weg

(Fortsetzung auf Seite 2)

Dr. Ulrich Netzer:

# Der Kunde steht im Mittelpunkt

GZ-Interview mit dem Präsidenten des Sparkassenverbands Bayern

Am 1. Mai übernahm Dr. Ulrich Netzer, ehemals Oberbürgermeister der Stadt Kempten, den Vorsitz im Vorstand des Sparkassenverbands Bayern. Der promovierte Jurist durchlief seit 1983 verschiedene Positionen in der Finanzverwaltung in München und wechselte 1993 als Leiter des Ministerbüros an das Finanzministerium Mecklenburg-Vorpommern nach Schwerin. Finanzpolitische, steuerliche und betriebswirtschaftliche Inhalte prägten auch seine Laufbahn als Oberbürgermeister und damit Verwaltungsratsvorsitzender der Sparkasse Allgäu. Bereits seit zwölf Jahren ist Ulrich Netzer Mitglied im Verbandsverwaltungsrat des Sparkassenverbands Bayern und damit stets intensiv in die Entscheidungen der Sparkassen-Finanzgruppe Bayern eingebunden. Über künftige Schwerpunkte und Ziele seiner neuen Tätigkeit sprach der neu berufene Präsident mit der Bayerischen Gemeindezeitung.

**GZ:** Herr Dr. Netzer, Sie sind ein ausgewiesener Finanzfachmann mit hervorragender regionalpolitischer Erfahrung. Welche Prioritäten setzen Sie als Präsident des Sparkassenverbands Bayern?

**Netzer:** Tatsache ist: Im Mittelpunkt der über 200 Jahre alten Sparkassenidee steht seit jeher der Kunde. Unsere Sparkas-

sen haben den Auftrag, und sie haben als Marktführer auch den Anspruch, in den Regionen Bayerns verlässlich Finanzdienstleistungen für Bürger, Unternehmen und Kommunen zu erbringen. Trotz der sich verschlechternden Rahmenbedingungen gilt es für die Sparkassen, die individuellen Bedürfnisse der Kunden zu deren Zufriedenheit zu er-



Eva Mang, SVB-Pressesprecherin (l.) und Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, im Gespräch mit Theresa (2. v. l.) und Anne-Marie von Hassel (r.) von der Bayerischen Gemeindezeitung. □

füllen und gleichzeitig ein vernünftiges Betriebsergebnis zu erzielen. Die Sparkassen sind dabei nahe an der Realwirtschaft und sie sind der Partner des Mittelstands in der Region.

**GZ:** Welche Themen zeichnen sich im Moment ab?

**Netzer:** Es sind drei große Themenkomplexe: Dazu zählt zunächst die Niedrigzins-Phase. Sie behindert die Vermögensbildung der Sparer und belastet sowohl die Sparkassen als auch ihre Verbundunternehmen. Das drückt auf die Zinsspanne und letztlich auf das Geschäftsergebnis.

Ein weiteres Thema ist die Bankenregulierung, die die verschiedenen Risikolagen der Banken und deren unterschiedliche Strukturen oft nicht berücksichtigt. Dies führt zur Überforde-

rung sowie zur Fehlbelastung der Sparkassen und der kleinen Banken.

Hinzu kommt, dass auch die digitale Welt die Bedürfnisse unserer Kunden verändert. Als Sparkasse gilt es, auf allen Kanälen - von der Geschäftsstelle bis zum Web 2.0 - Gesicht zu zeigen. Denn egal über welchen Kanal ich kommuniziere: Vertrauen entsteht durch eine persönliche Beziehung.

**GZ:** Und genau das ist doch die Stärke der Sparkassen!

**Netzer:** Exakt. In Bayern gibt es 71 selbstständige Sparkassen, die sich in ihrem jeweiligen Wirtschaftsraum individuell auf ihre Kunden einstellen. Damit punkten die Sparkassen. Die Kernfrage der nächsten Jahre ist nun, wie wir das Zusammenspiel aus diesen 71 Einzelkräften und

(Fortsetzung auf Seite 4)

## KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss in München:

# Forderungen zum FAG 2015

Wenige Tage vor Beginn der Gespräche mit den kommunalen Spitzenvertretern informierte Finanzminister Dr. Markus Söder, MdL, die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU über die Ausgestaltung des Kommunalen Finanzausgleichs. Zudem standen Forderungen der KPV für 2015 im Mittelpunkt der jüngsten Sitzung des Landesvorstandes und Hauptausschusses in München.

Landesvorsitzender Stefan Rößle dankte Minister Söder eingangs für die Verhandlungsergebnisse in den zurückliegenden Jahren. Der Freistaat habe die Einnahmesituation für die kommunale Familie durch eine stetige Erhöhung des kommunalen Finanzausgleichs „nicht unwesentlich verbessert“. 2014 lag der kommunale Finanzausgleich erstmals über 8 Mrd. Euro.

### Gerechtere Verteilung

Erste Schritte für eine gerechtere Verteilung der Finanzmittel seien bereits umgesetzt worden, informierte Rößle. Dazu zählten die Investitionszuschüsse mit Zuschlag, eine veränderte Einwohnengewichtung (Anhebung bei den kleinen Gemeinden von 108 % auf 112 %, Kappung nach oben), die Verlängerung des Demografiefaktors auf zehn Jahre, Stabilisierungshilfen sowie erhöhte Zuschüsse bei finanzschwachen Gemeinden für Investitionsmaßnahmen.

Auch wies Rößle auf die Anhebung der Zuweisungen für den Bau kommunaler Schulen, schulischer Sportanlagen sowie Kindertageseinrichtungen für das Haushaltsjahr 2014 um 17 Mio. Euro auf insgesamt 393 Mio. Euro hin. Mit dieser Rekordzuweisung könnten alle Anträge der bayerischen Kommunen für dieses Jahr bedient werden.

### Steuerkraftberechnung

Reformbedarf bestehe beim kommunalen Finanzausgleich allerdings dahingehend, dass einwohnerstarke Städte gegenüber kleineren Gemeinden bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen durch die bestehende Hauptansatzstaffel in Verbindung mit der Steuerkraftberechnung in doppelter Weise begünstigt werden. Die Steuerkraftberechnung führe zudem bei der Erhebung der Bezirks- und Krankenhausbilanz zu weiteren Vorteilen für die großen Städte, führte der KPV-

Vorsitzende aus. Darüber hinaus werde seitens der Gemeinden häufig die Frage gestellt, ob für den Bürger einer Gemeinde mit 5.000 Einwohnern im Vergleich zu einer Stadt mit 500.000 Einwohnern eine um rund 40 % niedrigere Ausgabenbelastung unterstellt werden kann, wie dies bei der bestehenden Hauptansatzstaffel der Fall ist.

Der Landkrestag führt Rößle zufolge immer wieder an, dass bei der Berechnung der fiktiven Einnahmen einer Gemeinde ins Auge sticht, dass von den 307 Mio. Euro Grundsteuereinnahmen der Landeshauptstadt München in 2013 nur 144,8 Mio. Euro (Fortsetzung auf Seite 4)



**Grillen verkommt zunehmend zum Kochen mit anderen Mitteln, stellt die Vorzimmerperle bedauernd fest. Aus dem Grillen am einfachen Rost sei heutzutage fast schon ein zwanghaftes Brutzelt bei jeder Gelegenheit geworden. Dabei hilft doch: „Zu wissen, wie man abwertet, ist das große Geheimnis des Erfolgs.“** Seite 11

## Sie lesen in dieser Ausgabe

Digitalfunk: Herrmann gab Startschuss	Seite 2
Sanfter Donauausbau	2
Verbilligte Abgabe von Konversionsflächen an Kommunen	2

### GZ-Kolumne Gabriele Bauer: Hilfe für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Sozialtag: Starke Regionen für ein soziales Bayern	3
Nahversorgungstag: Lebensqualität erhalten	3

### GZ-Fachthemen: Kommunale Finanzthemen

Kommunale Finanzthemen	5-8
Abfall · Umwelt	9
Aus den bayerischen Kommunen	10-12

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

## Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Neuer Untersuchungsausschuss im Landtag:

## Laborarztaffäre Schottdorf wird aufgearbeitet

Gegen den Willen der Regierungsfraktion hat die Opposition den ersten Untersuchungsausschuss der aktuellen Legislaturperiode durchgesetzt. Es soll ein etwaiges Versagen der Justiz bei der Ahndung vom Augsburgener Laborarzt Bernd Schottdorf gefälschter Abrechnungen untersucht werden. Konkret geht es dabei um ein von Schottdorf erfundenes, rechtswidriges Abrechnungssystem für Laboruntersuchungen, von dem dessen Kunden in der niedergelassenen Ärzteschaft profitierten. Betroffen sind ca. 3000 Ärzte, die von Schottdorfs Labor durchgeführte Blut- und Urinuntersuchungen als eigene Leistungen abgerechnet haben sollen. Ungeklärt ist bisher, ob die Verstöße des Laborarztes gegen die Gebührenordnung betrügerisch und somit strafbar waren. Auch soll das Verhalten von Staatsregierung und Justiz in diesem Zusammenhang aufgeklärt werden.

Der Hofer Abgeordnete Alexander König (CSU) soll den Untersuchungsausschuss leiten. Dies hat die CSU-Fraktion Ende Juni auf Vorschlag ihres Vorstandes einstimmig beschlossen. Fraktionsvorsitzender Thomas Kreuzer nannte König einen hervorragenden Juristen, der den Ausschuss gut führen werde. Für ihn spreche vor allem seine hervorragende juristische Qualifikation. Darüber hinaus habe er vor seiner Abgeordnetentätigkeit noch nie mit Ärzten oder medizinischen Laboren zu tun gehabt, was seine Neutralität gewährleiste. König selbst erklärte, er werde den Untersuchungsausschuss fair und kooperativ leiten. Es gelte die im Raum stehenden Vermutungen und Unterstellungen gegen die Justiz auszuräumen. Zur Klärung vieler offener Fragen seien rund 1000 Aktenordner aus dem Justizministerium zu bearbeiten.

### Kooperation

Die Opposition zeigte sich zurückhaltend zur Nominierung Königs, will sich aber mit dem Ausschussvorsitzenden arrangieren. Der designierte Untersuchungsausschussvorsitzende Franz Schindler (SPD) äußerte sich moderat. Es gebe keine Zweifel an der fachlichen Qualifikation seines oberfränkischen Kollegen. Auch werde er das Gremium fair und in Kooperation leiten. Die Vorwürfe gegen die im Fall Schottdorf ermittelnden Staatsanwaltschaften seien unangehörig und müssten durch Akteneinsicht und Zeugenbefragungen geklärt werden. Zu prüfen sei auch noch, ob die Augsburgener Staatsanwaltschaft die Arbeit der LKA-Sonderkommission „Labor“ behindert hat.

### „Ungeheuerliche Vorgänge“

Florian Streibl (FW) befand, es stünden „erschreckende und ungeheuerliche Vorgänge“ im Raum. Er verlangte von König ei-

nen ehrlichen Aufklärungswillen. Sepp Dürr (Grüne) sprach von einem „klaren Abrechnungsbetrug“ und forderte eine umfassende Aufklärung. Verantwortliche in

(Fortsetzung von Seite 1)

zur Vision 2030“ ins Leben gerufen, das konkrete Maßnahmen entwickelt.

Die Umwandlung erfolgt dabei in zwei Richtungen. Zum einen geht es darum, Menschen mit Behinderung die Wege zu einem selbstbestimmten Leben zu ebneten, um den Alltag nach eigenen Wünschen und Bedarfen zu gestalten. Dazu gehören insbesondere auch Wahlmöglichkeiten und Angebote in der gesamten Region. Zum anderen wird der Ort Schönbrunn umgestaltet, hin zu einem attraktiven Lebensraum für Menschen mit und ohne Behinderung. Im Rahmen der Dorfentwicklung werden neue Wohnhäuser gebaut, die vielfältigen Bedarfslagen gerecht werden und damit ein gemeinsames Wohnen in einer ebenfalls neu gestalteten Dorfstruktur ermöglichen.

### Weiterentwicklung

Zur Verwirklichung dieser Visionen werden kleinere Teilprojekte durchgeführt, von denen 2014 zunächst drei wissenschaftlich begleitet werden: Die Johannes-Neuhäusler Schule (Förderschule mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung) wird in den nächsten Jahren neu gebaut und inhaltlich weiterentwickelt. Im Hinblick auf die Forderungen der UN-BRK stehen inklusive Unterrichtsformen im Fokus.

Zudem wird im Nachbarort Altomünster Kindern und Jugendlichen mit intellektueller Beeinträchtigung Wohnraum zur Verfügung gestellt. Eine der zwei Außenwohngruppen wird

Bayerns Behörden müssten zur Rechenschaft gezogen werden, sofern sie betrügerische Ärzte haben laufen lassen. Etwaige Bemühungen der Opposition, in den Fall Schottdorf eine politische Dimension hinein zu interpretieren, wies der parlamentarische Geschäftsführer der CSU, Josef Zellmeier zurück. Der juristische Fall werde damit „politisch aufgebläht“. Der Opposition sei Spektakel wichtiger als Aufklärung.

### Umgang der Justiz mit Betrug

Mit der Bearbeitung des von allen Fraktionen gemeinsam erarbeiteten Fragenkatalogs zum Umgang der Justiz mit Betrug in der Ärzteschaft und etwaige Einflussnahme der Staatsregierung auf die Staatsanwaltschaft wird der Untersuchungsausschuss voraussichtlich ein Jahr beschäftigt sein. Die Zeugenbefragungen, für die u.a. auch der frühere Ministerpräsident Edmund Stoiber und Ex-Justizministerin Beate Merk in Frage kommen sollen im Herbst beginnen. **rm**

## Inklusion konkret...

im kommenden Sommer in ihr neues Zuhause ziehen und in der direkten Nachbarschaft der Zweiten leben. Die Kinder und Jugendlichen haben damit die Möglichkeit, sich ein selbstbestimmtes Leben in Altomünster aufzubauen und z. B. individuell soziale Kontakte zu gestalten.

Im Teilprojekt „Personenzentriertes Denken“ wird das Augenmerk darauf gelegt, wie das professionelle Miteinander so erfolgreich kann, dass der Alltag tatsächlich nach den Wünschen und Bedürfnissen der Nutzer gestaltet wird. Dafür werden Fortbildungen in das Angebot der Akademie Schönbrunn aufgenommen und durchgeführt, die grundlegende Inhalte und Methoden vermitteln.

Die sehr unterschiedlichen Teilprojekte erfordern ebenso unterschiedliche Forschungsfragen und Methoden. Von Umfeldanalysen über Interviews und Beobachtungen wird eine große Bandbreite wissenschaftlicher Erhebungsformen eingesetzt. Allen gemein ist der Grundsatz der partizipativen Forschung, damit die abgeleiteten Maßnahmen auch das bewirken, was sie bewirken sollen: die Teilhabechancen und Lebensqualität der Nutzerinnen zu verbessern.

Inklusion sei ein großes Wort, dessen Verwendung in der öffentlichen Debatte aber noch relativ unscharf sei, erklärte Tolksdorf. Für das Franziskuswerk stelle Inklusion ein Mittel, nicht das alleinige Ziel dar. „Uns geht es um die Umsetzung der elementaren Menschenrechte für Menschen mit Behinderung, nämlich um Selbstbestimmung, um Teilhabe sowie um das Wahrnehmen des Wunsch- und Wahlrechts.“

Mittlerweile sei das Thema mitten in der politischen Diskussion angekommen. In der öffentlichen Wahrnehmung dominieren aber oft zwei Lager, die viele kleine Schritte ausblenden und die der Komplexität des Themas nicht unbedingt gerecht werden. „Wenn sich also der Bayerische Bezirkstag Zeit nimmt, das Thema intensiv und von mehreren Seiten zu beleuchten, können sich verschiedene Sichtweisen und auch Interessen annähern“, hofft Tolksdorf. Veranstaltungen wie diese, bei denen so intensiv debattiert, diskutiert und nach gemeinsamen Lösungen gesucht werde, seien enorm wichtig, um politisch voranzukommen und die richtigen Weichen zu stellen.

Die Umsetzung der UN-Konvention bezeichnete Tolksdorf als einen Prozess, in dessen Verlauf immer wieder die gleichen Fragen gestellt werden müssen:

Digitalfunk bei Freiwilligen Feuerwehren:

## Innenminister Herrmann gab Startschuss

Mit dem BOS-Digitalfunk steht erstmals flächendeckend ein gemeinsames Funknetz für alle Behörden und Sicherheitsorganisationen zur Verfügung. Dies erleichtert vor allem die Sicherheit der Einsatzkräfte wesentlich. Zuerst wird diese neue Technik bei den Feuerwehren im Landkreis München eingesetzt.

Den Startschuss hierfür gab Innenminister Joachim Herrmann Ende Juni. Die besonders große und leistungsfähige Feuerwehreinheit im Münchner Landkreis übernehme eine Vorreiterrolle. Sie bleibe eigenständig und behalte ihre Alarmierungszuständigkeit. Dies sei ab 1. Juli gesetzlich festgelegt. Damit komme er einem ausdrücklichen Wunsch des Landkreises sowie der Landtagsabgeordneten in dieser Region nach, betonte der Innenminister.

Des Weiteren verwies Herrmann darauf, dass der Freistaat bis 2021 ca. eine Milliarde Euro

triebsbereit oder schon im Einsatz. Als Vorreiter habe Ende 2012 die Münchner Polizei gedient, wo der analoge Funk durch den BOS-Digitalfunk ersetzt worden sei. Inzwischen bewähre sich dieser auch bei den Polizeipräsidien Mittelfranken und Oberbayern Nord. Dort stünde das Digitalfunknetz sämtlichen Blaulichtorganisationen zur Verfügung. **rm**

## Sanfter Donauausbau

Bayern steht nach wie vor zu dem im Februar 2013 beschlossenen „sanften“ Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen. Des Weiteren soll der Hochwasserschutz in diesem Gebiet zügig vorangetrieben werden.

Dies ist der Tenor eines Ende Juni von der CSU-Fraktion im Landtag eingebrachten und beschlossenen Dringlichkeitsantrags. Demzufolge soll sich die Staatsregierung beim Bund dafür einsetzen, dass nur die sogenannte Variante A und nicht Variante C 2,80, die einen Donauausbau mit Staustufe vorsieht, in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen wird.

### Hochwasserschutz

Verkehrsminister Joachim Herrmann bekräftigte erneut, dass für die Staatsregierung nur ein „sanfter“ Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen in

Frage komme. Hierzu verwies er auf den Berliner Koalitionsvertrag, in den nur die Variante A aufgenommen worden sei. In diesem Zusammenhang bekannte sich Herrmann auch klar zum Hochwasserschutz in diesem Gebiet. Medienberichte bezüglich anders lautender Projektlisten zur Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans seien falsch.

Die von den Oppositionsparteien SPD, FW und Grüne im Landtag gestellten Dringlichkeitsanträge waren inhaltlich ähnlich dem der Regierungsfraktion und verfolgten das gleiche Ziel. Sie wurden jedoch von der CSU abgelehnt. **rm**

## Bundeskabinett beschließt verbilligte Abgabe von Konversionsflächen an Kommunen

Der Entwurf der Bundesregierung für das Haushaltsgesetz 2015 setzt eine wichtige bayerische Forderung um: Ab dem Haushaltsjahr 2015 sollen Kommunen ehemals von der Bundeswehr genutzte Grundstücke (sog. Konversionsflächen) unter dem Verkehrswert erwerben können.

Staatskanzleiministerin Christine Haderthauer: „Das ist eine spürbare Erleichterung für unsere Kommunen bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums oder anderer Vorhaben im Gemeinwohlinteresse. Es ist klar: Bayern lässt seine Standortkommunen bei der Bewältigung der Auswirkungen der Bundeswehrreform nicht im Stich.“

Nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung soll die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) ab dem Haushaltsjahr 2015 Konversionsgrundstücke an Kommunen zur Verwirklichung von Gemeinwohlvorhaben (z.B. Schaffung von Wohnraum) unterhalb des Verkehrswertes abgeben können. Der Zeitraum der verbilligten Abgabe soll auf die Haushaltsjahre 2015 bis 2018 und die Summe aller Abschläge in diesem Zeitraum auf insgesamt 100 Millionen Euro beschränkt werden. Die Einzelheiten, so z.B. die Vergabekriterien und der Verteilungsschlüssel, sollen in einer gesonderten Veräußerungsrichtlinie der BImA geregelt werden. **□**

wie in allen anderen Lebensbereichen müsse es selbstverständlich sein, dass Menschen mit Behinderungen gleiche Chancen und Möglichkeiten haben. „Es ist wichtig, dass schnell die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden.“ Ohne umfassende Barrierefreiheit und personenbezogene Assistenzleistungen könne gleichberechtigte Teilhabe nicht gelingen.

Verena Bentele verwies in diesem Zusammenhang noch auf einen weiteren Aspekt: Gerade in Anbetracht des zunehmenden Fachkräftemangels sei es mehr als unverünftig, all die Potenziale, die behinderte Menschen mitbringen, brach liegen zu lassen. Es gebe nach wie vor zu wenig Arbeitgeber, die Menschen mit Behinderungen einstellten.

Positiv hingegen bewertete sie, dass der Begriff der Inklusion in den vergangenen Jahren zunehmend in den Fokus der Öffentlichkeit gelangt ist. Allerdings werde Inklusion hauptsächlich im Zusammenhang mit dem Thema Bildung genannt, umfasse aber tatsächlich viel mehr. „Es gibt noch Bereiche, die in der Öffentlichkeit so gut

wie gar nicht bekannt sind. Das Thema Einkommens- und Vermögensanrechnung bei der Eingliederungshilfe etwa, aber auch der Wahlrechtsausschluss bestimmter Gruppen behinderter Menschen.“

Irmgard Badura, Behindertenbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, verwies darauf, dass Inklusion im Kopf beginne und eine Aufgabe für alle darstelle. Ein behinderter Mensch habe ein Recht auf Teilhabe, weshalb er auch von seiner Autonomie Gebrauch machen müsse.

Einstimmig verabschiedete der Bezirkstag eine Resolution, die den Freistaat Bayern auffordert, Schulbegleiter in Regelschulen abzuschieben, da diese die Bezirke schwer belasteten. Das inklusive Schulsystem dürfe sich nicht weiter auf die Leistungen der Bezirke als Sozialhilfeträger stützen, unterstrich Präsident Josef Mederer. Außerdem könne die Anwesenheit von Schulbegleitern behinderte Kinder innerhalb des Klassenverbands in eine Sonderrolle drängen. Dies müsse durch eine bessere Personalausstattung an den Schulen kompensiert werden. **DK**

### Wir gratulieren

#### ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Dr. Wulf-D. Kavasch  
86745 Hohenaltheim  
am 19.7.

Bürgermeister Heinz Binder  
94142 Fürsteneck  
am 18.7.

Bürgermeister  
Dr. Matthias Ruhdorfer  
82069 Schäftlarn  
am 22.7.

#### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Edmund  
Pirkelmann  
91344 Waischenfeld  
am 13.7.

Bürgermeister Thomas Reimer  
93333 Neustadt a. d. Donau  
am 23.7.

#### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Anton Rothfischer  
93086 Wörth a. d. Donau  
am 22.7.

#### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Jakob Hartl  
85405 Nandlstadt  
am 18.7.

Bürgermeister  
Lutz Egerer  
91580 Petersaurach  
am 12.7.

### Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Erster Bayerischer Sozialtag in Augsburg:

## Starke Regionen für ein soziales Bayern

Sozialministerin Emilia Müller hat in Augsburg den Startschuss für den ersten Bayerischen Sozialtag gegeben. Unter dem Motto „Starke Regionen für ein soziales Bayern“ wird die Sozialministerin alle Regierungsbezirke besuchen. Ziele sind der Austausch und die Vernetzung von sozial engagierten Menschen in den Regionen.

Hierzu besuchte die Ministerin drei Einrichtungen in Schwaben: Die Werkstatt für behinderte Menschen des Dominikus-Ringgeisen-Werks in Ursberg im Landkreis Günzburg, die inklusive Kindertagesstätte Maria Stern in Augsburg und das Cafe am Augsburger Milchberg, in dem behinderte und nichtbehinderte Menschen zusammenarbeiten. „Ich stehe für Sozialpolitik im Dialog. Ich will mir dazu nicht nur aus den Statistiken der Berichte, sondern auch vor Ort und im persönlichen Gespräch ein Bild der sozialen Lage in Bayern machen“, betonte Müller.

### Personenzentrierung

Im Anschluss daran lud die Ministerin zusammen mit der Regierung von Schwaben und der Stadt Augsburg zum gemeinsamen Sozialempfang. Müller betonte dort: „Das Bundesteilhabegesetz für Menschen mit Behinderung kommt. Bayern hat es im Bund durchgesetzt. Wir wollen damit Menschen mit Behinderung aus der Sozialhilfe herausholen und ihre Rechte personenzentriert, also passgenau für ihre individuellen Bedürfnisse ausgestalten. Wir wollen und werden Bayern ferner in den kommenden zehn Jahren barrierefrei machen: im gesamten öffentlichen Raum und im ÖPNV. Dazu werden wir ein Sonderinvestitionsprogramm 'Bayern barrierefrei 2023' auflegen. Davon profitieren alle: Menschen mit Behinderung, aber auch Ältere und Familien. Und erst vor wenigen Wochen habe ich den Startschuss für die bayernweite Kampagne 'Zukunft Inklusion in Bayern' gegeben.“

### Bayerischer Städtetag zur Barrierefreiheit im öffentlichen Raum:

## „Die Staatsregierung kommunalisiert das Ziel der Barrierefreiheit“

„Wer Erwartungen zur Barrierefreiheit weckt, muss auch an die Finanzierung der aufwändigen Projekte denken“, meint der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly: „Das Vorhaben der Staatsregierung ist gut und ehrgeizig.“ Ministerpräsident Horst Seehofer hat in seiner Regierungserklärung verkündet, dass Bayern bis 2023 im gesamten öffentlichen Raum barrierefrei sein soll.

Maly: „Umso mehr überrascht die Aussage von Staatskanzleichefin Christine Haderthauer, an mehr Geld für Kommunen zur Bewältigung der Aufgaben sei derzeit nicht gedacht.“ Es komme nicht in Frage, dass „alle sich zurücklehnen und der Freistaat die Aufgaben anderer übernimmt“, hat laut Süddeutscher Zeitung Staatsministerin Haderthauer erklärt.

### „Wer anschafft, der zahlt“

Auch Finanzminister Dr. Markus Söder kritisierte laut Berichtserstattung das Konzept der Sozialministerin zur Barrierefreiheit und befürchtete, dass die Kommunen aus ihrer Verantwortung entlassen würden. Maly: „Barrieren im öffentlichen Raum zu beseitigen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dazu müssen alle gesellschaftlichen Kräfte ihren Beitrag leisten. Der Freistaat darf sich davon nicht ausnehmen, zumal die Staatsregierung bereits vollmundig konkrete Vorgaben zu Zeitpunkt,

Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert nahm den Sozialempfang zum Anlass, den erst vor wenigen Wochen veröffentlichten Aktionsplan Inklusion des Bezirk Schwaben vorzustellen, der in enger Abstimmung zwischen Verwaltung und Bezirksräten erarbeitet worden war.

Ziel sei es, so Reichert, konkrete Handlungsfelder und sozialpolitische Maßnahmen zu definieren, mit denen der Bezirk Schwaben seinen Beitrag zur Umsetzung der UN-Menschenrechtskonvention leisten könne. Die vorgeschlagenen Punkte sollen regelmäßig auf ihre Realisierung hin überprüft werden, „damit es nicht nur beim Papier und der Willensbekundung bleibt“.

### Aktionsplan

Neben Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit werden in dem Aktionsplan insbesondere Aufgaben der Sozialplanung festgeschrieben. So soll die inklusive Betreuung im Vorschulalter trotz der bereits guten Zahlen in Schwaben - schon jetzt werden 69 Prozent aller Kinder mit Behinderung in Regelkindergärten betreut - weiter vorangetrieben werden.

Im schulischen Bereich wird der Freistaat aufgefordert, einen Integrationsfaktor einzuführen und pädagogische Kompetenzen aus dem Förderschulsystem in die Regelschule zu übertragen. Auch das Pädagogikstudium müsse inhaltlich angepasst werden.

Vor allem im Bereich von Arbeit und Beschäftigung will der Bezirk Schwaben künftig noch weitere Akzente setzen, um die Teilhabe und Gleichberechtigung von Menschen mit Behin-

derung in unserer Gesellschaft zu fördern. So sollen Modellprojekte mit Anreizen für Arbeitgeber verwirklicht werden. Der Bezirk Schwaben, der bereits jetzt einen Beschäftigungsanteil von Menschen mit Behinderung von über 11 Prozent hat, will auch hier seine eigenen Möglichkeiten als Arbeitgeber noch weiter ausbauen. „Zudem werden wir auch in unseren politischen Aktivitäten nicht nachlassen, um behinderten Menschen den Übergang auf den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen“, betonte Reichert.

### Teilhabe

Ebenso wichtig wie die Arbeit seien die Möglichkeiten zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft und die Freizeitgestaltung. Neben der Überprüfung eigener Angebote - Barrierefreiheit der Museen, die Umsetzung eines barrierefreien Internetauftritts und Broschüren in leicht verständlicher Sprache - sollen beispielsweise verstärkt bei den Leistungen der Offenen Behinderteneinrichtungen, die vom Bezirk Schwaben gefördert wird, inklusive Projekte im Vordergrund stehen.

Im Bereich des Wohnens werde die Sozialplanung des Bezirks bei der Förderung und Genehmigung neuer Angebote gezielt auf Faktoren wie Ortsnähe, Gemeindeintegration und die Teilhabemöglichkeiten am Gemeinwesen achten.

„Ein sehr wichtiges Thema, mit dem wir uns immer mehr beschäftigen müssen, ist zudem der Umgang mit Menschen mit Behinderung im Alter“, führte Reichert aus, „inzwischen ist bereits jeder dritte behinderte Mensch in Schwaben über 60 Jahre alt.“ Für diese Gruppe wurde bereits ein Maßnahmenkatalog erarbeitet, der nun auch auf inklusive Gesichtspunkte hin angepasst werden soll. **DK**

ten zu können. Letztlich wird ein Problem vor die Tür der Rathäuser gekippt“, moniert Maly. Der Ministerpräsident begründet mit seinem Zielausspruch in der Regierungserklärung für die bayerischen Städte und Gemeinden eine faktische Verpflichtungslage. Die Staatsregierung weckt in der Öffentlichkeit Erwartungen, welche letztlich die Kommunen zu erfüllen haben. Der Ministerpräsident hat zwar ein umfassendes Sonderinvestitionsprogramm angekündigt, allerdings sind noch keine konkreten Zahlen zum Umfang des Sonderinvestitionsprogramms genannt.

Die zögerliche Herangehensweise der Staatsregierung lässt Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Vorhabens wachsen, sämtliche Barrieren im öffentlichen Raum zu beseitigen. Maly: „Betroffen sind öffentliche Plätze, Universitäten, Schulen, Theater, Behörden und öffentlicher Nahverkehr. Es genügt nicht, punktuell Barrieren zu beseitigen, der gesamte öffentliche Raum muss im Blick stehen. Das Ziel ist anspruchsvoll, zumal es nicht allein um Barrierefreiheit für gehbehinderte Menschen geht, sondern zum Beispiel auch um Anforderungen sehbehinderter oder hörberechtigter Menschen an ihre Umwelt.“ **□**

GZ

Kolumne  
Gabriele Bauer

### Liebe Leserinnen und Leser,

sie sind allein. Sie kommen in der Regel mit den Zügen aus Österreich oder über die grüne Grenze. Nicht wenige sind traumatisiert und hilflos. Ihr Ziel heißt Deutschland – aber wohin sie dort sollen, wissen sie nicht. Die Rede ist von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Das Bürokraten-Deutsch hat für sie das kalte technologische Akronym „umF“ geschaffen.

Die Zahl dieser von den Eltern oder anderen erwachsenen Bezugspersonen getrennten Kinder und Jugendlichen steigt sprunghaft an: Wurden 2012 in Rosenheim noch sieben ausländische Ju-



gen über Biographie, Herkunftsfamilie, bisherige Lebensentwicklung, gegebenenfalls Umstände von Flucht und Vertreibung, Bildungsstand, Ziele und Wünsche des Jugendlichen sowie die entsprechende pädagogische Einschätzung.

Nach dem Clearing und einer Unterbringung in einer geeigneten Jugendhilfeeinrichtung bleibt die Zuständigkeit der erstaufnehmenden Kommune noch solange bestehen, bis im Wege der Überleitung die vor Ort tätige Kommune die Maßnahme übernimmt. Dadurch können weitere Monate vergehen.

Deshalb ist eine schnelle und vor allem lastengerechte Verteilung der Kinder und Jugendlichen dringend geboten: Gebraucht werden Erstaufnahmeeinrichtungen. Auf der viel gepriesenen Onlineplattform gibt es keine freien Plätze für Inobhutnahmen. Sie ist zudem seit längerer Zeit nicht mehr aktualisiert worden. Kreative Aktivitäten, um eine sofortige Verteilung der Kinder und Jugendlichen bereits von der bundespolizeilichen Erkennung an in die Wege zu leiten, sind weder auf ministerieller noch auf politischer Ebene erkennbar, jedoch unaufschiebbar notwendig. Letztlich wird es wohl eine Gesetzesänderung in den §§ 87 i.V.m. 42 SGB VIII geben müssen.

Nur: So lange können die betroffenen Kommunen nicht warten. Europa muss in der Außenpolitik generell für gerechte Verteilungsregeln und deren Durchsetzung sorgen. In Bayern ist die Staatsregierung gefordert, für tragfähige und im Hinblick auf die Höhe der Unterbringungskosten von „umF“ und Asylbewerbern wirtschaftliche Lösungen zu finden, die verhindern, dass es zu Verdrängungseffekten zu Lasten einkommensschwächerer einheimischer Bevölkerungsschichten kommt. Der Freistaat ist gefordert.

Ihre Gabriele Bauer  
Oberbürgermeisterin der Stadt Rosenheim

### 6. Nahversorgungstag Bayern in Augsburg:

## Lebensqualität erhalten

Gerade in Zeiten des voranschreitenden demographischen Wandels rückt die Sicherstellung der Nahversorgung immer mehr in den Fokus. Neue Konzepte sind gefragt denn je. Die Fachveranstaltung „6. Nahversorgungstag Bayern“ in Augsburg beleuchtete diese Herausforderungen und zeigte Zukunftsszenarien sowie individuelle Lösungsansätze auf.

Unter dem Motto „Lebensmittel bringen Leben in die Ortsmitte“ stellten Experten aus den Kommunen sowie der Beratungspraxis und dem Handel erfolgreiche Praxisbeispiele und Innovationen vor. In Hallstadt beispielsweise wurde laut Bürgermeister Markus Zirkel kürzlich für die Marktscheune, dem neuen Nahversorger-Markt im Zentrum der Stadt, der Grundstein gelegt. Die Schaffung dieses neuen Nahversorger-Marktes betrachtet er als Pflichtaufgabe für Hallstadt: „Die Versorgung unserer Bürgerschaft mit den Dingen des täglichen Bedarfs ist für mich ein Projekt der kommunalen Daseinsfürsorge.“ Im Sommer 2015 soll die Marktscheune fertig gestellt sein - für insgesamt 9,6 Millionen Euro Bau- und Planungskosten. Davon sind 3 Millionen Euro förderfähig.

### Lebensmittel-Lieferservice

Die Bestellung erfolgt per Telefon, Online Shop oder im Geschäft selbst. Hier kann der Kunde am Tresen seine Auswahl aus 500 Produkten, darunter Lebensmittel und Artikel des täglichen Bedarfs wie Drogerieartikel und Haushaltswaren, treffen oder in der „guten Stube“ via iPad ordern. Im benachbarten Lagerhaus, der erheblich größer als das Ladengeschäft ist, lagern weitere 1.500 Produkte, die der Kunde offline und online ordern kann. Weil es sich bei den meisten Artikeln um Frischeprodukte handelt, ist der regionale Bezug besonders überzeugend.

Die „gute Stube“ ist Anlaufpunkt für alle, die einfach eine kleine Auszeit vom Alltagsstress benötigen und es sich bei einer Tasse Kaffee gut gehen lassen, während der Einkaufskorb bestückt wird. Wer seinen Einkauf nicht selber abholen kann oder will, kann sich die Waren nach Hause bringen lassen, denn Emmas Enkel haben auch für einen Lieferservice gesorgt.

Berichte aus der Dorfladen-Praxis in Wolfertschwenden von Bürgermeister Karl Fleschhut, die Erörterung der Frage „Neuer Supermarkt in der Ortsmitte – Fluch oder Segen für die Standortpolitik?“ (Bürgermeister Stefan Schelle, Oberhaching) und die Vorstellung des rollenden Tante-Emma Ladens von Friedrich Krauß, Buch am Wald, rundeten das Praxisforum ab.

Tante-Emma Ladens von Friedrich Krauß, Buch am Wald, rundeten das Praxisforum ab.

### Neues Handbuch

Anlässlich des 6. Nahversorgungstags Bayern präsentierte das Bayerische Wirtschaftsministerium den Leitfaden „Der Dorfladen in Bayern“. „Das Konzept der Dorfläden hat sich bewährt. Ab sofort unterstützen wir daher Gründung und Betrieb von Dorfläden zusätzlich mit unserem neuen Handbuch für Kommunen und Bürger“, betonte Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer. Die wohnortnahe Versorgung mit Lebensmitteln stehe gerade im ländlichen Raum angesichts des demografischen Wandels vor großen Herausforderungen. Die rund 100 bayerischen Dorfläden leisteten einen bedeutenden Beitrag, dass Nahversorgung gelingt. Pschierer weiter: „Der Dorfladen ist die Kontaktstelle vor Ort, er sorgt für eine engere Dorfgemeinschaft und macht ländliche Wohnorte attraktiver. Viele der Waren sind aus der Region für die Region. Der Trend zu lokalen Produkten stärkt die lokalen Wirtschaftskreisläufe.“

Die Bestellung erfolgt per Telefon, Online Shop oder im Geschäft selbst. Hier kann der Kunde am Tresen seine Auswahl aus 500 Produkten, darunter Lebensmittel und Artikel des täglichen Bedarfs wie Drogerieartikel und Haushaltswaren, treffen oder in der „guten Stube“ via iPad ordern. Im benachbarten Lagerhaus, der erheblich größer als das Ladengeschäft ist, lagern weitere 1.500 Produkte, die der Kunde offline und online ordern kann. Weil es sich bei den meisten Artikeln um Frischeprodukte handelt, ist der regionale Bezug besonders überzeugend.

### Arbeitshilfen

Der neue Leitfaden gibt praxisnahe Arbeitshilfen für die Gründung und den Betrieb eines Dorfladens und hilft Bürgern und Kommunen beispielsweise bei Fragen wie: Wie finanziert man einen Dorfladen? Welche rechtlichen Regeln sind einzuhalten? Welche Fördermöglichkeiten gibt es? Woher bezieht man Waren? Wie kann der Dorfladen wirtschaftlich arbeiten? Der Leitfaden kann unter der URL [www.stmwi.bayern.de/service/publikationen/mittelstand-handwerk/](http://www.stmwi.bayern.de/service/publikationen/mittelstand-handwerk/) heruntergeladen und bestellt werden. **DK**

## Forderungen zum FAG..

(Fortsetzung von Seite 1)

ro, d. h. 46,7 % in die Steuerkraft 2015 eingerechnet werden. 53,3 %, also 163,6 Mio. Euro, blieben bei der Berechnung der Steuerkraft 2015 unberücksichtigt. Von der Gewerbesteuer netto der Landeshauptstadt München in Höhe von 1.958,6 Mio. Euro würden 2015 nur 1.198,7 Mio. Euro, d. h. 61,2 %, in die Steuerkraft 2015 eingerechnet. 759,9 Mio. Euro (38,8%) blieben unberücksichtigt. Bei Gewerbe- und Grundsteuer zusammen würden folglich durch die Wirkung der Nivellierungshilfen bei der Landeshauptstadt München 923,5 Mio. Euro nicht in die Steuerkraft 2015 eingerechnet.

Ergebnisse liegen noch nicht vor. Dennoch müssten bereits erste Schritte für eine gerechtere Verteilung im Finanzausgleich 2015 zum Tragen kommen.

### Belastung für Kommunen

Belastend für die Kommunen wirken sich nach Rößles Darstellung der Anstieg der Sozialleistungen seit 2000 um 64 %, der Anstieg bei der Eingliederungshilfe seit 2000 um 75 % sowie unendliche Kosten bei der Jugendhilfe aus. Lagen die Jugendhilfeausgaben der Landkreise in Bayern 1990 noch bei 108,1 Mio. Euro, so betragen diese 2012 bereits 744 Mio. Euro. Bei

letzten Steuerschätzung im laufenden Haushaltsjahr und in den Jahren 2015 bis 2018 mit Mehreinnahmen von über 10 Mrd. Euro rechnen. Auch beachtliche Einnahmesteigerungen bei der Grunderwerbsteuer verschaffen dem Freistaat Spielräume für eine Verbesserung der Kommunal Finanzen, erklärte Stefan Rößle.

Auch wies er darauf hin, dass erhöhte Verkehrsbelastungen, zunehmende Fahrzeugzulassungen und ständig steigende Kosten zu einer erheblichen Vernachlässigung des Straßenbaus führten. Die Kommunen wollen durch eine Anhebung der Beteiligung am Kraftfahrzeugsteuer-verbund investieren, um die Rückstände im Bereich des kommunalen Straßenbaus und Straßenunterhalts sowie im ÖPNV abzubauen. Die Straßen seien das Rückgrat der Verkehrsinfrastruktur insbesondere im ländlichen Raum; es gelte, hier einen noch kostspieligeren Substanzverlust zu verhindern.

Bei den Sonderstrukturhilfeprogrammen (Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen) vertritt die KPV die Meinung, dass mit den herkömmlichen Mitteln des Finanzausgleichs gerade im nordostbayerischen Raum eine dauerhafte Lösung der dortigen Probleme kaum erreichbar ist. Die Strukturhilfeprogramme müssten außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs erfolgen.

### Leistungsrecht der Eingliederungshilfe

Da das Leistungsrecht der Eingliederungshilfe der Menschen mit Behinderung das Nachrangprinzip der Sozialhilfe weitestgehend nicht mehr anerkennt, müsse sich der Bund seiner gesamtgesellschaftlichen Verantwortung durch die rasche Erarbeitung und Inkraftsetzung eines neuen Bundesleistungsgesetzes stellen, fuhr Rößle fort. Der von der Bundesregierung angedachte Zeitplan sieht vor, dass sich der Bund von 2015 bis 2017 mit je 1 Mrd. Euro und ab 2018 mit jährlich 5 Mrd. Euro beteiligt. Die nun beschlossene Verteilung (500 Mio. Euro über die Umsatzsteuerbeteiligung und 500 Mio. Euro über erhöhte Leistungen bei der KDU) führt nach Rößles Einschätzung zu einer Benachteiligung Bayerns, „da die Kosten der Unterkunft bei uns vergleichsweise niedrig liegen, während die Ausgaben für die Behinderten in allen Bundesländern annähernd gleich sind“.

Auch die permanent steigenden Personalausgaben, resultierend aus ständig neuen Gesetzen und Anforderungen, erfüllen die KPV mit Sorge. Wie Rößle unterstrich, „muss den Aufgabenzuweisungen Personal folgen oder aber die Aufgaben müssen reduziert werden“. Eine Wiederbesetzungssperre mache bei Fachkräften keinen Sinn. Mit dem Vorschlag zur Änderung der Straßenunterhaltungspauschale für Gemeindestraßen mit der Bitte um Prüfung beendete der Vorsitzende seine Ausführungen.

Finanzminister Markus Söder, der in Begleitung der leitenden Ministerialbeamten Harald Hübner und Markus Schöne in die CSU-Landesleitung gekommen war, plant eine umfassende Reform des kommunalen Finanzausgleichs und Korrekturen am Landesentwicklungsprogramm. Ziel ist, dass finanzschwache Gemeinden und Landkreise künftig deutlich stärker gefördert werden und von höheren Zuschüssen profitieren als reiche Kommunen.

Der Umfang des kommunalen Finanzausgleichs soll demnach analog zum gesamten Staatshaushalt - von zuletzt gut acht Milliarden Euro um drei Prozent

pro Jahr wachsen. „Wichtig ist uns aber, dass wir nicht nur Geld draufsateln, sondern eine Strukturdebatte führen“, betonte Söder. Ziel sei es, die Schwächeren stärker zu machen.

### Handlungsbedarf

Neu in Söders Plänen: Künftig sollen die Landkreise Garmisch-Partenkirchen und Mühldorf ebenfalls als „Raum mit besonderem Handlungsbedarf“ titulierte werden. Sie bekämen dann höhere Fördersätze etwa beim Breitbandausbau - bisher war dies lediglich nord- und ostbayerischen Regionen vorbehalten.

Da auf Bayern massive Mehrausgaben für Asylbewerber zukommen werde man im nächsten Doppelhaushalt 2015/2016 „fast eine Milliarde Euro“ dafür einplanen, erläuterte der Minister. Bis zu 700 Millionen Euro werden dafür an jene Kommunen ausgezahlt, die Unterkünfte bereitstellen. Im Doppelhaushalt für dieses und vergangenes Jahr waren 570 Millionen Euro eingeplant; die Flüchtlingszahlen steigen aber sehr stark.

Mit Blick auf mögliche Behördenverlagerungen versprach Söder abschließend, es werde keine Zwangsversetzungen

gen für die Beamten geben. Umzüge würden über bis zu zehn Jahre gestreckt, es gebe Lockan-

gebote mit Beförderungen und eine enge Absprache mit dem Beamtenbund. **DK**

## Dr. Ulrich Netzer führt Verwaltungsrat der LBS Bayern

**Der Verwaltungsrat der LBS Bayern hat einstimmig Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, zu seinem Vorsitzenden gewählt.**

Bislang stand Theo Zellner dem Kontrollgremium der Bayerischen Landesbausparkasse vor. Mit Beendigung von dessen Amtszeit als Präsident des Sparkassenverbandes war auch der Verwaltungsratsvorsitz der LBS Bayern neu zu bestimmen. Stellvertretende Verwaltungsratsvorsitzende bleibt Marlies Mirbeth, Mitglied des Vorstands der Stadtparkasse München. Dem Aufsichtsgremium der Landesbausparkasse, die seit dem 1. Januar 2013 als eigenständiges Unternehmen im Eigentum der bayerischen Sparkassen besteht, gehören zwölf Mitglieder an. Neben dem Präsidenten des Sparkassenverbands zählen dazu insgesamt acht Sparkassen-Vorstände aus allen Regierungsbezirken sowie jeweils ein Vertreter der drei kommunalen Spitzenverbände.

Netzer war von 1996 bis 2014 Oberbürgermeister der Stadt Kempten. Davor durchlief der promovierte Jurist mit Zusatzausbildung an der Bundesfinanzakademie seit 1983 verschiedene Positionen in der Finanzverwaltung in München und wechselte 1993 als Leiter des Ministerbüros an das Finanzministerium Mecklenburg-Vorpommern nach Schwerin. Finanzpolitische, steuerliche und betriebswirtschaftliche Inhalte prägten auch seine Laufbahn als Oberbürgermeister und damit Verwaltungsratsvorsitzender der Sparkasse Allgäu. Netzer ist zudem bereits seit zwölf Jahren Mitglied im Verbandsverwaltungsrat des Sparkassenverbandes Bayern. **□**



Von links: Die leitenden Ministerialbeamten Markus Schöne und Harald Hübner, Finanzminister Dr. Markus Söder, KPV-Vorsitzender Stefan Rößle, Landrat Dr. Ulrich Reuter und Nürnbergs Bürgermeister Dr. Klemens Gsell. **□**

Der Landkreistag plädierte deshalb dafür, die Einwohnerspreizung beim Hauptansatz zu verringern und 20 % der Einnahmen, die über dem Nivellierungshilfenbesatz liegen, in die Steuerkraft einzurechnen. Auch eine moderate Anhebung der Nivellierungshilfenbesätze wird als sinnvoll erachtet.

„Der Vorschlag des Landkreistags erscheint mir nach einer ganzen Reihe von Gesprächen mit Bürgermeister, Oberbürgermeistern und Landratskollegen ein durchaus tragfähiger Kompromiss. Eine Anhebung der Nivellierungshilfenbesätze muss allerdings sorgfältig bedacht werden“, betonte Rößle und bilanzierte: „Insgesamt haben die bis-

der Jugendhilfe verzichte der Bund nach wie vor auf Kostenbeiträge der Eltern bei ambulanten Leistungen.

Rößle: „Es ist schwer darstellbar, wenn selbst Spitzenverdiener für ihre Kinder Jugendhilfeleistungen beantragen, von einem Kostenbeitrag aber verschont bleiben.“ Zudem müssten die Kommunen enorme Anstrengungen bei der Schaffung von Kindertagesbetreuungsplätzen und dem Ausbau der Ganztagsbetreuungen in den Schulen unternehmen. Durch die notwendige Generalsanierung der vorhandenen Schulgebäude seien sie einer permanenten finanziellen Belastung ausgesetzt.

Die Sozialhilfeausgaben zur



Mit großem Applaus wurde KPV-Landesgeschäftsführerin Theresia Flotzinger von Landesvorsitzendem Stefan Rößle verabschiedet. Seit 1. Juli ist sie die Büroleiterin bei CSU-Hauptgeschäftsführer Dr. Michael Strepp. Rößle dankte ihr für ihre engagierte und kompetente Mitarbeit in der kommunalen Familie. **Bilder: DK**

herigen Diskussionen gezeigt, dass das System zur Berechnung der Schlüsselzuweisungen vom Grundsatz her beibehalten werden sollte. Allerdings erscheinen gewisse Anpassungen dringend notwendig, zumal auch seit der Einführung des Systems die Hebesätze im Schnitt deutlich höher liegen.“

Derzeit wird nach Rößles Angaben ein Gutachten des finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts an der Universität Köln zur Überprüfung der Sachgerechtigkeit des derzeitigen Verteilungsmodus der Gemeindefinanzzuweisungen im bayerischen kommunalen Finanzausgleich erstellt.

Hilfe von Pflege stiegen von 468 Mio. Euro im Jahr 2000 auf 639 Mio. Euro im Jahr 2012 an. Der Zuwachs von 171 Mio. Euro (+36,5 %) sei dem Umstand geschuldet, dass die Leistungen aus der Pflegeversicherung in den zurückliegenden 20 Jahren nicht ausreichend dynamisiert wurden. Laut Bundesregierung soll sich dies 2015 ändern. Die Landkreise erwarten, dass damit weniger Menschen, die auf Hilfe zur Pflege angewiesen sind, in die Sozialhilfe gedrängt werden als bisher.

Nach der aktuellen Steuerschätzung vom Mai 2014 können die Länder im Vergleich zur

(Fortsetzung von Seite 1)

ihren Verbundpartnern verstärken können. Wie wir also bei sich verschlechternden Rahmenbedingungen unsere Kunden zufriedener stellen und gleichzeitig gute Ergebnisse erzielen.

### Zusammenspiel

**GZ: Was meinen Sie damit konkret?**

**Netzer:** Wir müssen einen stärkeren Schwerpunkt auf das Zusammenspiel setzen: Wie können sich die 71 Sparkassen starker darauf einstellen, wie muss sich der Sparkassenverband als Dienstleister für die Sparkassen weiterentwickeln, wie kann der Beitrag der kommunalen Seite aussehen und welche Produkte müssen unsere Verbundpartner liefern, damit unsere Sparkassen ihren Kunden alle Finanzdienstleistungen aus einer Hand liefern können? Die Sparkassen beziehen einerseits ihre Stärke durch die Unternehmerverantwortung vor Ort und damit durch die Fähigkeit, auf die örtliche Wirtschaftsstruktur einzugehen.

### Starke Verbundpartner

Andererseits haben sie starke Verbundpartner. Die Potenziale aus der dezentralen Selbständigkeit in Verbindung mit der Gemeinsamkeit im Verbund sollten wir allerdings künftig noch besser ausschöpfen.

**GZ: Ihr Vorgänger musste sich mit deutlich anderen Herausforderungen auseinandersetzen...**

**Netzer:** In den vergangenen vier Jahren hatte Theo Zellner sehr viele Themen zu bewältigen, die von außen auf uns Sparkassen zukamen - insbesondere das Thema BayernLB.

### Langfristige Kredite für die Kunden

Auch in den kommenden Jahren werden wir unsere Positionen gegenüber Europa und der Bundesregierung - Stichwort Verbraucherschutz - gemeinsam mit dem DSGV und dem Genossenschaftsverband herausstellen. Dass der Fokus dabei immer auf die Kunden gerichtet ist, versteht sich von selbst, denn: Verschärft sich die Finanzmarktregulierung, werden sich die Sparkassen deutlich schwerer tun, langfristige Kredite für den Mittelstand zu den entsprechenden

## Der Kunde steht...

Konditionen bereitzustellen. Letztlich geht dies zu Lasten des Kunden.

### Starker Mittelstand durch dezentrale Strukturen

Im Übrigen ist unsere Volkswirtschaft auch deswegen so erfolgreich, weil wir einen starken Mittelstand mit einer dezentralen Finanzdienstleisterstruktur haben. Die Sparkassen und Genossenschaftsbanken bilden die dezentrale Wirtschaftsstruktur des Mittelstands ab. Diese Strukturen passen zusammen, das müssen wir nach außen deutlich machen.

**GZ: Bleiben wir beim Thema Kunde und Region. Die Rechtfertigung für die Sparkassen ist keine einfache. Gerade die großen deutschen Banken haben ja seinerzeit in Europa gegen die deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken Klage wegen vermeintlicher Wettbewerbsnachteile geführt.**

**Netzer:** Die Sparkassen haben einen klaren öffentlichen Auftrag, nämlich die Sicherstellung der Finanzdienstleistungen für Unternehmen, Kommunen und Privatpersonen in der Region. Damit steht der Kunde im Mittelpunkt. Die Sparkassen sind am besten mit der spezifischen Wirtschaftsstruktur und damit den Bedürfnissen vor Ort vertraut. Aus diesem Grund finanzieren sie zu zwei Dritteln das Handwerk in Bayern und sind insgesamt der Hauptpartner in Finanzfragen des Mittelstands.

### Regionalität

Die Regionalität entsteht direkt aus dem öffentlichen Auftrag und der kommunalen Bindung der Sparkassen. Dabei handelt es sich aber nicht um eine Wettbewerbsverzerrung, wie sie die Monopolkommission derzeit vermutet, sondern um das gewollte Zusammenspiel mit dem Mittelstand vor Ort.

**GZ: Ihre Meinung zur Haltung in Europa?**

**Netzer:** Wir Sparkassen müssen den Mut haben, unsere Struktur und unseren Auftrag europaweit offensiv zu vertreten. Unsere Aussage muss sein: Die dezentrale Sparkassenstruktur ist für ganz Europa ein wesentlicher Bestandteil der Finanzwirtschaft. Tatsächlich stellt man sich auch im Ausland zuneh-

mend die Frage, warum der deutsche Mittelstand so erfolgreich ist. Ein Grund ist: Weil die dezentrale Wirtschaftsstruktur Antwort in der dezentralen Finanzstruktur findet. Das ist eine Antwort für ganz Europa und nicht umgekehrt.

**GZ: Gibt es eine Neuausrichtung in der Zusammenarbeit mit den Kommunen?**

**Netzer:** Wir arbeiten kontinuierlich weiter. Die Zusammenarbeit mit den Kommunen ist äußerst wichtig. Sowohl im kommunalen Beirat als auch im Beirat für sparkassenpolitische Grundsatzfragen beim Sparkassenverband Bayern werde ich mich sehr intensiv in die Diskussion einbringen.

**GZ: Flächendeckendes Angebot aller kreditwirtschaftlichen Leistungen einerseits, Eintreten für die Anliegen der Bürger vor Ort andererseits: Welche Rolle spielt die Sparkassenstiftung?**

**Netzer:** Sparkassen haben den öffentlichen Auftrag, mit ihren Erträgen die Region auch im sozialen und kulturellen Bereich zu unterstützen. Dies tun sie direkt oder über Stiftungen, die sie in der Region gegründet haben. Der Sparkassenverband Bayern selbst unterhält dazu die landesweite Bayerische Sparkassenstiftung.

### Vielfalt gemeinnütziger Projekte

Diese fördert eine Vielfalt gemeinnütziger Projekte mit derzeit deutlichen Schwerpunkten in den Bereichen Museumspädagogik, Umweltbildung und Telemedizin. Hier unterstützen wir vor allem Projekte, die einen innovativen und nachhaltigen Ansatz haben - gerade auch vor dem Hintergrund einer sich wandelnden Gesellschaft.

**GZ: Wie sieht der Sparkassenverband den Fall Miesbach, der in der öffentlichen Wahrnehmung das Ansehen der bayerischen Sparkassen insgesamt zu belasten drohte?**

**Netzer:** Miesbach ist ein Beispiel dafür, wie Fehler vor Ort negativ auf die gesamte Sparkassenorganisation wirken. Um auch nach außen deutlich zu machen, wie wir unsere Aufgaben im Spenden- und Sponsoringbereich definieren, haben wir für die 71 bayerischen Sparkassen einen Orientierungsrahmen festgelegt. Damit stärken wir die Verantwortung vor Ort. **□**

Kommunale Spitzenverbände:

## Prognose zur Finanzlage

Bei der Vorlage neuer Prognosedaten zur kommunalen Finanzsituation wiesen die Präsidenten des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, Nürnberg, des Deutschen Landkreistages, Landrat Reinhard Sager, Ostholstein, und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Oberbürgermeister Christian Schramm, Bautzen, darauf hin, dass sich die Hoffnungen der Kommunen auf langsamer steigende Sozialausgaben und eine weitere Verbesserung des Finanzierungssaldos zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht erfüllen. Im Vergleich zur Vorjahresprognose hätten die prognostizierten Finanzierungüberschüsse teilweise um zwei Drittel abgesenkt werden müssen, trotz Berücksichtigung der Soforthilfe vom Bund in Höhe von 1 Milliarde Euro ab dem Jahr 2015.

Nach Aussage der Kommunalpolitiker scheint auch der Nachholbedarf für Investitionen womöglich weit größer zu sein, als bislang unterstellt und könnte auch in den kommenden Jahren dazu führen, dass Kommunen ohne Defizite zusätzliche Einnahmen vorrangig zur Infrastrukturverbesserung nutzen und nicht um ihre Finanzierungssalden zu verbessern.

### Finanzierungssaldo

Für die Jahre 2014 bis 2017

Genossenschaftsverband Bayern:

## Berufliche Ausbildung konsequent stärken

Der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) hat bei einem Festakt die 100 besten Absolventen des Abschlussjahrgangs 2013/2014 der bayerischen Genossenschaftsorganisation geehrt. GVB-Präsident Stephan Götzl nimmt die Veranstaltung im Münchner Künstlerhaus zum Anlass, um auf die Bedeutung der beruflichen Ausbildung für Wirtschaft und Gesellschaft hinzuweisen: „Das hohe Qualifikationsniveau, das ein Berufsabschluss in Deutschland für junge Menschen mit sich bringt, ist der Grundstein für eine persönliche Karriere und Unternehmenserfolg.“

Die anhaltend rückläufige Zahl von Lehrverträgen sieht Götzl angesichts des steigenden Bedarfs an Fachkräften und des enormen Zulaufs an den Hochschulen mit Sorge. „Wir müssen aufpassen, dass die berufliche Ausbildung in unserem Land nicht vernachlässigt wird. Aus meinem eigenen Werdegang weiß ich, wie wichtig eine Lehre zur Berufsausrichtung sein kann.“

### Gesellschaftliches Ansehen fördern

Der GVB-Präsident tritt dafür ein, die berufsbezogene Qualifizierung und ihr gesellschaftliches Ansehen zu fördern. Mit Blick auf die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen fordert Götzl die Bundesregierung auf, die berufliche Ausbildung konsequent zu stärken. Hilfreich hierfür könne auch eine bessere Verzahnung von beruflicher Ausbildung und Studium sein.

### Attraktive Wege

Die Genossenschaften im Freistaat bieten Jugendlichen eine fachlich anspruchsvolle

prognostizieren die kommunalen Spitzenverbände zwar noch positive Finanzierungssalden für die kommunalen Kernhaushalte. Ausgehend von einer geringfügigen Verschlechterung im laufenden Jahr gegenüber dem Vorjahr (Rückgang des Finanzierungssaldos auf 1,5 Milliarden Euro), hilft aber nur die zugesagte Soforthilfe des Bundes den Kommunen, im Jahr 2015 wieder einen Finanzierungssaldo in Höhe von 2 Milliarden Euro zu erzielen. Selbst dieser geringe Überschuss wird

in den Folgejahren nicht zu halten sein, der Finanzierungssaldo wird sich laut Prognose in den beiden Folgejahren um 500 Millionen Euro bzw. 250 Millionen Euro verringern. Darüber hinaus stehe der Finanzierungsüberschuss unter dem Vorbehalt der Gültigkeit der derzeitigen Wirtschaftsprognose und könne nur dann erreicht werden, wenn sich die Rahmenbedingungen nicht verschlechtern.

### Steuereinnahmen

Konkret gehen die kommunalen Spitzenverbände im Jahr 2014 von kommunalen Einnahmen in Höhe von 203,8 Milliarden Euro aus – das sind plus 3,3 Prozent. Sie rechnen mit Ausgaben von 202,4 Milliarden Euro, was einem Anstieg von 3,4 Prozent entspricht. Für 2014 wird eine Zunahme der kommunalen Steuereinnahmen um 3,7 Prozent erwartet, im Jahr 2015 von 5,0 Prozent. Das Aufkommen erreicht somit im Jahr 2014 nahezu 80 Milliarden Euro. Der Anteil der Steuereinnahmen an den Gesamteinnahmen beträgt etwa 40,0 Prozent.

Der Finanzierungssaldo der kommunalen Kernhaushalte für die Jahre 2014 bis 2017 liegt nach der Prognose in der Größenordnung von 1,1 bis 1,9 Milliarden Euro. Der Finanzierungssaldo nimmt dabei von Jahr zu Jahr ab, lediglich die zugesagte Soforthilfe des Bundes in Höhe von 1 Milliarde Euro bundesweit wird im Jahr 2015 für eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahr sorgen.

### Gewerbsteuer

Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer werden im Jahr 2014 zwar stärker als im enttäuschenden Vorjahr, aber mit 2,0 Prozent immer noch verhalten ansteigen. In den Folgejahren werden dagegen bei der Gewerbesteuer solide Zuwächse in Höhe von 4,0 Prozent, 3,0 Prozent bzw. 2,8 Prozent erwartet.

Bei der Grundsteuer wird für das Jahr 2014 eine Steigerung von 2,5 Prozent prognostiziert. Für die weiteren Jahre beträgt die angesetzte Steigerungsrate ca. 1,6 Prozent (in den Jahren 2015 ff. wirksam werdende Hebesatzerhöhungen können nicht

berücksichtigt werden). Beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer wird im Einklang mit dem unterstellten Wachstum der Binnennachfrage eine Wachstumsrate von 3,3 Prozent im Jahr 2014 angesetzt. Im Jahr 2015 führt die Soforthilfe der Bundesregierung zu einem deutlichen Sprung. In den folgenden Jahren liegen die Wachstumsraten leicht unterhalb von 3 Prozent. Etwaige Verschiebungen zwischen ost- und westdeutschen Kommunen, die sich ab dem Jahr 2015 durch neue Aufteilungsschlüssel ergeben können, sind nicht berücksichtigt.

### Soziale Leistungen

Die sozialen Leistungen steigen ungebremst. Anders als in der Vergangenheit erhofft, können weder die hohen Steigerungsraten bei der Jugendhilfe oder der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege abgesenkt werden, noch waren deutliche Entspannungen bei den Kosten der Unterkunft zu beobachten. Es ergeben sich Steigerungen in Höhe von 3,6 Prozent bis 3,8 Prozent pro Jahr – das sind jährlich rund 1,8 Milliarden Euro. In den westdeutschen Kommunen liegen die Steigerungsraten leicht darüber, weil hier der Anteil von Ausgabenarten mit besonders hohen Steigerungsraten überdurchschnittlich ist. Bis zum Jahr 2017 wird ein Anstieg auf mehr als 54 Milliarden Euro erwartet.

### Investitionen

Bei den Investitionen ist – bei sehr unterschiedlichem Ausgangsniveau in den einzelnen Ländern und Kommunen und einer Entwicklung, die diese Unterschiede noch vertieft – in den kommenden Jahren mit einem durchschnittlichen Wachstum von 2,0 Prozent zu rechnen. 2014 wird ein Anstieg auf 21,6 Milliarden Euro erwartet und 2015 eine Summe von 22,1 Milliarden Euro. Die Steigerungsraten der sozialen Leistungen sind doppelt so hoch, in absoluten Zuwachsbeträgen nehmen die sozialen Leistungen sogar viermal so stark zu.

Die Kassenkredite der Kommunen belaufen sich weiterhin auf knapp 50 Milliarden Euro. Auch die verschiedenen Sonderprogramme mit Entschuldungshilfen in einzelnen Ländern konnten noch keine Trendwende beim bundesweiten Kassenkreditvolumen bewirken. **DK**

## Stadt München führt mit DATEV E-Bilanz ein

Mehr Rechtssicherheit für die Stadtverwaltung bei ihren steuerlichen Pflichten

Als eine der ersten Metropolen in Deutschland hat die Stadt München ihr Rechnungswesen für die E-Bilanz fit gemacht. Im Einführungsprojekt, das mit Unterstützung der DATEV eG durchgeführt wurde, mussten die insgesamt 67 Betriebe gewerblicher Art (BgA) der bayerischen Landeshauptstadt an den neuen Standard angepasst werden. Gleichzeitig führte München auch eine neue DATEV-Steuersoftware ein.

Die Verpflichtung zur E-Bilanz ersetzt die bisherige Abgabe der Bilanzdaten in Papierform durch eine elektronische Übermittlung und hebt den Datenaustausch mit den Finanzbehörden technisch auf ein neues Niveau. Privatrechtliche Organisationen müssen sie bereits für Geschäftsjahre umsetzen, die 2013 begonnen haben. Für öffentliche Betriebe gewerblicher Art läuft noch eine Übergangsfrist bis 2015.

### Neue Möglichkeiten ausschöpfen

In der Umstellung sieht die Stadt München nicht nur eine Pflichtübung. So sollte das Projekt zur Einführung der E-Bilanz gleichzeitig die neuen Möglichkeiten der Erstellung und elektronischen Übermittlung verschiedener Steuererklärungen ausschöpfen. „Durch die elektronisch aufbereiteten Daten können wir das Besteuerungsverfahren nun effizienter gestalten, weil beispielsweise die bisherige mechanische Datenerfassung entfällt“, erklärt Karl-Anton Zitzelsberger, Leiter der Steuerabteilung der Stadt München.

Die Münchner Stadtverwaltung stellte frühzeitig die Weichen für die neuen Möglichkeiten der Bilanzübermittlung. Seit Mitte Oktober 2013 konzipierte DATEV mit der Steuerabteilung verschiedene Vorgehensweisen für einen möglichen Import beziehungsweise die Übernahme der E-Bilanzdaten, die zumeist aus dem SAP-Vorsystem stammen. Nach einer ausführlichen IT-Analyse startete Anfang Dezember das Testkonzept, in dessen Rahmen erste fachliche und technische Tests zur E-Bilanz-Übermittlung durchgeführt wurden. Das Testsystem mit den erforderlichen Servern und Arbeitsplätzen installierte DATEV gemeinsam mit dem IT-Dienstleister der Stadt München it@M.

Nach diversen erfolgreichen Testläufen und umfangreichen Schulungen der Mitarbeiter nahm das neue System für die Bilanzierung und Besteuerung im April 2014 den Produktivbetrieb auf. In Kürze wird seitens der Stadt München die endgültige Freigabe zur Übermittlung an die Finanzverwaltung erfolgen. Der Abschluss des Einführungsprojekts ist für Ende Juni geplant.

### Über DATEV

Die DATEV eG, Nürnberg, ist das Softwarehaus und der IT-Dienstleister für Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte sowie deren zumeist mittelständische Mandanten. Über den Kreis der Mitglieder hinaus zählen auch Unternehmen, Kommunen, Vereine und Institutionen zu den Kunden. Das Leistungsspektrum umfasst vor allem die Bereiche Rechnungswesen, Personalwirtschaft, betriebswirtschaftliche Beratung, Steuern, Enterprise Resource Planning (ERP), IT-Sicherheit sowie Organisation und Planung. Mit über 40.000 Mitgliedern, mehr als 6.600 Mitarbeitern und einem Umsatz von 803 Millionen Euro im Jahr 2013 zählt die 1966 gegründete DATEV zu den größten Informationsdienstleistern und Softwarehäusern in Europa. So belegt das Unternehmen beispielsweise im bekannten Lünendonk-Ranking Platz Vier in der Kategorie Softwarehäuser (gelistet nach Umsatz in Deutschland). **□**

### Verlässliche Organisation

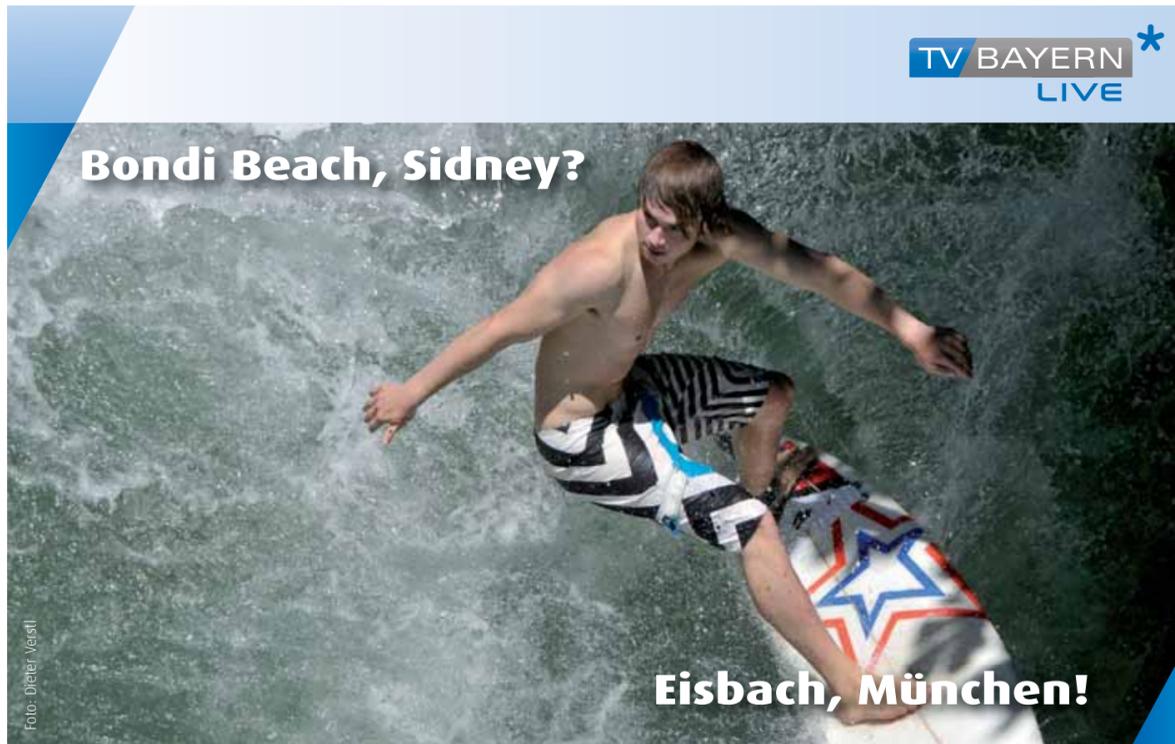
Die bayerische Genossenschaftsorganisation, darunter auch der Agrarkonzern Baywa, bildete im vergangenen Jahr über 4.300 junge Menschen aus, 2.611 davon bei den Volksbanken und Raiffeisenbanken im Freistaat. „Damit sind die Genossenschaften in Bayern verlässliche Ausbilder in der Region“, kommentiert der GVB-Präsident. **□**

## MünchenerHyp zur besten Pfandbriefbank 2014 gewählt

Die Münchener Hypothekenbank eG genießt bei ihren Investoren weiter ein sehr gutes Ansehen. In der „Best Borrowers Survey 2014“, einer weltweit durchgeführten Umfrage der britischen Fachzeitschrift „Euromoney“ unter Großkunden von Banken, erreichte sie den ersten Platz in der Kategorie „Covered Bonds & Pfandbriefe“ – zusammen mit der norwegischen DNB. Die beiden Siegerinstitute wurden mit großem Vorsprung vor der nächstplatzierten Bank gewählt. Im Vorjahr kam die MünchenerHyp auf Platz drei.

„Dieses hervorragende Ergebnis belegt die hohe Reputation der MünchenerHyp bei ihren Investoren. Wir freuen uns sehr, dass wir international als solider und serviceorientierter Emittent wahrgenommen werden. Unsere hohen Ansprüche an die Investorenbetreuung wollen wir weiter vervollkommen“, betonte Dr. Louis Hagen, Sprecher des Vorstands der MünchenerHyp. **□**

## Bondi Beach, Sidney?



Eisbach, München!

\* Neu gesehen:

Ganz Bayern in einer Stunde – sonntags um 17.45 Uhr auf RTL.

DStGB-Positionspapier:

## Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur neu denken

Mit den Möglichkeiten für mehr Investitionen ins Straßennetz befasst sich ein aktuelles Positionspapier des Deutschen Städte- und Gemeindebunds. Wie das Geschäftsführende Präsidialmitglied des DStGB Dr. Gerd Landsberg darin ausführt, fehlten schon heute jährlich Milliardenbeträge, um wenigstens die notwendigsten Straßensanierungen zu finanzieren. Eine nachhaltige Sanierung des Straßennetzes und der dort teilweise vorhandenen Schlaglochpisten und maroden Brücken sei für viele Städte und Gemeinden kaum noch realisierbar.

Von den über 920.000 Kilometern Straße in Deutschland sind weit über 600.000 Kilometer kommunale Straßen. Untersuchungen der von den Ländern eingesetzten Daehre-Kommission zeigen, dass allein in die kommunalen Straßen 15 Jahre lang zusätzlich 2,2 Mrd. Euro investiert werden müssten, um diese zu sanieren. Hinzu kommt Landsberg zufolge die Problematik der zahllosen Brücken im bundesweiten Verkehrssystem. Deren Trag- und Standfestigkeit zu sichern, werde absehbar zu einer sehr großen Herausforderung werden.

### Straßenbrücken

Von den 66.000 kommunalen Straßenbrücken müssten 50 % saniert werden. 15 % seien sogar so marode, dass sie ganz oder teilweise abgerissen werden müssen, weil die Sanierung nicht mehr möglich ist.

Immer mehr Menschen in den Städten und Gemeinden steigen

### Difu zu Kommunalfinanzen und Investitionen:

## Trotz positiver Signale keine Trendwende in Sicht

Im Jahr 2013 verbuchten die Kommunen einen Haushaltsüberschuss in Höhe von 1,7 Mrd. Euro (Vorjahr 1,8 Mrd.). Auch im Bereich der Investitionen sowie am Kreditmarkt entwickelte sich die Situation positiv für die Kommunen. Mit Blick auf diesen Aufwärtstrend befragte das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag der KfW Bankengruppe 2013 die deutschen Kommunen zu ihrer Investitionstätigkeit, zur Entwicklung des Investitionsrückstands sowie zu Aspekten der kommunalen Finanzierung. Thematischer Schwerpunkt war in diesem Jahr der Bereich Straßen und Verkehrsinfrastruktur.

Nach einem deutlichen Einbruch der kommunalen Investitionen im Jahr 2012 ist das Investitionsvolumen 2013 auf gut 25 Mrd. Euro und damit leicht gestiegen. Auch beim Investitionsrückstand ist nach Einschätzung der Befragten eine gewisse Entspannung zu erkennen. Laut Hochrechnung ist der Wert auf 118 Mrd. Euro gesunken. Dabei spielen auch subjektive „Dringlichkeitseinschätzungen“ und Zukunftserwartungen, die sich offenbar gegenüber dem Vorjahr zum Positiven veränderten, eine wichtige Rolle. Die Kommunen gehen häufiger als in den letzten Jahren davon aus, dass der Investitionsstau mittelfristig zumindest etwas aufgelöst werden kann.

Von einer generellen Entwarnung kann jedoch nicht gesprochen werden. Der Anteil der Kommunen, die einen nennenswerten Investitionsrückstand in verschiedenen Infrastrukturbereichen vermelden, ist gegenüber dem Vorjahr sogar noch gestiegen.

### Erwartete Verschlechterung

Durch den auch 2013 entstandenen Haushaltsüberschuss für die Gesamtheit aller Kommunen wird verdeckt, dass die positive konjunkturelle Entwicklung nach wie vor nicht bei allen Kommunen ankommt. Zudem erwarten viele Kommunen bereits für 2014 wieder eine Verschlechterung ihrer Finanzsituation. Das betrifft vor allem die 42 Prozent der Kommunen, die ihre aktuelle Lage schon heute als mangelhaft einschätzen; 73 Prozent davon erwarten eine nachteilige Entwicklung. Je schlech-

ter also die aktuelle Ausgangslage ist, desto schlechter werden auch die künftigen finanziellen Perspektiven beurteilt. Das betrifft auch die Möglichkeiten zum Abbau des Investitionsrückstands. Das Auseinanderdriften der Kommunen bei der Haushaltslage setzt sich bei der Infrastruktur fort und verstärkt diese Negativeffekte zusätzlich.

### Erhalt vor Neubau

„Damit der Substanzverzehr schnell gestoppt werden kann, sollte der Bund zusätzliche Investitionsmittel in einem Infrastrukturfonds bereitstellen, auf den die kommunalen Baustatsträger zugreifen können“, schlägt Landsberg vor. Ein solcher Fonds hätte den Vorteil, dass Investitionsmittel unabhängig von Haushaltsjahren zur Verfügung stehen und so Pla-

nung- und Investitionssicherheit geschaffen wird. Bei den Investitionen müsse es eine klare Priorisierung bei der Mittelverwendung nach dem Motto „Erhalt vor Neubau“ geben, um dem weiteren Substanzverzehr Einhalt zu gebieten.

### Verpasste Chancen

Die bereits seit fünf Jahren durchgeführte Umfrage verdeutlichte außerdem, dass 2013 Investitionen häufiger und in größerem Umfang mit Eigenmitteln finanziert wurden als im Vorjahr. Jedoch blieben viele Investitionen aus, die langfristig mit erheblichen Einspareffekten verbunden sind. Die gute Lage auf dem Kreditmarkt, insbesondere die günstigen Zinssätze auch für Investitionskredite, führen bisher nicht zu einer spürbaren Ausweitung der Investitionstätigkeit. Den Kommunen entgehen dadurch Möglichkeiten zum zinskostengünstigen Abbau des Rückstands und zur Reduzierung von Folgekosten.

### Kommunale Infrastruktur

Daher scheint es notwendig, auch die unterschiedlichen Vorgehensweisen der Länder und Kommunalaufsichten und Kommunalaufsichten etwa bei der Förderung des kommunalen Haushaltsausgleichs und Schuldenabbaus kritisch zu hinterfragen. Die Umfrage-Ergebnisse zeigen auch: Künftig kann sich die Forderung der Kommunen nach Unterstüt-

zung- und Investitionssicherheit geschaffen wird. Bei den Investitionen müsse es eine klare Priorisierung bei der Mittelverwendung nach dem Motto „Erhalt vor Neubau“ geben, um dem weiteren Substanzverzehr Einhalt zu gebieten.

### Bemautung der Straßennutzung

Generell sollten die Kosten des Straßenbaus stärker verursa-

### Erfolgsmodell Genossenschaften:

## Historisch krisenfest, wirtschaftlich rentabel und sozial verantwortlich

### Internationaler Tag der Genossenschaften in Berlin

„Die Wohnungsgenossenschaften gehören zu den erfolgreichsten Unternehmensformen in Deutschland“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen anlässlich des Internationalen Tages der Genossenschaften (International Co-operative Day). „Das traditionsreiche genossenschaftliche Geschäftsmodell hat sich als nachhaltig erwiesen und ist somit in den heutigen Zeiten moderner denn je.“

Rund 5 Millionen Menschen in Deutschland leben bei den rund 2.000 im GdW organisierten Wohnungsgenossenschaften. Seit mehr als 150 Jahren bieten sie ihren Bewohnern langfristig attraktive sowie bezahlbare Wohnungen. Sie handeln wirtschaftlich rentabel und zugleich sozial verantwortlich. Mehr als 4 Milliarden Euro haben die Wohnungsgenossenschaften im Jahr 2013 in ihren Bestand und den Neubau investiert. Den 2,8 Millionen Mitgliedern der Wohnungsgenossenschaften kommt insbesondere das genossenschaftliche Dauernutzungsrecht zu Gute – außerdem haben sie Mitspracherechte rund um das genossenschaftliche Leben.

### Erfolgsmodell

Genossenschaften sind ein Erfolgsmodell: Insgesamt vereinen die rund 8.000 Genossenschaften in Deutschland mehr als 20 Millionen Mitglieder und bieten 900.000 Menschen Arbeitsplätze. Weltweit kommt den Genossenschaften eine enorme wirtschaftliche Bedeutung zu: Mehr als 100 Millionen Menschen weltweit arbeiten bei einer Genossenschaft – das sind mehr Mitarbeiter als die Angestellten aller multinationalen Konzerne zusammen. Die 300 größten Genossenschaften der Welt sind zusammen 1,6 Billionen US-Dollar wert und bilden damit gemeinsam die neuntgrößte Wirtschaftsmacht der Erde.

zung durch Bund und Länder nicht ausschließlich auf die Bereitstellung zusätzlicher Mittel beschränken. Wichtiger ist eine Verstärkung darüber, wie die Daseinsvorsorge und dabei insbesondere die Bereitstellung kommunaler Infrastruktur langfristig wirtschaftlich, bedarfsgerecht und nachhaltig gesichert werden kann.

Die Ergebnisse des KfW Kommunalpanels 2014 ermöglichen Städten, Gemeinden und Landkreisen eine Positionsbestimmung und liefern wichtige Hinweise für die Überprüfung strategischer Entscheidungen.

### Repräsentative Ergebnisse

Für das KfW-Kommunalpanel 2014 wurden insgesamt 2.178 Städte, Gemeinden und Landkrei-

chergerecht finanziert werden. Das entspreche auch dem Gedanken der Nachhaltigkeit, der sich generell in der Politik durchsetzt. Anknüpfungspunkt sollte dabei zunächst die Ausweitung der existierenden LKW-Maut, perspektivisch aber auch die Einführung einer PKW-Maut sein. Eine Bemautung der Straßennutzung würde zudem Perspektiven öffentlich-privater Partnerschaften im Straßenbau der Zukunft eröffnen. Eine verursachergerechte Finanzierung sei unter den richtigen Rahmenbedingungen eine Chance für mehr Investitionen in den Straßenbau und zugleich ein Mittel gegen Verkehrsstaus.

Die LKW-Maut sollte - wie im Koalitionsvertrag vorgesehen - auf Bundesfernstraßen ausge-

dehnt werden. Ergänzend dazu sollte für LKW eine Benutzungsgebühr etwa in Form einer Vignette für das nachgeordnete Straßennetz eingeführt werden. So könnte nach Ansicht des DStGB ohne großen technischen und bürokratischen Aufwand eine verursachergerechte Finanzierung für das gesamte Straßennetz sichergestellt werden.

Das auf der Autobahn bereits eingeführte Mautsystem für LKWs lasse sich ohne bürokratischen Aufwand auch für eine PKW-Maut nutzen. Unverzichtbare Voraussetzung sei allerdings, dass auch diese Einnahmen nicht nur den Autobahnen, sondern auch dem kommunalen Straßennetz zugute kommen.

Der dafür erforderliche Rechtsrahmen müsse gegebenenfalls geschaffen werden.

### Vielältiges Engagement

Rund um den Genossenschaftstag engagieren sich die Wohnungsgenossenschaften in ganz Deutschland: Die „Wohnungsbaugenossenschaften in Berlin“ beispielsweise feierten am 5. Juli auf der Domäne Dahlem, dem Gelände des ältesten Berliner Landguts, mit den Berlinerinnen und Berlinern ihr großes Sommerfest – den traditionellen WOHN-TAG. Die sächsischen Wohnungsgenossenschaften zelebrieren schon seit Jahren den Internationalen Tag der Genossenschaften und stellen ihre Aktivitäten mit Veranstaltungsfotos auf der Homepage www.tag-der-genossenschaften.de dar. Viele von ihnen, wie auch zahlreiche andere Wohnungsgenossenschaften in den neuen Ländern, feiern in diesem Jahr zudem ihr 60-jähriges Jubiläum.

Der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen vertritt als größter deutscher Branchendachverband bundesweit und auf europäischer Ebene rund 3.000 kommunale, genossenschaftliche, kirchliche, privatwirtschaftliche, landes- und bundeseigene Wohnungsunternehmen. Sie bewirtschaften rund 6 Mio. Wohnungen, in denen über 13 Mio. Menschen wohnen. Der GdW repräsentiert damit Wohnungsunternehmen, die fast 30 Prozent aller Mietwohnungen in Deutschland bewirtschaften. □

se im Zeitraum von September bis November 2013 befragt, der Rücklauf betrug 378 Fragebögen von Städten und Gemeinden sowie 101 von Landkreisen. Bei der Befragung wurde eine geschichtete Stichprobe nach vier Gemeindegrößenklassen eingesetzt, die Ergebnisse sind repräsentativ für die rund 5.200 Städte und Gemeinden mit mehr als 2.000 Einwohnern sowie für die 293 Landkreise in Deutschland.

In den Vorjahren entsprach die Jahreszahl im Titel des Ergebnisberichts dem jeweiligen Befragungsjahr. Ab der hier zugrunde liegenden Befragung aus dem Jahr 2013 wird der Bericht jeweils das Jahr der Veröffentlichung im Titel tragen. Entsprechend folgt das KfW-Kommunalpanel 2014 direkt auf das KfW-Kommunalpanel 2012. □

sprechender Anteil zur Finanzierung des kommunalen Straßennetzes vorgesehen wird. Unverzichtbar ist nach Landsbergs Darstellung auch, die Lenkungsfunktion einer solchen Autobahnmaut zu nutzen, um damit einen wichtigen Beitrag zu leisten, dass die Staus sich auflösen. Die Höhe der Maut sollte sich nach den bewährten Schadstoffklassen richten und elektronisch nach der zurückgelegten Strecke und der Zeit erfasst werden.

Das auf der Autobahn bereits eingeführte Mautsystem für LKWs lasse sich ohne bürokratischen Aufwand auch für eine PKW-Maut nutzen. Unverzichtbare Voraussetzung sei allerdings, dass auch diese Einnahmen nicht nur den Autobahnen, sondern auch dem kommunalen Straßennetz zugute kommen.

Der dafür erforderliche Rechtsrahmen müsse gegebenenfalls geschaffen werden.

### Keine zusätzliche Belastung für Autofahrer

Dieser Ansatz sei jedoch nur tragfähig, wenn einige Voraussetzungen beachtet werden. So dürfe die allgemeine Maut nicht zu einer zusätzlichen Belastung der Autofahrer führen. Es müsste also sichergestellt werden, dass im Gegenzug zum Beispiel die Kfz-Steuer in ihrer jetzigen Form abgeschafft oder z. B. durch eine geringe Grundgebühr ersetzt wird. Weiterhin sei dafür zu sorgen, dass die Einnahmen aus einer solchen Maut nicht in die allgemeinen Haushalte fließen. Vielmehr sei sie zur nachhaltigen Verbesserung des Straßennetzes zu nutzen. Das heißt, alle Träger von Straßen müssten anteilig entsprechende Mittel für Erhaltungs- und Verbesserungsmaßnahmen - etwa über den Infrastrukturfonds - aus der Maut erhalten.

### Lenkungsfunktion nutzen

Da das Straßennetz zu mehr als zwei Dritteln ein kommunales Straßennetz ist, sei zwingend erforderlich, dass ein ent-

### Straßenabnutzung durch LKW

Vor allem der schwere Güterverkehr trage maßgeblich zu Straßenschädigungen bei. Eine LKW-Achse mit 10 Tonnen Gewicht entspreche 160.000 (!) PKW-Achsen mit 0,5 Tonnen Gewicht. Die Straßenabnutzung durch LKW könne zehntausendfach so hoch sein wie durch PKW. Dies sollte bei der Festsetzung der Höhe berücksichtigt werden.

Darüber hinaus dürfe keine Belastung des ländlichen Raums mit seinem Straßennetz durch Ausweichverkehr entstehen. Daher müssten auch weiterhin potentielle Ausweichstrecken bemautet werden können. Hierbei sei jedoch den besonderen Anforderungen der ländlichen Räume Rechnung zu tragen, wo die Menschen häufig darauf angewiesen sind, mit dem Kfz längere Strecken zurück zu legen.

### Datenschutz gewährleisten

Eine ausschließlich auf die Autobahnen und Ausweichstrecken bezogene Maut habe den Vorteil, dass keine umfassenden Bewegungsprofile möglich sind. In jedem Fall müsse der Datenschutz der Kraftfahrer gewährleistet sein. Um Bürokratie zu vermeiden, sollte ein einfaches elektronisches System zur Erfassung verwendet werden. □

## Keine Überregulierung bei kleinen Banken durch EU

### Finanzminister, bayerische Sparkassen und Genossenschaftsbanken fordern standortgerechte Regulierungspolitik

„Unsere bewährte flächendeckende Bankenstruktur ist in Gefahr“, warnte Finanzminister Dr. Markus Söder nach einem gemeinsamen Gespräch mit Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Bayerischen Sparkassenverbandes, sowie Prof. Dr. h.c. Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern. „Die Regulierungswut aus Brüssel und der daraus entstehende Kostendruck nimmt kleinen Banken die Luft zum Atmen“, erklärten Götzl und Netzer.

Durch internationale Bilanzierungsvorgaben, englischsprachige Vorschriften und die geplante Einbeziehung kleiner Regionalbanken in die Bankenabgabe belasten wir unsere Banken übermäßig und unnötig. „Wir brauchen nicht mehr Regulierung, sondern bessere“, forderte der Finanzminister.

### Freigrenze für kleinere und regional tätige Banken nach deutschem Vorbild bei der geplanten europäischen Bankenabgabe

Die EU plant den Aufbau eines gemeinsamen Abwicklungsfonds in Höhe von 55 Milliarden Euro bis 2023 über eine europäische Bankenabgabe. Die deutschen Banken sollen hierzu 16 Milliarden Euro beitragen. Dies trifft auch kleine deutsche Regionalbanken, da bei der europäischen Bankenabgabe, anders als bei der deutschen, bislang keine Ausnahme für kleinere und regional tätige Banken vorgesehen ist. Zudem muss sich die europäische Bankenabgabe am Risiko der Geschäftspolitik der Banken orientieren.

### Keine Benachteiligung der mittelständischen Wirtschaft

### bei langfristiger Unternehmensfinanzierung bei der konkreten Ausgestaltung der Regulierung von Liquiditätsvorgaben

Die EU plant, langfristige Kredite für Banken durch Regulierungsmaßnahmen teurer zu machen als kurzfristige Kredite. Das birgt die Gefahr, dass weniger langfristige Kredite an die Wirtschaft ausgegeben werden können. Dies nimmt insbesondere der mittelständischen Wirtschaft wertvolle Planungssicherheit und schneidet sie von der zentralen Finanzierung ab.

### Mehr Transparenz in Brüssel

Besorgniserregender Trend in der europäischen Regulierungspolitik: Immer mehr zentrale und weitreichende Entscheidungen werden allein durch europäische Fachbehörden, insbesondere durch die europäische Bankenaufsicht EBA und die EZB, getroffen. Damit entfällt eine notwendige demokratische Kontrolle dieser Prozesse. Wichtige Entscheidungen müssen wieder vermehrt durch das Europäische Parlament und den Europäischen Rat beraten und beschlossen werden. □

Stadtsparkasse Augsburg:

## Solide - auf breiter Front

**Bilanzsumme: 5-Milliarden-Euro-Marke bestätigt - Über 4 Milliarden Euro Kredite**

Dank eines soliden Wachstums im Einlagengeschäft wie auch im Kreditsektor liegt die Bilanzsumme der Stadtsparkasse Augsburg mit einem Plus von rund 290 Mio. Euro nunmehr bei 5.319 Mio. Euro; dies sind rund 6 % mehr gegenüber dem Vorjahr. „Das traditionelle Geschäftsmodell der Sparkassen hat sich einmal mehr als äußerst krisenfest erwiesen“, so Rolf Settelmeier, Vorstandsvorsitzender der Stadtsparkasse.

Die Stadtsparkasse Augsburg hat auch dank ihrer risikobewussten und nachhaltig kundenorientierten Geschäftspolitik wieder gute Zahlen geschrieben. „Damit können wir unsere Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen und die Kommunen auch in Zukunft erfolgreich wahrnehmen. Ich danke allen, die hierzu ihren Teil beigetragen haben, unseren Kunden, Mitarbeitern und Unterstützern.“

Unsere Kunden vertrauen „ihrer“ Sparkasse. Sie trägt Verantwortung für Gelder (Kredite, Einlagen, Depots) in Höhe von über 8,8 Milliarden Euro. Damit ist die Stadtsparkasse Augsburg unverändert die fünfgrößte Sparkasse in Bayern und die größte in Schwaben.

### Geschäfts- und Ertragssituation

Trotz Niedrigzinsphase bewegte sich der Zinsüberschuss aus dem Kundengeschäft mit 123,1 Mio. Euro (+ 3,1 %) leicht über dem Vorjahresniveau. Dafür musste beim Provisionsüberschuss mit 31,9 Mio. Euro (- 3,6 %) ein geringfügiger Rückgang in Kauf genommen werden.

Die Sparkasse verfolgt seit Jahren ein konsequentes Kosten- und Risikomanagement. Der Verwaltungsaufwand blieb in etwa auf dem Niveau des vergangenen Jahres. Eine geringfügige Steigerung bei den Sachaufwendungen wurde durch einen Rückgang bei den Personalkosten kompensiert.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung konnte, auch dank der realwirtschaftlichen Verankerung

in der Region, auf 65,7 Mio. Euro ausgeweitet werden, das zweitbeste Ergebnis in der Geschichte der SSKA.

Nach Abzug der gewinnabhängigen Steuern in Höhe von 16 Mio. Euro mit ihren insgesamt rund 26 Mio. Euro Steuern zählt die Sparkasse zu den größten Steuerzahlern in Augsburg - wird die Stadtsparkasse Augsburg einen Gewinn nach Steuern von rund 33,7 Mio. Euro ausweisen. Aufgrund der soliden Ertragslage kann der Fonds für allgemeine Bankrisiken um über 26 Mio. Euro aufgestockt werden, der Jahresüberschuss beträgt 7,5 Mio. Euro.

### Eigenkapitaldecke weiter gestärkt

Eine hohe Kapitalbasis ist außerordentlich wichtig und dient als Gradmesser für unsere Bonität. Ende 2013 beträgt unser bilanzielles Kernkapital 499,3 Mio. Euro (2012: 465,7 Mio. Euro) und wird nach Bestätigung des Jahresabschlusses bei 532 Mio. Euro liegen. Damit ist eine gute Substanz vorhanden und die SSKA hervorragend in der Lage, Kredite bereitstellen zu können.

Mit dieser erneut verbesserten Eigenkapitalausstattung wird die SSKA die aufsichtsrechtlichen Anforderungen nach Basel III sehr gut erfüllen können. Der von der Bankenaufsicht vorgegebene Solvabilitätskoeffizient von 8 % wird mit 14,9 % deutlich überschritten.

Neben den Vorschriften durch Basel III müssen weitere kosten- und aufwandsintensive Regularien, etwa im Compliance-Bereich durch MaRisk und

MaComp, umgesetzt werden.

Das Gesamtkreditvolumen stieg in 2013 um 184 Mio. Euro auf 4.245 Mio. Euro. Dabei konnte die Stadtsparkasse die Ausleihungen an Kunden gegenüber dem Vorjahr nochmals deutlich auf über 4 Milliarden Euro erhöhen. In den letzten fünf Jahren konnte die Stadtsparkasse ihren Kundenkreditbestand somit um über 1 Milliarde Euro ausweiten. Wachstumstreiber waren dabei im Wesentlichen der private Wohnungsbau sowie die mittelständischen Unternehmen - das klassische Sparkassenklientel.

Im Kreditneugeschäft konnte der Rekordwert aus dem vergangenen Jahr aufgrund einer schwächeren Investitionsneigung zwar nicht getoppt werden. Mit Darlehenszusagen von 629 Mio. Euro befinden wir uns dennoch auf einem weiterhin sehr hohen Niveau. Mehr als die Hälfte (327 Mio. Euro) wurden dabei von Unternehmen und Selbstständigen nachgefragt.

Bei unseren Unternehmenskunden standen Investitionskredite und die Finanzierung von Immobilien ganz oben auf der Liste. Kleinere Investitionen wurden oft aus dem Cash-Flow gezahlt.

„Unser Anspruch ist und bleibt es, das Vertrauen unserer Kunden dauerhaft zu bestätigen“, so Dr. Walter Eschle, stellvertretender Vorstandsvorsitzender.

### Partner des Mittelstands

Im Firmenkundengeschäft konnte die Stadtsparkasse Augsburg ihren Marktanteil im Vergleich zur letzten Erhebung vor zwei Jahren weiter ausbauen. Fast 60 % der regionalen Unternehmen vertrauen bei ihren Investitions- und Anlageentscheidungen auf „ihre“ Sparkasse vor Ort. Im Firmenkundengeschäft gehört die Stadtsparkasse Augsburg zu den 10 vertriebsstärksten Sparkassen in Bayern

und wurde hierfür vom Sparkassenverband Bayern ausgezeichnet. Das Neugeschäft bei den öffentlichen Darlehen (KfW, LfA und LR-Bank) betrug 68 Mio. Euro, davon alleine rund 36 Mio. Euro für Vorhaben aus dem Bereich Umwelt und Energie. Insgesamt erhöhte sich der Gesamtbestand der öffentlichen Fördermittel zum Jahresende von 300 Mio. Euro auf 326 Mio. Euro.

### Einlagen wachsen trotz Niedrigzinsen

„Die ganzheitliche Beratung unserer Kunden ist unser Anliegen - dafür steht das S-Finanzkonzept, das sich bewährt hat und dem unsere Kunden vertrauen. Dabei setzen wir auf maßgeschneiderte Lösungen für alle Fragestellungen rund ums Geld. Über 29.000 Gespräche im letzten Jahr bilden die Grundlage des guten Ergebnisses im Kundengeschäft.“, so Vorstandsmitglied Cornelia Kollmer.

Sicherheit und Verlässlichkeit - dafür steht die Sparkasse. Und das war sicher auch ein Grund dafür, dass unsere Kunden, trotz Niedrigzinsphase, ihre Einlagenbestände um rund 180 Mio. Euro auf 3,9 Milliarden Euro ausweiteten, innerhalb der letzten fünf Jahre um über eine halbe Milliarde Euro.

Niedrige Zinsen haben auch ein Gutes: aufgrund attraktiver Konditionen erhöhte sich die Nachfrage nach Krediten für wohnwirtschaftliche Vorhaben von Privatpersonen. Die Stadtsparkasse kam dem mit einer abermals gestiegenen Vergabe von Krediten im privaten Wohnungsbau entgegen, was zur positiven Entwicklung im Kundenkreditgeschäft beitrug.

### Immobilien: nach wie vor beliebt

Auch in 2013 war die Immobili-



Der Vorstand der Stadtsparkasse Augsburg: v. l.: Dr. Walter Eschle, stv. Vorstandsvorsitzender; Rolf Settelmeier, Vorstandsvorsitzender; Cornelia Kollmer, Vorstand.

lie, selbst genutzt oder als Kapitalanlage, beliebt und gefragt. Mit 355 vermittelten Objekten und einem Objektwert von über 67 Mio. Euro war 2013 das zweiterfolgreichste Jahr in der Geschichte der Stadtsparkasse Augsburg. Nach dem Rekordjahr 2012 ist die leicht rückläufige Tendenz in erster Linie der Objektknappheit geschuldet. Durch die günstigen Wohndarlehen und die anhaltend niedrigen Sparzinsen bleibt die Immobilie eine wichtige Kapitalanlage für unsere Kunden.

### Versicherungen und Bausparen

Unsere Versicherungen - angefangen von Kranken- und Hausversicherungen bis hin zu Lebensversicherungen wurden auch 2013 stark nachgefragt. Bei der Vermittlung von Lebensversicherungen konnte die Stadtsparkasse mit einer Beitragssumme von über 63 Mio. Euro ein hervorragendes Ergebnis erzielen.

Zum vierten Mal in Folge

konnte die Stadtsparkasse Augsburg ihr gutes Vorjahresergebnis im Bauspargeschäft toppen. 2013 war mit über 200 Mio. Euro vermittelter Bausparsumme das bisher erfolgreichste Jahr. Rund 20 Mio. Euro mehr an Abschlüssen im Vergleich zu 2012 bedeuten eine Steigerung um rund 10 %, wobei viele Bauspar-Neuabschlüsse bereits mit konkreten Immobilienfinanzierungen verbunden sind.

Für 2014 erwartet die Stadtsparkasse Augsburg ein moderates Wachstum im Kundengeschäft und ein Ergebnis, das unter dem des Vorjahres liegen dürfte. Den absehbaren Herausforderungen stellt sich die Sparkasse, erforderliche Maßnahmen wurden eingeleitet. Hierfür stehen ein stringentes Kostenmanagement und die konsequente Nutzung sich bietender Ertragspotentiale.

Unsere Bilanz ist der Vertrauensbeweis durch unsere Kunden. Dem fühlen wir uns als wichtigster Finanzdienstleister im Wirtschaftsraum Augsburg und Friedberg verpflichtet.

## Generation „55+“ wünscht Sicherheit und Unabhängigkeit

Versicherungskammer Bayern fokussiert Beratungsansatz

München. Rund jeder Zweite der 50- bis 59-Jährigen will seinen Versicherungsschutz überprüfen und gegebenenfalls durch neue Versicherungen bestehende Versorgungslücken schließen. Das zeigt eine repräsentative Umfrage der YouGov Deutschland AG im Auftrag der Versicherungskammer Bayern. Bei den 60 bis 64-Jährigen liegt die private Pflegeversicherung mit 32 Prozent auf Platz 1 der relevanten Versicherungen. Bisher haben aber nur etwa 15 Prozent der über 55-Jährigen eine Pflegezusatzversicherung abgeschlossen, von den über 65-Jährigen sogar nur elf Prozent - obwohl ihre größte Sorge das Pflegerisiko ist.

Mit den Lebensjahren steigt das Risiko immer weiter an, die Finanzierung der Pflege kann schnell das gesamte Vermögen aufbrauchen und mittlerweile sogar die Familie finanziell belasten - „Kinder haften für ihre Eltern!“. Dabei können ältere Menschen auch noch private Pflegevorsorge treffen. Denn seit 2013 bekommen sie mit dem staatlich geförderten „Pflege-Bahr“ 60 Euro Zuschuss pro Jahr. So können sie schon mit einem Beitrag ab 50 Cent pro Tag einen Grundstein für ihre finanzielle Unabhängigkeit legen.

Klaus G. Leyh, Vertriebsvordstand des VKB: „Wir kümmern uns um die wichtigsten Anliegen der Generation „55+“: weiterhin gesund, unabhängig und selbstbestimmt bleiben, den Lebensstandard halten, das Vermögen absichern und - vor allem - zu Hause alt werden und dort bei Bedarf bestmöglich gepflegt werden. Mit unserer neuen Beratungskampagne zeigen wir den Menschen unsere individuellen Lösungen, die ihnen und ihrer Familie ein Stück Sicherheit näher bringt.“

Allein in Bayern und der Pfalz gehören zur Gruppe „55+“ rund 1,7 Millionen Menschen; in Berlin und Brandenburg, dem Geschäftsgebiet der Feuersozietät und der Öffentlichen Lebensversicherung, rund 720.000 - Tendenz steigend. Sie möchten das Leben ab 55 genießen, ohne sich Sorgen über die Zukunft und das Alterwerden zu machen. Dazu gehört ein umfassender Versicherungsschutz von der Freizeit-Unfallversicherung über die Einkommens- und Vermögensabsicherung auch im Ruhestand bis hin zum Schutz für Sachwerte - mehr als zwei Drittel von ihnen besitzen eine Immobilie.

### Pionierrolle

Bei der Pflegeabsicherung zählt die Versicherungskammer Bayern zu den Pionieren: Seit 1978 bietet sie private Pflegezusatzversicherungen an. Insgesamt hat sie in ihrem Hauptgeschäftsgebiet Bayern und Pfalz bei der Generation der über 55-Jährigen einen Kundenanteil von annähernd 50 Prozent. Bisher haben sich bundes-

weit rund 86.000 Menschen mit dem staatlich geförderten „Pflege-Bahr“ beim Konzern VKB abgesichert. Er zählt bei der Pflegevorsorge bundesweit zu den Marktführern.

Vorstandsmitglied Klaus G. Leyh: „Ich empfehle den Menschen im Alter „55+“ in jedem Fall, sich zu allen Fragen der Absicherung von uns ganzheitlich und regelmäßig beraten zu lassen. Das ist unser Anspruch als Serviceversicherer. Wir analysieren mit ihnen - besser früher als später - den individuellen Bedarf und planen systematisch die finanzielle Sicherheit und Unabhängigkeit bis ins hoffentlich hohe Alter.“

Hierfür bietet die Versicherungskammer Bayern den „Pflege-Check“ an und überprüft den gesamten Versicherungsschutz in einem umfassenden Beratungsgespräch. Weitere Infos dazu auf [www.versicherungskammer-bayern.de/vorsorge](http://www.versicherungskammer-bayern.de/vorsorge) und auf [www.feuersozietat.de/vorsorge](http://www.feuersozietat.de/vorsorge) sowie bei den Agenturen und Geschäftsstellen der beiden öffentlichen Versicherer, den Sparkassen sowie den in Bayern kooperierenden Volks- und Raiffeisenbanken.

Grundlage für die aktuelle Beratungskampagne der Versicherungskammer Bayern und der Feuersozietät Berlin Brandenburg ist eine repräsentative Online-Befragung der YouGov Deutschland AG bei bundesweit 1.269 Befragten über 50 Jahre.



LBS-Bausparen für Kommunen

## Dauerhaft günstige Zinsen, planbar und flexibel!



[www.lbs-bayern.de](http://www.lbs-bayern.de)

**Wir geben Ihrer Zukunft ein Zuhause.**

Sparkassen-Finanzgruppe

Niederbayerische Sparkassen:

## Erfolgreiche Gründerkonzepte

Die besten Existenzgründer bzw. Jungunternehmer sind in Straubing mit dem Gründerpreis der niederbayerischen Sparkassen ausgezeichnet worden. Mit dieser Ehrung soll das Engagement für Unternehmertum in Niederbayern gefördert und Mut gemacht werden für eine Wirtschaftskultur von Innovation und Nachhaltigkeit. Die Auszeichnung wurde in mehreren Kategorien verliehen. Insgesamt wurden mehr als 5.000 Euro an Preisgeldern vergeben.

In der Kategorie „Konzept“ wurden Jürgen Horvath und sein Bajuvarium Straubing (Sparkasse Niederbayern-Mitte), mit dem 1. Preis ausgezeichnet. Horvath hatte die Idee, seine eigene Welt in Form einer Modelleisenbahnanlage in der Spurgröße HO (Modell-Maßstab: 1:87) zu bauen. In der Ziegelei Mayr GmbH steht nun bereits das erste Modul mit Tiergarten, Volksfest und Innenstadt auf einer Fläche von 150 Quadratmeter, insgesamt bietet das Bajuvarium 4.000 Quadratmeter Platz. 22 Leute arbeiten inzwischen an der Miniaturwelt mit Gleisanlagen.

### Bajuvarium Straubing

Das Bajuvarium beschränkt sich auf den bayerischen Raum sowie Teile der Alpen. Mittelpunkt ist die Stadt Straubing, das Gäubodenvolksfest und der Bayerische Wald. Zu den Besonderheiten gehört ein simulierter Tagesablauf, bei dem sich alle 30 Minuten Dämmerung, Nacht und Tag wiederholen. In der Stadt Straubing mit ca. 1.000 Modellmännchen-Bewohnern sind etwa 30 bewegliche Fahrzeuge, darunter auch einige Feuerwehr-Fahrzeuge unterwegs. Als weiteres Highlight der Anlage wird alle 10 bis 15 Minuten ein Feuerwehreinsatz simuliert. Des Weiteren können die Besucher mit ca. 20 bis 30 Schaltern Vorgänge und Abläufe steuern.

Mit dem Sonderpreis in der Kategorie StartUP gewürdigt wurde Johann Schober aus Stabenberg bei Neureichenau mit dem System „Coole Decken“ (Sparkasse Freyung-Grafenau). Das System soll unser Wohlbefinden steigern, vor allem in der Jahreszeit, in der es in Büro- oder Privaträumen zu heiß wird. Es handelt sich um Kühldecken, die es schaffen, die Raumtemperatur um ca. 6 Grad zu reduzieren und damit das Leben angenehmer machen. Ein wichtiger Unterschied zu einer herkömmlichen Klimaanlage besteht darin, dass es sich nicht

um eine Kühlung handelt, die oft an Zugluft erinnert; vielmehr handelt es sich um eine sogenannte Strahlungskühle, die wir aufgrund der fehlenden Luftbewegung als besonders angenehm empfinden.

Besonders ist auch, dass es sich um ein komplett neues Trägerprofil mit einer leichteren Montage handelt. Das Profil mit dem Namen „Hekda“ wurde sogar zum Patent angemeldet. Mittlerweile hat sich die Firma, die bereits knapp 20 Mitarbeiter beschäftigt, einen sehr guten Ruf erarbeitet und lebt vielfach vom Empfehlungsmanagement. Nicht nur Bürogebäude, sondern auch exklusive Privathäuser werden ausgestattet.

Alle verbauten Bauteile sind in Deutschland endgefertigt und werden auch selbst angeliefert – eine Spedition kommt nur äußerst selten zum Einsatz. Auch hier zeigt sich der Ideenreichtum des Unternehmers: Statt eine teure Spezialmaschine für die automatisierte Montage der Hekda-Profile mit den wasserführenden Rohren bauen zu lassen, hat er kurzerhand eine gebrauchte Hobelmaschine erworben und diese für seine Zwecke umgerüstet. Die Maschine ist seitdem noch immer im Einsatz.

### Wimmer Wohnkollektionen

In der Kategorie Aufsteiger erhielten die Wimmer Wohnkollektionen (Sparkasse Freyung-Grafenau) den Sonderpreis. Das Unternehmen ist am besten als „Teamplayer in einem europäischen Netzwerk“ zu beschreiben. Konkret geht es darum, ausgehend vom Design über die Entwicklung hin zum Vertrieb von natürlichen Massivholzmöbeln zu gelangen. Die Produktion wird über ein europäisches Netzwerk von Industriepartnern abgedeckt. Hierbei sprechen wir von 500 Mitarbeitern, die ausschließlich für Wimmer Wohnkollektionen e. K. fertigen. Wimmer selbst beschäftigt aktuell 31 Mitarbeiter, 2 Azubis, 4 geringfügig Beschäftigte und

9 freie Mitarbeiter. Genauso beeindruckend ist es auch, wenn man sich vor Augen führt, dass innerhalb von 7 Jahren ein Umsatz von knapp 25 Mio. Euro im Jahr 2013 erreicht werden konnte.

Der Verkauf findet über den Möbelfachhandel statt. Hierzu zählen beispielsweise XXXLutz, Weko, Biller oder Porta. Neu hinzugekommen ist auch die bekannte Firma Musterring. Diese Einrichtungsmarke arbeitet nur mit sehr ausgesuchten Partnern zusammen. Bei diesen Kooperationen gibt es einige sehr wichtige und erfolgsentscheidende Faktoren. Hierzu zählt einerseits die Nachhaltigkeit, denn es kommen nur Hölzer aus bestandsgepflegten Forsten zur Verwendung, und zum anderen die Qualität, die ihren Niederschlag in hervorragend guten Reklamationsquoten im Vergleich zum Wettbewerb findet.

### Spezialkräfte

Bemerkenswert ist auch, dass es gelungen ist, hochqualifizierte Kräfte, die vor längerem aus beruflichen Gründen in Ballungsräume umgezogen, teilweise aber auch in das Ausland (z. B. Schweiz) ausgewandert sind, wieder zurückgewonnen werden konnten. Diese gesuchten Spezialkräfte finden bei Wimmer Wohnkollektionen nun einen attraktiven und qualifizierten Arbeitsplatz inmitten einer Region mit herrlicher Natur und hoher Lebensqualität vor.

Momentan baut die Wimmer Wohnkollektionen e.K. an einer neuen Firmenzentrale mit einem Schulungs- und Ausstellungscenter in Waldkirchen im Bayerischen Wald, die im kommenden August eingeweiht werden soll. Dort werden 8 Millionen Euro investiert, um in einer zauberhaften Umgebung den Mitarbeitern und Kunden etwas Außergewöhnliches anbieten zu können.

Mit dem Sonderpreis in der Kategorie Unternehmensnach-

folge geehrt wurde schließlich die Micro-Epsilon Messtechnik GmbH & Co.KG (Sparkasse Passau). Sensoren zur Wege- und Abstandsmessung, von der IR Temperaturmessung und Farberkennung bis hin zu Systemen zur dimensionellen Messung und Defekterkennung – das sind nur Beispiele für die Bereiche, in denen die Firma Micro-Epsilon Messtechnik GmbH und Co.KG erfolgreich tätig ist.

### Micro-Epsilon Messtechnik

Das mittelständische, familiengeführte Unternehmen mit Sitz in Ortenburg im Landkreis Passau ist führend auf dem Gebiet der Messtechnik und bietet seit 1968 Präzisionsmesstechnik in höchster Qualität. Die weltweit tätige Micro-Epsilon-Gruppe lebt ihre wertgeprägte Unternehmenskultur in allen Unternehmensbereichen und erfüllt damit den Leitspruch „Mehr Präzision“ nachhaltig mit Leben.

### Nachfolgeregelung

Wie im operativen Geschäftsbetrieb, positioniert sich die Unternehmensgruppe auch im Bereich Nachfolgeregelung mit Nachhaltigkeit und Präzision. Bereits im Januar 2012 übergab Karl Wisspeintner nach 35 Jahren die Leitung als Geschäftsführer der Micro-Epsilon Messtechnik GmbH & Co. KG an seinen Nachfolger Prof. Dr. Ing. Martin Sellen. Nachdem Ende 2014 die Geschäftsführer-Ara von Dipl.-Physiker Johann Salzberger mit Eintritt in den Ruhestand endet, treten die bereits im Unternehmen tätigen Söhne von Karl Wisspeintner in die Geschäftsführung ein. Das Managementteam ist damit für eine weitere Generation professionell und nachhaltig aufgestellt und lässt eine weiterhin positive Entwicklung der Unternehmensgruppe erwarten.

Dieses mit Weitblick auf die Zukunft und das erfolgreiche Fortbestehen des Unternehmens gerichtete Vorgehen ist beispielhaft. Ein ausschlaggebender Grund für die Preisverleihung in der Kategorie „Unternehmensnachfolge“.

DK

### Kreissparkasse Augsburg und Landratsamt Augsburg:

## Familienfreundliche Arbeitgeber

Die Kreissparkasse Augsburg und das Landratsamt Augsburg wurden als familienfreundliche Arbeitgeber ausgezeichnet. Die Vertreter der beiden Institutionen erhielten in Berlin das Zertifikat zum Audit „berufundfamilie“ von den Parlamentarischen Staatssekretärinnen Caren Marks (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) und Iris Gleicke (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie).

Mit 730 und 753 Mitarbeitern gehören Kreissparkasse und Landratsamt zu wichtigen Arbeitgebern in der Region. Der Anteil weiblicher Beschäftigter beträgt in beiden Fällen rund 61 Prozent. Das bedeutet Handlungsbedarf, vor allem bei flexiblen und individuellen Möglichkeiten der Teilzeitarbeit.

Das Landratsamt hatte seine breite Palette an familienfreundlichen Angeboten zum ersten Mal dem mehrstufigen Bewertungsverfahren unterzogen. Dazu gehören schon seit vielen Jahren individuelle Teilzeitarbeit, Gleitzeitregelung und Ferienbetreuung für Mitarbeiterkinder. In Workshops hatten Mitarbeiter im vergangenen Frühjahr konkrete Ziele erarbeitet, die sie dabei unterstützen, Beruf und Familie noch besser unter einen Hut zu bekommen. „Wir möchten auf die Veränderungen in der Gesellschaft reagieren und suchen nach pragmatischen und unkomplizierten Lösungen, die unseren Mitarbeitern im Alltag nutzen“, erläutert Landrat Martin Sailer. In den kommenden drei Jahren

stehen deshalb unter anderem Befragungen der Mitarbeiter zu familienfreundlicher Personalentwicklung auf der Agenda der Kreisverwaltungsbehörde. Eltern sollen darüber hinaus unterstützende Angebote zur Überbrückung ungeplanter Betreuungszeiten erhalten.

Die Kreissparkasse erhält das Zertifikat nach 2008 und 2011 bereits zum dritten Mal. „Wir haben unsere Angebote seit der ersten Zertifizierung stetig verbessert und ausgebaut“, erklärt Vorstandsvorsitzender Richard Fank. „Es geht darum, dass unsere Mitarbeiter leistungsfähig und zufrieden sind. Das ist der Schlüssel, um die hohen Anforderungen im Kundengeschäft bestmöglich zu erfüllen.“ Nach wie vor arbeitet der Finanzdienstleister kontinuierlich daran, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen. Außerdem rücken lebensphasenorientierte Arbeitszeit, die Gesundheit der älteren Belegschaft sowie Unterstützung bei der Pflege von Angehörigen stärker in den Fokus.

## Die BayernFM begeht 10-jähriges Firmenjubiläum

Zehn Jahre sind vergangen, seit die Bayern Facility Management GmbH (BayernFM) zum ersten Mal das FM-Parkett betreten hat. Heute zählt das mittelständische Unternehmen zum Kreis der etablierten Komplettdienstleister und behauptet sich mit Erfolg im hart umkämpften Markt für Gebäudemanagement-Dienstleistungen.

Vor zehn Jahren erschien am 12. Mai 2004 die erste offizielle Pressemitteilung der BayernFM mit dem Titel „BayernLB und Flughafen München gründen gemeinsame Facility Management-Tochter“. Der FM-Anbietermarkt war seinerzeit turbulent und geprägt von Übernahmen und Insolvenzen. Das waren wahrlich keine optimalen Startbedingungen für das neu gegründete Unternehmen.

Ausgestattet mit der nötigen Zuversicht und höchst motiviert lautete die Mission, sich als Komplettdienstleister auf dem bayerischen FM-Markt zu etablieren. Mit knapp 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von nicht einmal 15 Mio. Euro bestanden die Kernaufgaben in der Übernahme der Bewirtschaftung sämtlicher Liegenschaften der BayernLB, der Erbringung von Facility-Management-Leistungen am Standort Flughafen sowie dem Aufbau des Drittmarktgeschäfts.

Nach zehn Jahren FM-Markterfahrung stellt man bei der BayernFM durchaus mit Stolz fest, dass die Mission erfüllt wurde.

Mittlerweile erbringt das Unternehmen mit 272 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern qualifizierte Dienstleistungen in den Geschäftsfeldern Bewirtschaften, Bauen, Beraten und Benchmarking. Ergänzt wird das Leistungsportfolio durch operative und konzeptionelle Sicherheitsdienstleistungen des Tochterunternehmens Bayern Corporate Services GmbH. Insgesamt bewirtschaftet der Münchner FM-Anbieter mehr als 3 Mio. m<sup>2</sup> BGF für seine Kunden und konnte seit Gründung den Umsatz auf 45,9 Mio. Euro verdreifachen.

„Rückblickend können wir festhalten, dass diese erfolgreiche Entwicklung ohne die jahrelange Treue unserer Kunden, das Engagement unserer Mitarbeiter und die gute Zusammenarbeit mit unseren Geschäftspartnern nicht möglich gewesen wäre. Auf diesem Wege bedanken wir uns im Namen der gesamten Belegschaft recht herzlich und freuen uns auf eine weitere vertrauensvolle und nachhaltige Zusammenarbeit“, so Stefan Kohlhepp, Sprecher der Geschäftsführung. □

## Bayerischer Gründerpreis für Schüler

### Sparkassen ehren Nachwuchs-Manager

Ein Schülerteam aus Fürth siegt mit seinem Geschäftskonzept „Navigationssystem für barrierefreie Wege für gehingeschränkte Menschen“ – Teams aus Landsberg am Lech, Röttenbach an der Pegnitz, Stein und Höchststadt an der Aisch nehmen die weiteren Plätze auf der Siegetreppe ein. Die Auszeichnung der fünf besten bayerischen Schüler-Teams fand jüngst in München statt.

Bei der regionalen Siegerehrung des größten deutschen Existenzgründer-Planspiels, einer Initiative von stern, Sparkassen, ZDF und Porsche, konnte sich das mittelfränkische Schüler-Team „Turtle Safety Group GmbH“ durchsetzen. Vier Monate tüftelten Stefan Ossig, Manuel Merz, Christoph März sowie Debora Veh von der Max-Grundig-Schule in Fürth an ihrem Geschäftskonzept und lernten dabei spielerisch die Welt der Wirtschaft kennen. Sie entwickelten ein Geschäftskonzept für ein Unternehmen, das die Entwicklung und den Vertrieb eines Navigationssystems betreibt, das gehingeschränkten Menschen – vor allem Rollstuhlfahrern und Benutzern von Rollatoren – hilft, barrierefreie Wegstrecken zu finden. Am Ende der Spielrunde hat das Team die Jury mit dieser Geschäftsidee überzeugt. Es durfte sein Konzept deshalb als eines der zehn besten Teams im Bundesvergleich bei der Bundessiegerehrung am 2. Juli 2014 in Hamburg präsentieren.

### Schutzvorrichtung für PKW

Direktor Günther Tittel vom Sparkassenverband Bayern und Ministerialrat Ralf Kaulfuß vom Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst überreichten dem Siegerteam aus Fürth bei der regionalen Siegerehrung in München den ersten Preis. Den zweiten Platz konnte sich das Team „Carprotect GmbH“ von den Beruflichen Schulen, Landsberg am Lech, sichern. Diese Geschäftsidee dreht sich um die Vermarktung einer „einfach zu handhabenden Schutzvorrichtung für PKW“ – eine aufblasbare Abdeckung, die parkende Autos gegen schädliche Umwelteinwirkungen abschirmt.

Den dritten Platz sicherte sich

die Spielgruppe „Fair Football Equipment“ vom Geschwister-Scholl-Gymnasium in Röttenbach an der Pegnitz. Ihr Unternehmen entwickelte eine Torlinientechnik für den Profifußball, die durch ihren günstigen Preis auch in den unteren Ligen und in hochklassigen Jugendligen zum Einsatz kommen kann. Mit dem Team „GetIT“ auf Platz vier erwies sich das Gymnasium Stein in Stein als Gründerschmiede. Auf Platz fünf landete das Team „Next Web Service“ des Gymnasiums Höchststadt an der Aisch.

### Komplexe Fragestellungen lösen

Aus Bayern nahmen insgesamt 112 Teams am bundesweiten Wettbewerb teil. „Durch ihr Engagement beim Bayerischen Gründerpreis für Schüler fördern die Sparkassen aktiv die Unternehmer von morgen. Wir sind froh, dass wir so viele Teams erfolgreich betreut haben und ihnen den Spaß am Unternehmertum näher bringen konnten“, so Günther Tittel vom Sparkassenverband Bayern.

Im Gründerpreiswettbewerb für Schüler übernimmt jedes Teammitglied einen eigenen Verantwortungsbereich in der Konzeption eines neuen Unternehmens – selbstständiges Denken und Handeln werden so gefördert. Die Schüler stärken ihre Team- und Führungsqualitäten und beweisen über vier Monate hinweg ihre Fähigkeit, komplexe Fragestellungen mit Engagement und Kreativität zu lösen. Auf diese Weise sammeln sie Erfahrungen, die eine frühzeitige berufliche Orientierung und Qualifikation ermöglichen. Außerdem knüpfen sie erste Kontakte zu realen Unternehmern. Unterstützt werden sie dabei von Lehrern, Spielbetreuern und Unternehmerpaten. □

### Finanzminister Söder:

## 180 Mio. Euro mehr in Bayerns Pensionsfonds im Jahr 2013

Das Vermögen des Bayerischen Pensionsfonds belief sich zum Jahresende 2013 auf 1,86 Milliarden Euro. „Das sind 180 Millionen Euro mehr Vorsorge für die bayerischen Beamten“, erläuterte Finanzminister Dr. Markus Söder die Geschäftszahlen 2013. 80 Millionen Euro entstehen durch Wertsteigerung des angelegten Geldes und 100 Millionen Euro werden aus dem Haushalt zugeführt.

„Die bayerische Beamtenversorgung ist auf einem guten Weg. Die Rendite von 4,56 Prozent bestätigt unsere Anlagestrategie. Bayern hat seine Versorgungsausgaben im Griff und bleibt ein verlässlicher Dienstleister für seine Beamten“, so Söder. Heuer wird der Pensionsfonds erstmals die 2-Milliarden-Grenze übersteigen.

Die Rendite konnte mit der Anlage in sichere Rentenpapiere und Aktien erwirtschaftet werden. Die Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbank bei der Anlagestrategie erwies sich damit erneut als Erfolgsmodell.

Bereits zu Jahresbeginn 2013 wurden Versorgungsrücklage und Versorgungsfonds zusammengelegt und das Vermögen vollständig auf den „Bayerischen Pensionsfonds“ übertragen. Der Freistaat

führt bis 2030 jährlich 100 Millionen Euro zu. Bis 2022 werden die Versorgungsausgaben vollständig aus dem laufenden Etat bezahlt. Ab 2023 besteht die Möglichkeit, für deren Finanzierung zusätzlich auf den Bayerischen Pensionsfonds zuzugreifen.

Durch die Schuldentilgung des Freistaats bis zum Jahr 2030 – allein in den Jahren 2012 bis 2014 wurden 2,54 Milliarden Euro getilgt, im Doppelhaushalt 2015/16 sind weitere 1,05 Milliarden Euro geplant – werden neue finanzielle Spielräume geschaffen. Die ab 2031 freien Mittel aus den ersparten Zinsen von rund einer Milliarde Euro jährlich stehen dann als „Pensionsmilliarde“ für die ergänzende Finanzierung der Beamtenversorgung zur Verfügung. □

## Abfall als Produkt:

# Neues Wertstoffkonzept weist Weg in die Zukunft

Kommunales Rückkonzumzentrum in Mettlach: Deutsche Umwelthilfe empfiehlt Umsetzung des neuen Systems in Kommunen

Wie sich Abfall vermeiden, die Wertstofffassung erhöhen und das Recycling gleichzeitig verbessern lässt, zeigt die saarländische Gemeinde Mettlach eindrucksvoll mit einem neuen Abfallbewirtschaftungskonzept. Dies belegen aktuell veröffentlichte Zahlen der in Mettlach gesammelten Wertstoffe und des angefallenen Restabfalls für das Jahr 2013. So konnte das Restabfall- und Sperrmüllaufkommen von 245 kg pro Einwohner in 2011 auf 126 kg in 2013 gesenkt werden. Gleichzeitig wurden im vergangenen Jahr 81 kg Wertprodukte pro Kopf separat erfasst.

Das neue Modell revolutioniert die Wertstofffassung und überzeugt durch seinen einzigartigen Servicegedanken bei der Rückgabe von Abfällen in einem „Rückkonzumzentrum“ nach dem Modell „SuperDrecksKesch“: Die Deutsche Umwelthilfe e. V. (DUH) hatte die Einrichtung und Umsetzung des einzigartigen Wertstoffkonzepts in Mettlach aktiv unterstützt.

## Attraktive Rückgabe

Das im Januar 2013 eröffnete kommunale Rückkonzumzentrum ist mehr als ein Wertstoffhof. Mit dem Konzept hat sich die Gemeinde Mettlach am System „SuperDrecksKesch“ aus Luxemburg orientiert, welches Abfall als Produkt begreift und dessen Rückgabe für Verbraucher attraktiv macht. Das System führt zu einer deutlich höheren Rückgabe von Wertstoff- und Problemstoffmengen und gleichzeitig zu weniger Restmüll. Außerdem ermöglicht eine Tauschbörse vor Ort die Wiedernutzung gebrauchter Gegenstände, wie z.B. Spielzeug, Bücher oder Möbel.

„So wie wir im Supermarkt Waren kaufen, ist es auch sinnvoll, diese Waren, wenn wir sie nicht mehr brauchen, zurückzugeben – serviceorientiert, sauber und akkurat. Was in Luxemburg

## EEG-Umlage für Kunststoffrecycler:

## Ausgleichsregelung auch für 2014

„Eine Auftrennung der Kunststoffindustrie in jene, die Primärstoffe und jene, die Sekundärstoffe verarbeiten, ist auf europäischer und auch auf nationaler Ebene nicht erfolgt. Allein das ist schon ein wichtiger Erfolg, der im Zusammenhang mit der Neufassung der EU-Umwelt- und Energiebeihilfeleitlinien (EEAG) erreicht worden ist“, erklärte Herbert Snell, Vizepräsident des bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung anlässlich des 17. Internationalen Altkunststofftages in Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Diese europäische Entscheidung bedeutet, dass die Kunststoffrecycler die Teilerstattung der EEG-Umlage ab 2015 beantragen können. Das novellierte EEG wird voraussichtlich im August 2014 in Kraft treten, wobei deutliche Veränderungen gegenüber den bisherigen Regelungen umgesetzt werden.

In diesem Zusammenhang bedankte sich der bvse-Vizepräsident nochmals ausdrücklich bei Bundesumweltministerin Barbara Hendricks sowie bei Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel für die wertvolle Unterstützung in dieser Thematik. Er betonte, dass damit das Kunststoffrecycling in Deutschland sehr gute Chancen habe, seine weltweite Vorreiterrolle zu stabilisieren und weiter auszubauen.

Herbert Snell wies jedoch darauf hin, dass nach wie vor den betroffenen Kunststoffrecyclern die Anspruchsnahme der besonderen Ausgleichsregelung für das Jahr 2014 durch das zuständige Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle verweigert werde. Die dadurch entstandene Mehrbelastung der Unternehmen, die seit Januar besteht, führe bei einigen Kunststoffrecyclern zu sehr kriti-

in Rückkonzumzentren seit Jahren gängige Praxis ist, wurde erstmals erfolgreich in Deutschland umgesetzt und sollte Schule machen“, sagt der DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch.

## Drive-In-Lösung

Im Rückkonzumzentrum Mettlach können die Bürger der 13.000-Einwohner-Gemeinde, unterstützt von geschultem Personal, in einer Art „Drive-In-Lösung“ ihre Wertstoffe zurückgeben, damit sie korrekt entsorgt oder recycelt werden können. Im Gegensatz zu anderen kommunalen Sammelstellen erfasst das neue Modell Wertprodukte in über 40 Fraktionen sortenrein und trennt sie akkurat nach Material und Inhaltsstoffen. Mit Ausnahme von wenigen Materialien, wie asbesthaltigen Baustoffen, Bauschutt oder Altreifen ist die Rückgabe der Wertstoffe kostenfrei.

„In Deutschland fallen pro Kopf und Jahr 193 kg Restmüll an. Abfallvermeidung sieht anders aus. Das Mettlacher Modell bietet einen perfekten Verbraucherservice und dient als Vorbild für andere deutsche Städte und Gemeinden. Mit dem Rückkonzumzentrum lässt sich die Restabfallmenge erheblich senken und gleichzeitig die Menge der getrennt erfassten Wertstoffe er-

höhen“, sagt der DUH-Bereichsleiter für Kreislaufwirtschaft Thomas Fischer.

Durch das neue Abfallbewirtschaftungskonzept konnte die Stadt Mettlach in 2013 das Restabfall- und Sperrmüllaufkommen im Vergleich zu 2011 mehr als halbieren. Die separat erfasste Menge an Wertprodukten liegt mit 81 kg pro Einwohner über normaler Weise erreichten Werten. Auch die Rücknahmemengen von Problemstoffen und Elektroaltgeräten sind in Mettlach deutlich höher als der bundesdeutsche Durchschnitt. So konnten 2013 in

Mettlach pro Einwohner 3,5 kg Problemstoffe und ca. 10 kg Elektroaltgeräte gesammelt werden. Im Vergleich dazu liegen die bundesweiten Sammelmengen pro Kopf und Jahr für Problemstoffe lediglich bei 1 kg und für Elektroaltgeräte bei 8 kg.

Metallach pro Einwohner 3,5 kg Problemstoffe und ca. 10 kg Elektroaltgeräte gesammelt werden. Im Vergleich dazu liegen die bundesweiten Sammelmengen pro Kopf und Jahr für Problemstoffe lediglich bei 1 kg und für Elektroaltgeräte bei 8 kg.

Metallach pro Einwohner 3,5 kg Problemstoffe und ca. 10 kg Elektroaltgeräte gesammelt werden. Im Vergleich dazu liegen die bundesweiten Sammelmengen pro Kopf und Jahr für Problemstoffe lediglich bei 1 kg und für Elektroaltgeräte bei 8 kg.

## Zukunft der Verpackungsrücknahme

Wer ist verantwortlich? Wer zahlt? Was darf in die Wertstofftonne?

Die Branche wartet auf das Wertstoffgesetz. Doch kommt es überhaupt und wenn ja, wie soll die System- und Finanzierungsverantwortung aufgeteilt werden? Das war Thema eines Workshops von bvse und BKV im Rahmen des 17. Internationalen Altkunststofftags des bvse. Nach Einschätzung von MinDirig Dr. Gottfried Jung (Wirtschaftsministerium Rheinland-Pfalz) könnte es demnächst tatsächlich ernst werden mit dem Gesetz. Das derzeitige Verhalten der dualen Systeme zwingt die Politik regelrecht zum Handeln, so Jung, der als Sprecher des Politischen Ausschusses der BKV die Fachdiskussion moderierte.

Für Stephan Rabl (HDE Handelsverband Deutschland e.V.) ist die Zeit reif für ein Wertstoffgesetz. In diesem Zusammenhang plädiert er für eine zentrale Stelle in Trägerschaft der privaten Wirtschaft. Auch Dr. Jürgen Bruder (IK Industrievereinigung Kunststoffverpackungen e.V.) fordert, dass die erfolgreich erprobten privatwirtschaftlichen Lösungen weiterentwickelt werden sollten. Er betont die Bereitschaft der Kunststoffindustrie, mehr Organisationsverantwortung bei der Verpackungsentsorgung im Rahmen einer Zentralen Stelle zu übernehmen. Schließlich sei die Wertstofftonne im Wesentlichen eine „Kunststoffveranstaltung“, die ein zusätzliches Potenzial von jährlichen circa 250.000 Tonnen Kunststoffen heben könnte.

## Natürliches Monopol

Otto Huter (Deutscher Städte- und Gemeindebund) sieht die Wertstoffsammlung dagegen als „natürliches Monopol“ der Kommunen und fordert, die Steuerungsverantwortung für die Sammlung komplett den Kommunen zu überlassen. Die Verwertung solle laut Huter jedoch im Wettbewerb vergeben werden.

## Kompromisse mit den Kommunen suchen

Kompromisse deuten sich an. So sieht Hans Peter Feller (Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie, BVE) verschiedene Optionen, um die Kommunen bei der Sammlung von Wertstoffen zu berücksichtigen. Dahingegen sollen die Bereiche Sortierung und Verwertung, über Ausschreibungen des Dualen Systems, einer privatwirtschaftlichen Umsetzung vorbehalten bleiben.

## Weitere Inverkehrbringer einbeziehen

Dreh- und Angelpunkt einer funktionierenden Wertstofffassung ist die Finanzierung. Hier will Rabl mehr Transparenz und mehr Überwachung. Er unter-

stützt deshalb die 7. Novelle der Verpackungsverordnung und sprach sich für eine stärkere Kontrolle von Trittbrettfahrern aus.

## Lizensierung

Mit einer Empfehlung will sein Verband die Inverkehrbringer in einem ersten Schritt für die ordnungsgemäße Lizenzierung sensibilisieren. Insgesamt stehe der HDE zum Dualen System und arbeite konstruktiv an Lösungen mit. Um das System der Wertstofffassung zukunftsfähig zu machen, müsse darüber hinaus auch über Wege diskutiert werden, die Inverkehrbringer von stoffgleichen Nichtverpackungen an der Finanzierung des Systems zu beteiligen, ergänzt Bruder.

## Produktverantwortung

bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock weist darauf hin, dass die Sammlung und Verwertung dieser Materialien entweder über eine Ausweitung der Produktverantwortung oder den kommunalen Gebührenhaushalt sichergestellt werden kann. Hier gelte es, die Vor- und Nachteile präzise abzuwägen.

## Keine Elektroaltgeräte in die Wertstofftonne

Wenn auch stoffgleiche Nichtverpackungen in einer Wertstofftonne erfasst werden, bringt dies Schwierigkeiten für die Sortierung, Behandlung und Verwertung mit sich, da der Materialstrom heterogener wird. Rabls Forderung, mit den stoffgleichen Nichtverpackungen auch Elektrokleingeräte in einer Wertstofftonne zu erfassen, erteilt Rehbock deshalb mit Hinweis auf die erheblichen Kontaminations- und Brandgefahren eine Absage. Im Hinblick auf die Sortierung und Verwertung sei es aber unbedingt nötig, die Bürger für die richtige Nutzung einer Wertstofftonne zu sensibilisieren, wenn die Rahmenbedingungen geklärt sind, so Rehbock.

## Wertstoffgesetz:

## Bessere Qualitäten und höhere Recyclingquoten

Bad Neuenahr- Das Kunststoffrecycling in Deutschland umfasst deutlich mehr als das Verwerten von Verkaufsverpackungen. Dies zeigt sich nach den Worten von bvse-Vizepräsident Herbert Snell nicht zuletzt auch an der geplanten Ausweitung der haushaltsnahen Sammlung auf stoffgleiche Nichtverpackungen im Rahmen eines Wertstoffgesetzes. Darüber hinaus werden jedoch auch Kunststoffe aus den Bereichen Gewerbe & Industrie, Elektro- und Elektronikgeräte, Altfahrzeuge sowie der Landwirtschaft verwertet.

Aktuell steht die Novellierung der Verpackungsverordnung an. Die 7. Novelle muss noch vom Bundesrat verabschiedet werden. Der bvse-Fachverband Kunststoffrecycling begrüßt die dort angelegten neuen Regelungen, insbesondere das Schließen von Schlupflöchern, die bei der Point-of-Sale-Regelung angelegt ist, aber auch bei manchen Branchenlösungen.

## Verbesserte Mengenerfassung

Nach den Worten von Snell soll die 7. Novelle der Verpackungsverordnung dazu beitragen, dass die Dualen Systeme wieder eine verbesserte Mengenerfassung nachweisen können. Der bvse-Vizepräsident merkte vor der Presse in Bad Neuenahr aber auch kritisch an, dass viele dieser Schlupflöcher von den Dualen Systemen „selbst aufgemacht“ worden sind.

## Keine Alternative

Inzwischen fällt es auch den Kunststoffrecyclern, angesichts der zahlreichen öffentlich ausgetragenen Querelen, schwer, noch länger auf die Wahrnehmung der Produktverantwortung durch die Dualen Systeme zu setzen, kritisierte Herbert Snell. Dennoch gebe es dazu keine vernünftige Alternative. Allerdings sieht der bvse-Fachverband Kunststoffrecycling eine dringende Notwendigkeit für ein Wertstoffgesetz. Das machte Dr. Dirk Textor in seinem Vortrag vor den Teilnehmern des Altkunststofftages sehr deutlich.

Textor plädierte für deutlich höhere Recyclingquoten. Die bisher bestehenden werkstofflichen Verwertungsquoten für Verkaufsverpackungen von 36 % müssen angepasst werden. Die Forderungen umfassen dabei nicht nur die Quotenerhöhungen auf 50 %, sondern insbesondere eine transparente und einfache, nachvollziehbare sowie eine in ganz Europa einheitliche Quotendarstellung. Die Recyclingquoten selbst, so Textor, sollen sich dabei auf die tatsächlich erfassten Mengen beziehen.

## Qualität der Kunststoffströme verschlechtert sich

Der bvse-Fachverbandsvorsitzende legte in seinem Vortrag sein Augenmerk jedoch auch auf die immer schlechter werdende Qualität der Kunststoffströme. Eine Verbesserung könnte schon erreicht werden, wenn die Vorgaben für die Kunststoffsortierung überprüft würden.

## Freie Vermarktung der sortierten Mengen

Dirk Textor: „Die Kunststoffsortierung darf nicht unter dem Druck stehen, den Durchsatz auf Kosten der Qualität zu optimieren. Der Sortierer soll überdies die Möglichkeit haben, die sortierten Mengen frei zu vermarkten und vor allem müsse es, anders als dies bisher möglich sei, eine Abstimmung hinsichtlich der Qualitätskriterien zwischen Sortierern und Recyclern geben dürfen.“

## Duale Systeme schaffen Grundlage für tragfähiges Konzept

Nach einer neuen Entscheidung werden die Mengenmeldungen für 2015 durch einen gemeinsamen Wirtschaftsprüfer überprüft.

Die dualen Systeme haben in einer Gesellschafterversammlung der Gemeinsamen Stelle vereinbart, ihre Mengenmeldungen für 2015 durch einen gemeinsamen Wirtschaftsprüfer überprüfen zu lassen, heißt es übereinstimmend in Presseaussendungen der zehn Systembetreiber. Ab 2016 soll die Prüfung durch einen Pool von vier Wirtschaftsprüfern auf einheitlicher Prüfgrundlage vorgenommen werden. Darüber hinaus wurde eine Einigung über alle weiteren offenen Punkte der neuen Clearingverträge erzielt. Damit haben die dualen Systeme die Grundlage für ein zukünftig tragfähiges Konzept zur privatwirtschaftlich organisierten Verpackungsentsorgung geschaffen.

## Konsens bei Finanzierung

Auch für die Finanzierung des dualen Systems für die zweite Hälfte des Jahres 2014 und damit die Übernahme der Kosten aller Entsorger für diesen Zeitraum gibt es grundsätzlich Konsens: Zentrales Element des Finanzierungskonzeptes ist die Bereitschaft von Handel und Industrie zur Zwischenfinanzierung der derzeitigen Deckungslücke.

## Dialog mit Kartellamt

Selbstverständlich stehen alle Beschlüsse unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Bundeskartellamtes. Die Gemeinsame Stelle wird den bestehenden Dialog mit dem Bundeskartellamt fortführen und das Finanzierungskonzept mit Handel und Industrie umgehend zum Abschluss bringen.

# „Franken ist ein starkes Stück Bayern“

Rund 10.000 Besucher beim „Tag der Franken“ in Ochsenfurt  
Lob vom Ministerpräsidenten

Ochsenfurt. (mm) Eine „Strukturpolitik zugunsten Nordbayerns“ hat Ministerpräsident Horst Seehofer beim Tag der Franken am Sonntag (6. Juli) in Ochsenfurt angekündigt. „Bayern besteht nicht nur aus München“, sagte der Regierungschef in seiner mit viel Applaus bedachten Festrede. Deswegen würden Zug um Zug weitere Behörden nach Franken verlagert.

Aber auch sonst verstand es der bestens gelaunte Landesvater bei seinen Zuhörern zu

großem Selbstbewusstsein an und fahre deprimiert wieder heim, erinnerte er sich an den



Umringt von zahlreichen Vertretern des öffentlichen Lebens begrüßen Bürgermeister Peter Juks und Bezirksstagspräsident Erwin Dotzel Ministerpräsident Horst Seehofer in Ochsenfurt.  
Foto: Mauritz

punkten: Eine Fahrt nach Franken sei wie eine Bildungsreise, sagte er. Man komme mit

Festakt „200 Jahre Unterfranken in Bayern“ Mitte März in Würzburg. Damals habe er

Bürgermeister a. D. Michael Sedlmair:

## Souveräner Kapitän des „Kreuzers Ismaning“

Doppelter Grund zum Feiern für Michael Sedlmair: Nicht nur, dass dem geschätzten Kommunalpolitiker in Anerkennung seiner herausragenden Verdienste um die Gemeinde Ismaning vor wenigen Monaten das Ehrenbürgerrecht verliehen wurde – am 2. Juli konnte der ehemalige Rathauschef zudem seinen 65. Geburtstag feiern. Die Gemeinde Ismaning würdigte dessen große Lebensleistung im Rahmen eines Festakts und dankte für „Tatkraft und Weitsicht in 36 kommunalpolitischen Jahren und davon in vier Amtsperioden als Erster Bürgermeister“.

1978 erstmalig zum Gemeinderat in Ismaning gewählt, war der gelernte Jurist ab 1984 für die Freien Wähler Mitglied des Kreistags im Landkreis München. Seit 1. Mai 1990 bekleidete Sedlmair das Amt des Ersten Bürgermeisters seiner Heimatgemeinde.

Im Juli 2008 erfolgte seine Wahl zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags. Sedlmair gehörte des Weiteren dem Ausschuss der kreisangehörigen Gemeinden an. Darüber hinaus wurde Sedlmair als Verwaltungsrat und Mitglied der Hauptversammlung für die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) benannt und war seit 1997 Vorsitzender der Hauptversammlung.

Im Jahr 2012 wurde dem damaligen Ersten Bürgermeister eine große Ehre zuteil: Landrätin Johanna Rumschöttel verlieh Sedlmair bei einem Festakt in der Jugendbegegnungsstätte Oberschleißheim den Ehrenring des Landkreises München. Der Ehrenring ist eine ganz besondere und rare Auszeichnung für Personen, die sich in außerordentlicher Weise um den Landkreis München verdient gemacht haben und darf nur an höchstens 29 lebende Personen verliehen werden.

Gut 200 geladene Gäste waren Ende April zur Verabschiedung Sedlmairs in den Bürger-saal gekommen. Der ebenfalls ausgeschiedene Zweite Bürgermeister Walter Stenner würdigte in seiner Laudatio die Verdienste des Rathauschefs und übergab die Ehrenbürgerurkunde der Gemeinde Ismaning.

Während Sedlmairs 24-jähriger Amtszeit habe diese eine enorme Entwicklung bis hin zum Medienstandort erfahren. Dabei sei einem organischen Wachstum und einer stetigen Verbesserung der Infrastruktur große Bedeutung zugekommen. Auch



Michael Sedlmair.

habe Sedlmair für die Selbständigkeit Ismanings bei der Verdien- und Entsorgung sowie für die frühzeitige Umsetzung der Energiewende Sorge getragen.

Seinen Freund und Wegbegleiter nannte Stenner einen „alten Hasen“ mit der notwendigen Schlitzohrigkeit und großem Geschick - vor allem bei Grundstücksverhandlungen. Wäre Sedlmair als Makler am Grunderwerb durch die Gemeinde beteiligt gewesen, hätte die Provision wohl in manchen Jahren sein Bürgermeister-Gehalt übertroffen, fügte Professor Bruno Rimmelpacher hinzu. Der Jurist würdigte die Verdienste des frischgebackenen Ehrenbürgers, vor allem auch um die Bereiche Kultur, Erziehung und Bildung mit dem jüngsten

nämlich die Auffassung gewonnen, nicht Unterfranken sei 1814 zu Bayern gekommen, sondern umgekehrt Bayern zu Unterfranken. Den Grund für diesen Eindruck lieferte Seehofer gleich mit: „Franken ist ein starkes Stück Bayern!“ Und speziell an den Unterfranken lobte er deren Vielfalt, deren Pflichtbewusstsein und deren Fleiß.

### Seehofers „Beichte“

Ebenso wichtig war ihm für den Erfolg Bayerns die „christliche Prägung“. Das christliche Menschenbild stehe im Mittelpunkt seiner Politik. Das führte ihn in seiner Rede zu einer Beichte: „Ich war heute zum ersten Mal im Würzburger Dom“, gestand er und hielt dabei den vor ihm in der ersten Zuhörerreihe sitzenden Bischof Dr. Friedhelm Hofmann fest im Blick. „So, jetzt hab' ich's gebeichtet, und damit ist es vergeben“, fügte Seehofer spitzbübisch lachend hinzu.

### Herausragende Persönlichkeiten

Zuvor hatte der Ochsenfurter Bürgermeister Peter Juks den Ministerpräsidenten, die zahlreichen Ehrengäste und nicht zuletzt die rund 10.000 Besucher begrüßt, die im Lauf des Tages trotz der brütenden Sonne auf den Ochsenfurter Stadtplatz kamen. „Vatikan, Paris, Prag und jetzt Ochsenfurt“, listete das Stadtoberhaupt – nicht ohne Stolz – die zurückliegenden Stationen von Seehofers Dienstreisen auf. Landtagspräsidentin Barbara Stamm erinnerte in

### Neuerscheinung:

## IMPULSE – Schriftenband zu Heimat und Kultur

Das Bildungswerk Irsee legt nun den IMPULSE-Schriftenband „Heimat – Kultur – Bezirke“ vor, der die dritte Hauptaufgabe der Bezirke (neben dem Sozialbereich und der psychiatrischen Gesundheitsversorgung) thematisiert; gelten die sieben bayerischen Bezirke

Coup, dem Kauf des Commundo-Tagungshotels für die Ansiedlung des Gymnasiums. In die gleiche Kerbe hieb die ebenfalls aus dem Amt scheidende Landrätin Johanna Rumschöttel: Sedlmair habe sich gewaltig für Ismaning als Gymnasiums-Standort eingesetzt.

Altbürgermeister Rolf Zeitler aus Unterschleißheim verwies als langjähriger Wegbegleiter auf die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Nachbarn. Sedlmair sei ein Vollblut-Kommunalpolitiker und ein leidenschaftlicher Verfechter der kommunalen Selbstverwaltung gewesen, zudem ein treuer Bündnispartner in der Nordallianz - unter anderem beim Kampf gegen die geplante Transrapid-Trasse entlang der Autobahn A92.

Der Geehrte übergab schließlich Amtskette und Rathauschüssel an seinen Nachfolger Dr. Alexander Greulich mit den besten Wünschen für das künftige bürgermeisterliche Wirken. In seiner Schlussrede dankte Michael Sedlmair für die Unterstützung und gute Zusammenarbeit in den 24 Jahren und wünschte der Gemeinde Gottes Segen. **DK**

ihrem Grußwort an die vielen herausragenden Persönlichkeiten, die Franken im Lauf der Jahrhunderte hervorgebracht habe – von Albrecht Dürer bis Henry Kissinger!

### Glücksfall für Bayern

Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel zitierte in seinem Grußwort aus einer früheren Rede Seehofers, in der er Unterfranken als Edelstein bezeichnet hatte, „der das bayerische Königreich gekrönt“ habe. „So sehen wir das auch!“, sagte Dotzel an die Adresse des Ministerpräsidenten unter dem Applaus der Zuhörer: „Es war – und ist bis heute – ein Glücksfall für die Bayern, dass sie damals uns Franken bekamen!“ Allerdings hätten die Franken auch keinen Grund, sich zu beklagen. „Wir wissen schon, was wir an Bayern haben!“, betonte der Bezirkstagspräsident und erinnerte an die geplanten Maßnahmen für das Mainfränkische Museum in Würzburg. Dotzel machte aber auch deutlich, dass der demographische Wandel speziell Nordbayern vor neue Herausforderungen stellen werde.

### Beste Unterhaltung

Nach dem offiziellen Festakt gehörte der prächtige Stadtplatz mit seinen Fachwerkgebäuden und rot-weiß geschmückten Hausfassaden ganz dem vergnüglichen Feiern. Moderiert von Eberhard Schellenberg und Irina Hanft gaben sich auf der Bühne des Bayerischen Rundfunks die „Häisd'n'däisd vom mee“, „New Age“ und „Famos“ ein Stelldchein bester Unterhaltung. Und wenn die tropische Hitze dann doch zu heftig wurde, der konnte sich zu einer der zahlreichen Präsentationen, Ausstellungen und Aktionen in die Stadtbibliothek, in den historischen Kastenhof oder in eines der Ochsenfurter Museen zurückziehen. **□**

### Bayerischer Nordgautag in Cham:

## Lebendige Kultur- und Traditionspflege

Der Nordgautag, das zentrale Kulturfest der Oberpfälzer, fand heuer in der Stadt Cham statt - diesmal unter dem Titel: „40. Bayerischer Nordgautag 2014 in Cham, der Stadt am Regenbogen“. Veranstalter war der Oberpfälzer Kulturbund e.V. in Zusammenarbeit mit der Stadt Cham, unterstützt vom Landkreis Cham und dem Bezirk Oberpfalz. Eine Fülle von Veranstaltungen wie Konzerte, Lesungen, Festvorträge, Podiumsdiskussionen und Ausstellungen prägten an fünf Tagen das Stadtbild.

Gerade das zentrale Thema „Heimat“ wurde erstmals in einem großen Schulprojekt „Obacht Heimat“ auch bei der Jugend herausgestellt; 18 Grund- und Mittelschulen nahmen daran teil. Ferner sorgte auch das JuFe, das Jugendfest zum Nordgautag, dafür, dass der Nordgautag nicht zum Veteranentreffen Oberpfälzer Kulturbeflesener geriet.

Die Städtische Galerie im Cordonhaus bildete den ansprechenden Rahmen für die Ausstellungseröffnung „Zeitgenössische Bildende Kunst in der Oberpfalz“. Eine weitere Ausstellung stellte die Frage „Wie klingt die Oberpfalz?“ Fühlen sich die Nordoberpfälzer zu Hause, wenn sie die Regensburger Domspatzen hören oder gehört zu ihrem Heimatgefühl eher das Schmatzen der Karpfen im „Land der tausend Teiche“?

### Projektseminar

Studierende der Vergleichenden Kulturwissenschaft an der Universität Regensburg hatten sich in einem Projektseminar an die Arbeit gemacht, die Klänge und Geräusche der Oberpfalz zu erforschen. Die Zusammenarbeit mit den Studierenden der Fachakademie für Raum- und Objekt-design in Cham, den Softwareentwicklern der Medieninformatik der Universität Regensburg und der Kultur- und Heimatpflege des Bezirks Oberpfalz führte zu dieser einzigartigen Ausstellung.

„Alte Ortskerne mit Zukunft“ lautete der Titel einer Podiumsdiskussion mit Chams Landrat Franz Löffler, mehreren Bürgermeistern aus der Region und dem Regierungsvizepräsidenten der Oberpfalz Walter Jonas. Hierbei wurde festgestellt, dass es nicht für alle Kommunen Standardrezepte geben kann. Vorgestellt wurden zudem mutige Projekte wie das derzeit entstehende Konzerthaus in Blaibach.

Das hochmoderne Konzerthaus, das im September eröffnet werden soll, soll in der Dorfmitte der 2.000-Seelen-Gemeinde Kultur, Publikum und Leben auf das flache Land bringen. Das Konzerthaus wird rund 1,7 Millionen Euro kosten. Bisher sind knapp 940.000 Euro aus der Städtebauförderung als Zuschuss bewilligt. Darüber hinaus gibt es einen Zuschuss in Höhe von 300.000 Euro aus dem Kulturfonds 2014 des Freistaats. Für den Restbetrag sollen die Gemeinde, aber auch Spender und Sponsoren, aufkommen.

Höhepunkt des Nordgautags war der große „Bayerische Nordgau-Festzug“ mit über 2.300 Teilnehmern. Rund 6.000 Zuschauer sahen Musikkapellen und Spielmannszüge, Volkstums- und Heimatvereine, Festwägen, Festspielabteilungen und Laienspielgruppen, Gruppen mit Darstellungen ortstypischer Besonderheiten, Schützenvereine, Reitergruppen, Fah-nenschwinger und vieles mehr. Im Anschluss an den Festzug fand ein buntes Festreiben mit viel Musik auf dem Marktplatz Cham statt.

Beim Festakt in der Chamer Stadthalle zeigten sich schließlich Ehrengäste und Veranstalter beeindruckt von der kulturellen

Vielfalt der Oberpfalz. Die Festansprache hielt Staatssekretär Albert Füracker in Vertretung des Schirmherrn Horst Seehofer. Wie Chams Bürgermeisterin Karin Bucher feststellte, habe der Nordgautag gezeigt, „welche reiche Kultur wir in der Oberpfalz haben“. In einer Vielzahl von Ausstellungen, Lesungen und Konzerten habe sich der Facettenreichtum des ehemaligen Nordgaus gezeigt. Mit dem Literaten Bernhard Setzwein und dem Volksmusikforscher Sepp Roider erhielten beim Festakt zwei Landkreisbürger den Nordgaupreis 2014 für ihr künstlerisches Schaffen. Außerdem wurde der Bildhauer Helmut Langhammer (Pressath) ausgezeichnet. **DK**

### Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößler

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Theresa Flotzinger (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 48 vom 01.01.2014

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

VR Bank

Kaufbeuren-Ostallgäu eG

Konto 144 320, BLZ 734 600 46

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig:

## Lob für Donau-Rieser Familienbündnis

Zukunftskongress in Berlin: Ergebnisse des Pilotprojektes „Kommunale Familienzeitpolitik“ vorgestellt

Wie lässt sich Zeitstress verringern, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern und damit die Lebensqualität vor Ort verbessern? Diese Fragen standen im Landkreis Donau-Ries sowie an vier weiteren Standorten im Mittelpunkt eines Pilotprojektes des Bundesfamilienministeriums. Beim Zukunftskongress der bundesweiten Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ in Berlin wurden nun die Ergebnisse vorgestellt.

Vor mehr als 300 Bündnisakteurinnen und Bündnisakteure aus ganz Deutschland sowie Vertreterinnen und Vertreter von Industrie- und Handelskammern, Arbeitsagenturen sowie Jobcentern, Unternehmen und Wohlfahrtsverbänden berichtete auch Bündniskoordinatoren und Bündnispartnerinnen und Bündnispartnerinnen über den Verkehr zu kommen.



Die Parlamentarische Staatssekretärin Caren Marks (6. v. l.) mit Vertretern des Pilotprojektes „Kommunale Familienzeitpolitik“. Den Landkreis Donau-Ries repräsentierte Günter Katheder-Göllner (6. v. r.).

„Entscheiderinnen und Entscheider aus Politik und Wirtschaft vor Ort können gemeinsam eine Menge tun, um Eltern durch familienbewusste Lebens- und Arbeitsbedingungen mehr Zeitsouveränität zu ermöglichen und damit die Lebensqualität von Familien zu verbessern“, erklärte Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig anlässlich des Zukunftskongresses. „Wie sich kommunale Zeitpolitik in konkrete Maßnahmen umsetzen lässt, zeigen gute Beispiele aus Aachen, Herzogenrath, Neu Wulmstorf sowie im Landkreis Donau-Ries und im Saalekreis. Hier haben Lokale Bündnisse für Familie mit Unterstützung meines Hauses mit zahlreichen Partnern Konzepte entwickelt, mit deren Hilfe sich Zeitkonflikte für die Familien vor Ort entschärfen lassen. Ich freue mich über die vielen guten Ideen, die das Leben von Familien verbessern.“

Bei dem Pilotprojekt „Kommunale Familienzeitpolitik“ haben Lokale Bündnisse für Familie mit wichtigen Akteuren praktische Maßnahmen für die Lösung von Zeitkonflikten entwickelt.

Dazu zählen beispielsweise ergänzende Betreuungsangebote, längere Öffnungszeiten in Kindergärten oder ein Zeitatlas, der die regional unterschiedliche Zeitbelastung von Familien analysiert und eine Grundlage für kommunale Lösungen bietet. Ziel ist es, Zeitpolitik für Familien auf kommunaler Ebene zu verankern und damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Lebensqualität von Familien zu verbessern. Kommunen, die Zeitkonflikte von Familien lösen, gewinnen: als Standorte für Familien und im Wettbewerb um Arbeitskräfte. Das Bundesfamilienministerium hat die fünf Pilotstandorte für gut ein Jahr (bis Ende 2013) mit jeweils bis zu 36.000 Euro gefördert.

Mit den Maßnahmen setzen die Lokalen Bündnisse für Familie genau bei den Bedarfen von Familien an. Eine Befragung von über 2.200 Eltern an allen Pilotstandorten hatte gezeigt: Familien geraten vor allem dann in Zeitstress, wenn die Kinder oder die Eltern selbst krank werden, die Eltern Überstunden machen müssen oder es

mal wieder länger dauert, durch den Verkehr zu kommen.

Um Lösungen für Zeitkonflikte zu entwickeln, wurden im Landkreis Donau-Ries in Asbach-Bäumenheim, Donauwörth, Mertingen und Rögling Zeitwerkstätten durchgeführt. Beim Zukunftskongress

in Berlin erzählte Bündnis koordinator Günter Katheder-Göllner zum Stand der Dinge: „Für uns geht es nun darum, nach und nach die vielen guten Ideen und Lösungsvorschläge die in den Zeitwerkstätten erarbeitet wurden in die Praxis umzusetzen“. Als Beispiele nannte er das Projekt „Autofrei zu Kindergarten und Schule“, das vor kurzem in Donauwörth gestartet wurde oder einen Info-Abend für Familien zum

gress in Berlin erzählte Bündnis koordinator Günter Katheder-Göllner zum Stand der Dinge: „Für uns geht es nun darum, nach und nach die vielen guten Ideen und Lösungsvorschläge die in den Zeitwerkstätten erarbeitet wurden in die Praxis umzusetzen“. Als Beispiele nannte er das Projekt „Autofrei zu Kindergarten und Schule“, das vor kurzem in Donauwörth gestartet wurde oder einen Info-Abend für Familien zum

Euregio Inntal – Chiemsee – Kaisergebirge – Mangfalltal:

## Das Netzwerk nutzen

Generalversammlung in Flintsbach

Bei der Generalversammlung im bayerischen Flintsbach wurde Oberaudorfs Bürgermeister Hubert Wildgruber einstimmig zum neuen Präsidenten der Euregio Inntal – Chiemsee – Kaisergebirge – Mangfalltal gewählt. Sein Stellvertreter ist der bisherige Amtsinhaber, Professor Walter J. Mayr aus Kufstein.

In seinem Geschäftsbericht hatte dieser auf das vergangene Jahr zurückgeblüht. In puncto europäische Zukunft setzt Mayr auf die Jugend. Sie fühle sich schon mehr als Europäer als die älteren Generationen, meinte er zur Begründung.

So fand in Kooperation mit der Euregio Inntal und der Stadt Rosenheim in Kufstein die erste grenzüberschreitende Schulmesse unter dem Motto „Bildung und Wissen sind grenzenlos“ statt. Bei einem „Marktplatz der Ideen“ konnten sich die rund 90 Vertreterinnen und Vertreter der 20 Schulen aus Bayern und Tirol über ihre Projekte in verschiedensten Unterrichtsfächern austauschen und so die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit ausloten.

Die Teilnehmer waren sich einig, in nachhaltigen Projekten von den Erfahrungen aus anderen Regionen profitieren und Kooperationen eingehen zu wollen. Da die Bildungsregion Rosenheim nicht an der Grenze zu Kufstein haltmacht und die Resonanz der beteiligten Schulen positiv war, ist eine Anschlussveranstaltung in Rosenheim zur Vertiefung der Kontakte sowie die Fortführung der Schulmesse als

Thema „Zeitmanagement“ (denn viele Eltern wünschten sich Tipps und Tricks, damit mehr „Zeit für Familie“ bleibt).

Wie wir leben werden

Nach der Präsentation der Pilotstandorte hatten die Kongressteilnehmer noch Gelegenheit Ideen und Vorschläge für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie einzubringen. Zusammen mit Elisabeth Goos von Roland Berger Consulting übernahm Bündnis koordinator Katheder-Göllner auf Einladung des Familienministeriums (BMFSFJ) die Moderation der Zukunftswerkstatt „Wie wir leben werden“.

Dabei ging es unter anderem um Mobilität und den Erhalt der Infrastruktur im ländlichen Raum, um eine intensivere Zusammenarbeit von Kommunen und Unternehmen und um attraktive Rahmenbedingungen für junge Familien. Die Ergebnisse aus den Zukunftswerkstätten sollen in Konzepten des Familienministeriums und in die Arbeit der rund 670 Bündnisse für Familie in Deutschland einfließen.

Erfreuter Landrat

Landrat Stefan Rößle meint dazu: „Unser Landkreis kann sich in Sachen Familienfreundlichkeit sehen lassen, auch bundesweit. Es freut uns natürlich sehr, wenn das auch von anderer Seite bestätigt und gelobt wird, wie jetzt beim Zukunftskongress in Berlin. Entscheidend ist aber für uns, dass es den Familien im Donau-Ries gut geht, dass sie Zeit für Familie haben und Beruf und Familie gut vereinbaren können. Daran werden wir mit unseren Bündnispartnern weiterarbeiten.“

Hagelabwehr

Dagegen gab es großes Lob für die Rosenheimer Hagelflieger, die auch 18 Gemeinden im Tiroler Unterland betreuen. Mayr zufolge waren die Piloten heuer bereits drei Mal im Raum Kufstein im Einsatz. Er zeigte sich überzeugt davon, dass sie großen Schaden verhinderten. In einem der drei Fälle habe es in Kärnten Schäden in Höhe von 20 Millionen Euro gegeben.

Die Klimaveränderung mache eine eigene Hagelabwehr in Tirol notwendig, führte Mayr weiter aus. Ein Hagelforschungsverein sei bereits gegründet und 2015 solle die erste eigene Maschine im Einsatz sein. Bei der Anschaffung der

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Sabrina, warum wollen die Frauen uns Männern noch die letzte, bisher unangefochtene Domäne nehmen? Grillen ist doch nur was für Männer.“ Mein Chef, der Bürgermeister, machte dazu ein Gesicht, das mich etwas ratlos ließ: Seit wann reißt er Macho-Sprüche?

Natürlich hat das Bild vom deutschen Mann am Garten grill, wie er mit Blasebalg, Zangen und Gabeln bewaffnet Berge von rohem Fleisch in schwarzbraune Klumpen verwandelt, manch andere, bei weitem weniger schmeichelhafte Stereotype verdrängt. So haben sich denn auch viele absolut gleichberechtigte Partnerschaften zwischen einem „neuen“ Mann und einer emanzipierten Frau ohne viel Gedöns in der Rollenverteilung dahingehend arrangiert, dass der Mann grillt und die Frau den Rost säubert. Wir sind weit davon entfernt, dass eine neue



riistung auch fortschrittssaf-fine und experimentierfreudige Frauen auf den Geschmack kommen. Sicher tut es der deutschen Grill- und Esskultur auch gut, wenn durch weiblichen Einfluss neben Fleisch und Wurst zunehmend auch verschiedene Gemüse und Fisch auf den Grill kommen. Zwar haben Wissenschaftler erst jüngst festgestellt, dass verkohltes Fleisch das Krebsrisiko senkt (bei der letzten Studie hat es dies noch erhöht), aber Fleisch sollte man ohnehin meiden. Das geht beim Grillen immer besser, denn auch das gehört zum neuen deutschen Grillvergnügen: Der Markt für Grillkochbücher und Ratgeber boomt. Von Tipps zum Grillen wie die Vorväter, über Beschreibungen eines original amerikanischen Barbecues bis hin zu veganem Grillen kann man alles im einschlägigen Zubehörhandel finden.

Eigentlich ist es doch schade, dass aus einem so harmlosen Vergnügen, wie aus dem Grillen drei- oder viermal im Jahr bei schönem Wetter an einem einfachen Rost heutzutage fast schon ein zwanghaftes Brutzeln bei jeder Gelegenheit geworden ist. Wenn die magischen Worte „Heute ist Grillwetter“ im Radio ertönen, sind in den Supermärkten der Umgebung im Nu die marinierten Schnitzel ausverkauft. Und wehe, nicht aus jedem Vorgarten einer Siedlung qualmt es dann ordentlich! Was sollen die Nachbarn denken?

Mein Chef, der Bürgermeister, hat ja seine eigene Theorie, warum das Grillen bei Männern so beliebt ist. Weil es an die Zeit erinnert, in der man durch die Wälder streifte, jagte und die Beute dann am Lagerfeuer zubereitete. Eigentlich das Konzept eines großen Kindes oder eines eingefleischten Pfadfinders. Naja, so wie es jetzt aussieht, ist das Archaische eh perdu und Grillen zum Kochen mit anderen Mitteln verkommen. Und jetzt, liebster Macho-Chef, passt doch auch die Übernahme der Grillmütze durch die Frauen wieder ins Bild! Aber weil der Rathaus-Grillmeister eben doch ein Romantiker ist, maile ich ihm einen Rat von Joseph Marie Maistre, der auch für das klassische Grillen mit Holzkohle gilt: „Zu wissen, wie man abwartet, ist das große Geheimnis des Erfolgs.“

## Zwanghaftes Grillvergnügen

feministische Bewegung aufsteht, um dem Mann an sich die Grillschürze vom Leib zu reißen.

Allerdings bringt es der neue Hype um das Grillen mit sich, dass zunehmend auch Frauen sich für das Thema erwärmen und durchaus sachkundig mitdiskutieren. Und das nicht nur beim Thema Elektrogrill, der einem echten „King of Kotelette“ natürlich als unwaidmännisch gilt und deshalb nicht der Erörterung Wert ist. Aber auch abseits solcher Fehlentwicklungen hat das Grillen bei uns eine neue Dimension erfahren. Ein Grill ist heute längst keine einfache Metallschale auf drei Beinen mehr, in die man mit in Spiritus getränkte Holzkohle füllt, Rost drauf und gut ist. Nein. Grillen 2.0 bedeutet, dass man sich Geräte in den Vorgarten stellt, mit denen man etwa ein Hendl kross bekommt und gleichzeitig ganz langsam durch verdampfendes Bier aromatisiert. Gasgrille für Amateure sind auf dem Markt, mit denen man auf verschiedenen Ebenen gleichzeitig grillen, braten und kochen kann. Die Dinger sind dann aber auch so teuer, dass ein Teller darauf zubereiteter Päckchen-Bratwürste vom Discounter preislich an ein Fünf-Gänge-Menü der Spitzgastronomie rankommt.

Kein Wunder, dass bei fortschreitender Technisierung und wachsender Vielfalt der Grillaus-

the Sabrina

## Stadt Würzburg gibt Behördenwegweiser neu heraus

Um neuen und auch alt eingesessenen Würzburgern eine Orientierungshilfe bei der Suche nach Behörden und Institutionen der Stadt zu geben, wurde der Würzburger Wegweiser neu aufgelegt.

Von A wie Abfallentsorgung bis Z wie Zivilschutz finden interessierte Leserinnen und Leser zahlreiche Informationen. Ob kulturelle Veranstaltungen, eine Liste der Selbsthilfegruppen, Gästeführungen oder Parkmöglichkeiten - der Wegweiser gibt Infos zu einer Vielzahl von Themen und komplettiert damit das umfangreiche Onlineangebot der städtischen Website [www.wuerzburg.de](http://www.wuerzburg.de).

Impulse für die Praxis

Würzburg hat den bundesweiten Wettbewerb „Stadt der jungen Forscher 2014“ mit einem Förderbetrag in Höhe von 60.000 Euro gewonnen. Dies hat die Redaktion zum Anlass

genommen, dem „Jahr der jungen Forscher“ die Titelgeschichte des aktuellen Wegweisers zu widmen. Die Körber-Stiftung, die Robert Bosch Stiftung und die Deutsche Telekom Stiftung haben diese Auszeichnung zum sechsten Mal vergeben und beabsichtigen damit, die kommunale Vernetzung von Schule, Wissenschaft und Wirtschaft zu fördern, den wissenschaftlichen Nachwuchs von morgen zu begeistern sowie Schulen und Hochschulen Impulse für ihre Praxis zu geben. Zahlreiche Veranstaltungen wie zum Beispiel das Campusfestival am 6. Juli tragen die Idee des Jahres der jungen Forscher in die Würzburger Öffentlichkeit.

Der Würzburger Wegweiser wird als Serviceangebot der Stadt Würzburg von Congress Tourismus Wirtschaft (CTW) in Zusammenarbeit mit dem Heise Adressbuchverlag jährlich zusammen mit dem Adressbuch neu aufgelegt. Den Würzburger Wegweiser erhalten die Neubürger bei der Anmeldung im Bürgerbüro des Rathauses. Hier können sich auch alle interessierten Bürgerinnen und Bürger ein kostenfreies Exemplar abholen. Das Adressbuch ist ebenfalls im Buchhandel zu erwerben. DK

Landkreis Regensburg:

## Umweltausschuss informierte sich über mögliche Flutpolderstandorte

**Landrätin Tanja Schweiger forderte vertiefte Untersuchungen: „Wir erwarten, dass die Zusagen des Umweltministers eingehalten werden“**

Regensburg (RL). Auf Initiative von Landrätin Tanja Schweiger besuchte der Umweltausschuss des Bayerischen Landtags unter der Leitung von Dr. Christian Magerl den Landkreis Regensburg, um sich vor Ort über die Gebiete, die von der aktuellen Diskussion um Hochwasserschutz und Flutpolder betroffen sind, zu informieren. Neben den Mitgliedern des Umweltausschusses waren unter anderem der Regierungsvizepräsident, der Leiter des Wasserwirtschaftsamts, die Bürgermeister der betroffenen Gebiete sowie die Vertreter der Interessengemeinschaft gegen Flutpolder eingeladen.

Die Sorgen und Ängste der Bevölkerung vor den möglichen Flutpoldern im östlichen Landkreis Regensburg liegen bereits seit Jahren auf dem Tisch. Anfangs waren vier Flutpolder im Gespräch. Mittlerweile werden vom Umweltministerium nur noch die Polder Eltheim und Wörthhof in Betracht gezogen. Insgesamt 33 Millionen Kubikmeter Wasser sollen beide Polder im Landkreis Regensburg im Extremfall aufnehmen können, um die Spitzen des Hochwassers für die Unterlieger an der Donau zu brechen. Das Wasser würde dann bis zu vier Meter hoch in den künstlichen Poldern aufgestaut, und dies nicht ohne erhebliche Wirkung für die umliegende Bevölkerung, so die Befürchtungen der betroffenen Bürger.

Vor allem die „Überflutung vieler Ortschaften von unten“ durch das Grundwasser und die Gefährdung der Trinkwasserbrunnen, die in nächster Nähe zu den angedachten Poldern liegen, bedrücken die Bevölkerung in den hauptsächlich betroffenen Gemeinden Pfatter, Barbing, Wörth a. d. Donau und Wiesent. Hinzu kommt die mög-

liche Gefährdung der Abwasser- versorgung und eine Gefährdung bestehender Friedhöfe, um nur einige der zahlreichen Gründe zu nennen, die gegen den Bau von Flutpoldern im östlichen Landkreis Regensburg sprechen.

Landrätin Tanja Schweiger setzte sich bereits als Landtagsabgeordnete gegen den Bau der Flutpolder im Landkreis Regensburg ein. Als Landrätin wird Tanja Schweiger in ihrer Position gegen die Flutpolder von allen Fraktionen des Kreistags unterstützt. „Ich habe vor kurzem in einem Brief den Umweltminister gebeten, mir mitzuteilen, welche konkreten Schritte von Seiten der Landespolitik geplant sind und welche Zeitscheine vorgesehen ist“, informierte die Landrätin. Bisher habe der vom Landkreis zu Rate gezogene Gutachter Prof. Andreas Malcherek auf fachlicher Ebene von Professor Peter Rutschmann erstellten Abschlussbericht aus dem Jahr 2012 einsehen können. Die Daten in digitaler Form, so dass Professor Malcherek damit auch arbeiten könne, habe man ak-

tuell noch erbeten. „Eine gemeinsame fachliche Bewertung wäre eine gute Vertrauensbasis für weitere Detailuntersuchungen“, so die Landrätin, die nochmals bekräftigt, dass Umweltminister Dr. Marcel Huber detaillierte Untersu-



Landrätin Tanja Schweiger (5. v. l.), Ausschussvorsitzender Dr. Christian Magerl (7. v. l.) und Prof. Martin Grambow (9. v. l.) bei der Informationsfahrt in der Nähe von Wiesent.

chungen zur Grundwassersituation und zur Trinkwasserversorgung für zwingend erforderlich halte, bevor Aussagen zu einer Realisierbarkeit der Polder getroffen werden könnten. Darüber hinaus sollten transparente Verfahren mit einem umfassenden Beteiligungsprozess durchgeführt werden. „Wir erwarten, dass die Zusagen des Umweltministers eingehalten werden“, so Schweiger.

Vor allem in Kiefenholz, der Ort liegt hinter einem Deich rund vier Meter tiefer als der Wasserspiegel der Donau bei Normalwasser, wird verständlich, dass sich die Menschen hier nur schwer weitere Deiche in Form von Flutpoldern vorstellen können. Diesen Ort besuchten die Abgeordneten des Umweltausschusses bei ihrer Informationsfahrt durch das mögliche Poldergebiet. „Kiefenholz wäre im Westen vom Donaudamm

und im Süden vom Polderdamm umschlossen. Im Norden führt auf einem Damm die Autobahn A3 vorbei“, schilderte Stefan Kramer von der Interessengemeinschaft (IG) Flutpolder das Szenario des Polders Wörthhof. „Das hier in der Umgebung sind alles Kiesböden. Bei anhaltenden Regenfällen ist das Grundwasser nur wenige Zentimeter unter der Geländeoberfläche“, fügte Markus Hörner, Sprecher der IG Flutpolder hinzu. Bei der Informationsfahrt zeigte Hörner den Gästen dann auch eine frisch aufgebagerte Kiesgrube südlich der Bundesstraße B8 bei Geißling. Das Niveau des Wasserspiegels

den. Im Gutachten heißt es: „Bei einer Überflutung des Vorlandes wird der Grundwasserspiegel im Durchschnitt 0,5 Meter über der eingemessenen Kellersole liegen. Praktisch alle Keller in Neutraubling wären überflutet, nur in vier Fällen liegt der Wasserspiegel wenige Zentimeter unter der jeweiligen Kellersohle.“

Heute könne das Grundwasser in den betroffenen Gebieten gerade noch so auf einem erträglichen Niveau gehalten werden, da die Binnenentwässerung noch funktioniere. Die Entwässerungsgräben verlaufen parallel zur Donau und liegen in den Poldergebieten. „Werden nun diese Gräben geflutet, kann dieses Graben- und Pumpensystem nicht mehr funktionieren und das Grundwasser wird in den Ortschaften noch extremer ansteigen als bisher“, befürchtet Stefan Kramer.

„Ein Imagefilm für Flutpolder wird an unseren Problemen vor Ort nichts ändern“, betont Landrätin Tanja Schweiger in Anspielung auf die von Umweltminister Marcel Huber angekündigte Informationsoffensive zum Hochwasserschutz in Bayern. „Wir müssen das Hochwasser bereits dort zurückhalten, wo es entsteht“, fordert die Landrätin. Rückhaltebecken müssten an den Zuläufen der großen Flusssysteme, wie z.B. in Bach an der Donau schon erfolgt, gebaut werden. „Zuerst die schnelle Einleitung von Zuflüssen in das Hauptgewässernetz, dann die Erhöhung von Dämmen und jetzt der Bau von künstlichen Flutpoldern werden die Hochwasserproblematik in der Fläche nicht lösen“, ist sich die Landrätin sicher.

Der Landkreis Regensburg will sich nicht aus der Solidaritätsgemeinschaft innerhalb Bayerns beim Hochwasserschutz ausklinken. Die Vorteile solcher Mammutprojekte müssen jedoch einerseits deutlich erkennbar sein und andererseits die Nachteile, die da-

### Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH bei. Bitte beachten Sie unseren Sonderdruck zu den Kommunalthemen der Unternehmerkonferenz des Sparkassenverbands Bayern.

durch entstehen, deutlich aufwiegen. Der Landkreis beharrt deshalb auf der von Umweltminister Dr. Marcel Huber gegebenen Zusage, umfassende großräumige Untersuchungen und detaillierte Grundwassermodellierungen durchzuführen zu lassen. „Sollte sich nach eingehenden Untersuchungen an den angedachten Standorten für gesteuerte Flutpolder herausstellen, dass negative Auswirkungen technisch nicht kompensiert werden können, sind diese Standorte ungeeignet“, so die Worte des Umweltministers.

Prof. Martin Grambow vom Bayerischen Umweltministerium betonte, dass man sich derzeit mitten in der Voruntersuchung zu Flutpolderstandorten befindet. Ein Grundwassermodell gebe es derzeit noch nicht. Es sei das Ziel der Wasserwirtschaft, durch die Errichtung eines bayernweiten Flutpoldersystems den Hochwasserswellen an den großen Flüssen die Spitzen zu kappen. Für die Landwirte, deren Flächen in den Flutpolderflächen liegen würde, gäbe es eine volle Entschädigung im Schadensfall. Grambow sicherte auch zu, dass Prof. Malcherek, der vom Landkreis hinzugezogene Gutachter, die digitalen Datengrundlagen des jüngsten Hochwasser-Gutachtens von Prof. Rutschmann bekommen werde. Landrätin Schweiger hatte darum gebeten, damit Prof. Malcherek auf der Grundlage der bereits erhobenen Daten eigene Berechnungen zur Grundwasserproblematik anstellen könne.

Dr. Christian Magerl, Vorsitzender des Umweltausschusses des Bayerischen Landtags, betonte am Ende der Informationsfahrt, dass der Ausschuss nicht nur die technische Machbarkeit sondern natürlich auch die Sorgen der Menschen in diesem Gebiet bei einer Entscheidung berücksichtigen werde. Eine Zeitschiene für ein mögliches Verfahren gebe es noch nicht, erklärte Prof. Grambow.

### Vorschau auf GZ 14

In unserer Ausgabe Nr. 14, die am 24. Juli 2014 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung - Energiesparmaßnahmen
- Öffentliche Beleuchtung, Straßenbeleuchtung
- Kommunales Verkehrswesen - ÖPNV
- Winterdienst-Planung - Kommunalfahrzeuge
- Fachliteratur für Kommunalpolitiker und Kommunalverwaltungen,
- Kommunale Rechtsfragen

## LIEFERANTEN - GZ - NACHWEIS

### Abfallbehälter

**BECK**  
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG  
71364 Winnenden - Tel. 07195/69 33 00  
www.stadtmoebel.de

### Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

### Ankauf / Briefmarken

**Briefmarken-Ankauf**  
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten  
Briefmarkenauktionshaus Schulz  
Frauentorgaben 73 - 90443 Nürnberg  
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:  
[www.twitter.com/gz\\_aktuell](http://www.twitter.com/gz_aktuell)  
[www.facebook.com/GZaktuell](http://www.facebook.com/GZaktuell)

### Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

### Friedhofsausstattung

**Friedhofsysteme**

Telefon (0 21 61) 9 30 - 3  
www.paul-wolff.com

**PAUL WOLFF**

### Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner  
für die Gebäudereinigung

seit 1910

**Prior & Peußner**  
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:  
86356 Neusäß • 90427 Nürnberg

[www.pp-service.com](http://www.pp-service.com)

**Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:**  
**Constanze von Hassel**  
Telefon 081 71.93 07-13  
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

**Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:**  
**Theresa von Hassel**  
Telefon 08171.9307-10  
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

### Gewerbepbau

**Laumer Bautechnik GmbH**  
Bahnhofstr. 8  
84323 Massing  
Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen . Wertstoffhöfe . Technikräume  
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

[www.laumer.de](http://www.laumer.de) . [info@laumer.de](mailto:info@laumer.de)

### Kommunale Energieberatung

**Green City Energy**  
Der alternative Energieanbieter

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen  
und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert

Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/890 668-900 • [www.greencity-energy.de/keb](http://www.greencity-energy.de/keb)  
peter.keller@greencity-energy.de

### Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern  
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen  
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk - Schacht-Ausrüstungstechnik  
Postfach 1262 - D-35702 Haiger - Fax: (02773)821218  
Telefon: (02773)821256 - [www.hailo-professional.de](http://www.hailo-professional.de)

**Inserieren bringt Erfolg!**  
[www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)

### Wartehallen/Außenmöblierungen

**LANGER**  
Wartehallen

38685 Langelsheim • [www.langer-gorg.de](http://www.langer-gorg.de)  
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

**2. BAYERISCHES BREITBAND FORUM**  
der Bayerischen Gemeindezeitung  
[www.bayerisches-breitbandforum.de](http://www.bayerisches-breitbandforum.de)

November 2014

### Weihnachtsbeleuchtung

**weihnachtsbeleuchtung**  
beratung • planung • vertrieb  
grünware • lichtschlauch • led

deko-jochum

bahnhofstraße 8  
91233 neunkirchen a. sand  
telefon: 09123/99 812 99  
telefax: 09123/99 812 98  
deko-jochum@t-online.de  
[www.deko-jochum.de](http://www.deko-jochum.de)

Wir liefern in 8-14 Tagen -  
und das bis kurz vor Weihnachten!

**UnternehmerKonferenz 2014 der bayerischen Sparkassen in Nürnberg:**

## DIGITALE (R)EVOLUTION – POTENZIALE ERKENNEN – CHANCEN NUTZEN

Der Megatrend Digitalisierung hat alle Lebens- und Arbeitsbereiche erfasst und einen rasanten Wandel in Gang gesetzt. Das spüren auch die Kommunen in zunehmendem Maße. Bei der 12. UnternehmerKonferenz des Sparkassenverbandes Bayern im NürnbergConvention Center NCC Ost ging es neben der erwarteten Verfügbarkeit von Service-Dienstleistungen vor allem auch um infrastrukturelle Maßnahmen und die Attraktivität der Städte und Gemeinden unter stadtplanerischen Gesichtspunkten.

Mit ihrer regionalen Verankerung sind die bayerischen Sparkassen ein strategischer Partner für die Kommunen und die regionale Wirtschaft. Diesem Umstand hat die UnternehmerKonferenz mit speziellen Themenblöcken für Kommunen in den vergangenen Jahren immer wieder Rechnung getragen. Neben klassischen Info-Angeboten für Finanzierung und Versicherung lag das Augenmerk heuer insbesondere auf den Themen „Breitbandausbau“, „Handeln in der Stadt 2.0“ und der Umsetzung der EEG-Novelle.

### POSITIV ABER TURBULENT

Den Rahmen der UnternehmerKonferenz bildeten Impuls-, Keynote- und Best Practice-Vorträge. Der Chef-Volkswirt der Bayerischen Landesbank, Dr. Jürgen Michels, gab in seinem Impulsvortrag „Positiv aber turbulent“ einen aktuellen Konjunktur- und Marktausblick, gefolgt von zwei Keynotes, die das Thema „Digitalisierung“ vertieften: Wolfram Winter von Sky Deutschland hatte eine „Gebrauchsanweisung für die Umsetzung der digitalen Revolution“ parat und Burkhard

Leimbrock von Google beleuchtete den „Wirtschaftsfaktor Internet: von Bayern in die Welt“. Der Best Practice-Vortrag „Analogie von Beruf und Berg“ des „Huberbuam“

Thomas Huber entließ die Teilnehmer mit einem gehörigen Schub Motivation. Mit dem Special „AgriBusiness/Landwirtschaft“ wurden außerdem eigene Themen für Landwirte angeboten.

### HÜRDEN UND MÖGLICHKEITEN

Neben diesem Rahmenprogramm stellten sich mehr als 1.300 Teilnehmer aus über 30 Wissensvorträgen den für sie passenden Vortragsablauf zusammen. Dieses Angebot wurde ergänzt durch rund 20 fachbegleitende



Sparkassen-Unternehmerkonferenz auf allen Etagen des NCC.

## TERMIN FÜR 2014

Die nächste Unternehmerkonferenz der bayerischen Sparkassen findet am 21. Mai 2015 wiederum im NürnbergConvention Center NCC Ost der Messe Nürnberg statt. Informationen:  
www.unternehmerkonferenz.de  
Kontakt über Andrea Bastian,  
Tel.: 089/2173-1377; Fax: 089/2173-1393;  
eMail: andrea.bastian@svb-muc.de

Info- und Beratungsstände, einer Podiumsdiskussion und der Möglichkeit zu individuellen Expertengesprächen mit Entscheidern in mittelständischen Unternehmen, Kommunen und in den Freien Berufen.

### UNTERNEHMER-THEMEN

Wie lassen sich Innovationen finanzieren? Wie funktioniert Content Marketing? Welche Fördermittel können in Anspruch genommen werden? Welche Hürden und Möglichkeiten sind bei internationalen Geschäften zu beachten? Software-Patente, die richtigen Netzwerke, Vertriebsstrategien, Versicherungen für Unternehmer und Unternehmen – diese und viele weitere Themen wurden auf der Unternehmerkonferenz fachkundig erörtert.



**Vielfältigste Informationen wurden den mehr als 1.300 Besuchern aus Wirtschaft und Kommunen während der Unternehmerkonferenz der bayerischen Sparkassen im Nürnberger NCC geboten.**

Nach der Unternehmerkonferenz wurde traditionell in einer feierlichen Gala-Veranstaltung mit TV-Live-Aufzeichnung der Bayerische Gründerpreis verliehen. Die Auszeichnung würdigt Unternehmer in Bayern für ihren Mut zur Selbständigkeit und sendet damit ein deutliches Signal der Wertschätzung für wirtschaftliches und persönliches Engagement in Bayern.

Der Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern, Roland Schmautz, betonte den Er-

folg des Gründerpreis-Wettbewerbs und sprach seine Anerkennung für die nominierten Konzepte und Unternehmensstrategien aus: „Wir sehen einen erneuten Zuwachs sowohl in der Zahl als auch in der Qualität der Nominierungen.“

### GRÜNDERREGION MITTELFRANKEN

„Tatsächlich“, so Schmautz, „finden wir bei den Existenzgründern und Aufsteigern des Jahres 2013 einen repräsentativen Querschnitt der Wirtschaft über alle produktions- und vertriebstechnischen Sparten.“ Die Nominierten seien über alle Regionen Bayerns gut verteilt gewesen. Ein kleiner Schwerpunkt lag aber dennoch auf einer besonders aktiven Gründerregion, nämlich Mittelfranken. „Infrastruktur, Kostengefüge und Förderung passen hier aktuell besonders gut zusammen, so dass viele junge Unternehmen entstehen können.“

### UNTERNEHMERPERSÖNLICHKEITEN

Ob nun eine Unternehmensgründung erfolgreich ist und Bestand hat, hänge nicht nur von der guten Geschäftsidee ab, sondern auch von anderen Kriterien wie der Persönlichkeit der Unternehmer, der Finanzierung und der Unternehmensplanung, erläuterte Schmautz: „Es gilt, Fehler zu vermeiden, die das junge Unternehmen sonst später teuer bezahlen müsste. Diejenigen, die wir auszeichnen, sind diesen Weg erfolgreich gegangen.“



Die beiden „Macher“ der bayerischen Sparkassen-Unternehmerkonferenz (v. r.): SVB-Vizepräsident Roland Schmautz und Michael Zehnter.

Dr. Ulrich Netzer:

## 5.000 neue Jobs finanziert

Mit der jährlichen großen UnternehmerKonferenz fördern die bayerischen Sparkassen das Unternehmertum in Bayern. „Sie wollen Mut machen für eine Wirtschaftskultur von Innovation und Nachhaltigkeit, damit Arbeitsplätze geschaffen werden und die regionale Entwicklung gesichert bleibt“, stellte der Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, Dr. Ulrich Netzer, während der Pressekonferenz fest.

Besonders wichtig sei dies, „weil das Gründungsinteresse in Deutschland praktisch stagniert“. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag hatte bereits für 2012 einen Tiefstand festgestellt. In ihrer Studie „Gründungsmonitor 2014“ werde auch die KfW heuer darlegen, dass das Gründungsgeschehen im Jahr 2013 zwar wieder zugelegt hat, das Plus allerdings nur aus Nebenerwerbsgründungen resultiert. Netzer: „Der Anreiz, sich im Vollerwerb selbstständig zu machen und Unternehmen zu gründen, die weitere Arbeitsplätze schaffen, blieb aufgrund der anhaltend guten Arbeitsmarktsituation gering. Dieser Trend dürfte sich heuer fortsetzen.“

### GUTES PFLASTER

Insgesamt könnten die Sparkassen im Freistaat zwar nach wie vor bestätigen, dass Bayern ein gutes Pflaster für Existenzgründer aller Branchen ist. „Doch der Abflachung des Gründungsgeschehens wollen wir entgegen wirken“, betonte der Präsident. Denn neue



SVB-Präsident Dr. Ulrich Netzer mit der Kommunkundenreferentin des Sparkassenverbandes Bayern, Andrea Bastian. ■

unternehmerische Initiativen gehörten immer mit zu den Grundlagen für die zukünftige ökonomische Dynamik eines Wirtschaftsraums.



Während der Pressekonferenz (v. l.): SVB-Präsident Dr. Ulrich Netzer, Äbtissin M. Laetitia Fech OCist, SVB-Vizepräsident Roland Schmautz und Pressesprecherin Eva Mang. ■

### GEFRAGTE KREDITPARTNER

Blicke man auf die Kreditvergabe an den gesamten Mittelstand, so sei insgesamt kein rückläufiges Finanzierungsinteresse festzustellen – die Sparkassen seien weiterhin gefragte Kreditpartner, konstatierte Netzer. Im Jahresverlauf 2013 stiegen die Bestände der bayerischen Sparkassen an Unternehmensdarlehen um 2 Prozent auf insgesamt 57,2 Milliarden Euro, darunter sind 11,4 Milliarden Euro neue Kredite. Auch der Gesamtbestand der durch die Sparkassen vermittelten Förderdarlehen der Fördermittelbanken KfW, LfA und Landwirtschaftliche Rentenbank stieg 2013 an – um 3 Prozent auf 12,3 Milliarden Euro.

„Als zukunftsorientierten Partnern der mittelständischen Wirtschaft liegen uns allerdings die Unternehmensgründungen

und auch die Unternehmensnachfolgen, die in der Regel Umstrukturierungen erfordern, besonders am Herzen“, unterstrich Netzer. Im Jahr 2013 hätten die bayerischen Sparkassen daher mehr als 200 Millionen Euro Kredite an Existenzgründer und Unternehmensnachfolger ausgereicht. Mehr als die Hälfte davon waren öffentliche Fördermittel der KfW und der LfA, mit denen die bayerischen Sparkassen sehr eng zusammen arbeiten.

### EXISTENZGRÜNDUNGSVORHABEN

Wie der SVB-Präsident darlegte, haben sich die bayerischen Sparkassen im vergangenen Jahr an der Finanzierung von 1.500 Existenzgründungsvorhaben und Unterneh-

mensnachfolgen beteiligt. Bei durchschnittlich knapp drei geschaffenen oder erhaltenen Arbeitsplätzen bedeute das die Sicherung von ca. 5.000 Arbeitsplätzen. „Dabei stellen wir fest, dass sich die Entwicklung tendenziell vom Schwerpunkt Dienstleistungen und Software entfernt: Es können wieder vergleichsweise mehr Existenzgründungsvorhaben dem Segment Produktion zugerechnet werden als in den Vorjahren“, so Netzer.

Insgesamt hätten die bayerischen Sparkassen im Jahr 2013 erneut mit einer aktiven Kreditpolitik dafür gesorgt, „dass unsere vorwiegend mittelständischen Kunden mit ausreichend Liquidität und Finanzierungsmitteln versorgt werden konnten“. Die 71 bayerischen Sparkassen begleiteten die Unternehmer in allen Phasen der Finanzierung aktiv und verlässlich. ■

Dr. Jürgen Michels:

# Konjunktur- und Marktausblick: Positiv aber turbulent

In einem politisch durchaus schwierigen Umfeld hat sich die Konjunktur im Euro-Raum im ersten Quartal schwächer als erwartet gezeigt. Wie Dr. Jürgen Michels, Chefvolkswirt und Leiter Research BayernLB, in seinem Impuls-Vortrag feststellte, habe mit den enttäuschenden Daten zum Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal (+0,2 % zum Vorquartal) die Konjunktur-Zuversicht im Euro-Raum einen deutlichen Dämpfer erhalten. Nur aufgrund von überraschend starken Zahlen aus Deutschland sei ein Rückgang der Wirtschaftsleistung vermieden worden.

Gemessen an den regionalen Details fiel das Ergebnis im ersten Quartal sogar noch schwächer aus, betonte Michels. Denn ohne Deutschland, wo die Wirtschaftsleistung deutlich um 0,8 % zum Vorquartal zulegte,



Dr. Jürgen Michels.

schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt im Euro-Raum Anfang 2014 sogar wieder leicht. Verantwortlich für die enttäuschende Entwicklung war vor allem die Stagnation in Frankreich und Italien. Zudem verzeichnete die Mehrzahl der kleineren Euro-Länder einen Rückgang der Wirtschaftsleistung. Einzig in Spanien beschleunigte sich die Erholung der vergangenen Quartale weiter.

## TURBULENZEN IN WICHTIGEN SCHWELLENLÄNDERN

Auch im Euro-Raum insgesamt habe der Außenhandel zu Jahresbeginn keinen positiven Wachstumsimpuls geliefert. Hier spiegelte sich zum einen die Beeinträchtigung der globalen Nachfrage durch die Turbulenzen in

wichtigen Schwellenländern und den witterungsbedingt temporären Nachfrageeinbruch in den USA wider. Zum anderen habe die preisliche Wettbewerbsposition der Unternehmen zu Jahresbeginn wohl stärker unter der gestiegenen Bewertung des Euro gelitten. So lag der Euro im Durchschnitt des ersten Quartals handelsgewichtet 0,7 % über Vorquartal und 2,8 % über dem Durchschnitt der vergangenen drei Jahre.

## NUR MODERATE KONJUNKTURERHOLUNG

Michels zufolge hält die BayernLB daher insgesamt am Bild einer nur moderaten Konjunkturerholung mit BIP-Wachstumsraten von 1,1 % in diesem und im kommenden Jahr fest. Bestätigt habe sich auch, dass die Inflation auf absehbare Zeit deutlich unter der EZB-Zielmarke von „unter, aber nahe 2 %“ verharren wird. Die EZB hat darauf mit weiteren Schritten der geldpolitischen Lockerung reagiert. Neben der Senkung des Hauptrefinanzierungssatzes auf 0,15 % und der Einführung eines negativen Einlagesatzes von -0,1 % hat sie zusätzliche Refinanzierungsgeschäfte zur Stimulierung der Kreditvergabe und eine Ausweitung der Vollzuteilung für Offenmarktgeschäfte bis Ende 2016 beschlossen.

## ALLE AUFTRIEBSKRÄFTE AUS DEM INLAND

„Die deutsche Wirtschaft wächst mit einer hohen Dynamik“, führte Michels weiter aus. Im ersten Quartal 2014 stand bei der Wirtschaftsleistung ein Plus von 0,8 % zum Vorquartal zu Buche. Gemessen am mittelfristi-

gen Wachstumspotenzial von etwa 0,3 % pro Quartal sei die Konjunktur damit klar im Aufschwung. So überrasche es auch nicht, dass die Unternehmensstimmung im ersten Quartal außergewöhnlich gut war.

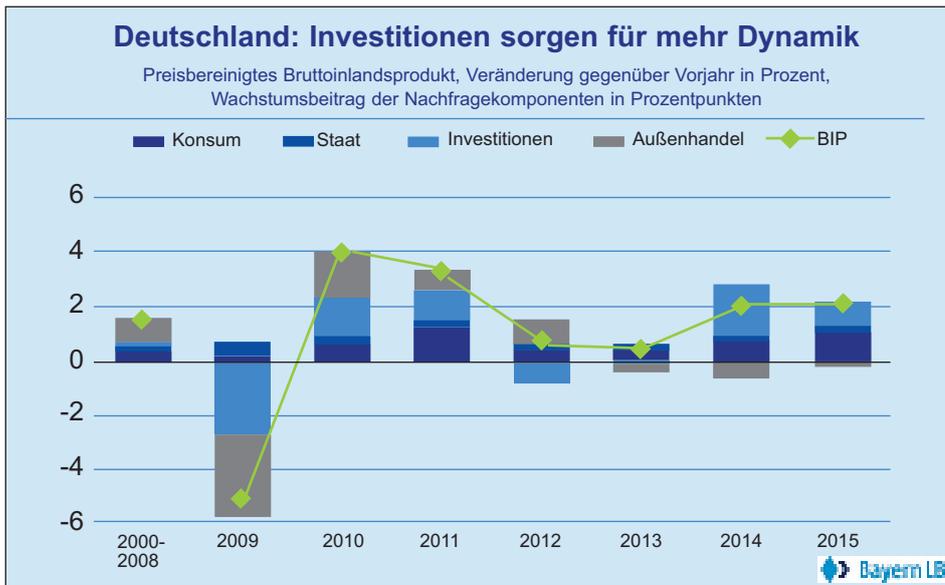
Freilich war laut Michels die hohe Wachstumsrate zu nicht geringen Teilen auch der milden Witterung geschuldet. Die Auftriebskräfte kamen in den ersten drei Monaten dabei vollständig aus dem Inland, während der Außenhandel das Wachstum netto bremste. Letzteres sei aber nicht als Exportschwäche zu interpretieren, sondern lag vielmehr an deutlich gestiegenen Importen aufgrund der starken Nachfrage aus Deutschland. Konjunkturell gesehen sei dies sogar ein positives Zeichen.

## PRIVATER KONSUM TREIBT BINNENNACHFRAGE

Der wichtigste Treiber der Binnennachfrage war der Private Konsum, der aufgrund von steigenden Löhnen bei gleichzeitig niedriger Teuerung auch in den kommenden Quartalen robust wachsen dürfte. Aber auch die Investitionen wurden erstmals wieder deutlich zum Vorquartal ausgeweitet. Zum einen haben die Unternehmen in Deutschland bei zunehmend ausgelasteten Kapazitäten Vertrauen in den Aufschwung gefasst und investieren vermehrt in Ausrüstungsgüter. Zum anderen stützte das niedrige Zinsniveau in Verbindung mit dem milden Wetter die Bautätigkeit.

## WACHSTUMSPROGNOSE 2 %

Aus Sicht der BayernLB sind die fundamentalen Treiber für die binnennachfragegetriebene Konjunkturbelebung wie sich fortsetzender Stellenaufbau, steigende Löhne, niedriges Zinsniveau oder niedrige Inflation intakt und bleiben dies auch über den Prognosehorizont. Entsprechend hat das Institut seine Wachstumsprognose von bisher 1,7 % in 2014 auf nun 2,0 % revidiert. Diese Anpassung er-



gibt sich sowohl aus dem überraschend starken ersten Quartal als auch aus einer leichten Aufwärtsrevision der Quartalsraten ab der zweiten Jahreshälfte und 2015. Folgerichtig

wurde auch die Wachstumsprognose für 2015 auf 2,1 % zum Vorjahr angehoben. Etwaige Risiken für die deutsche Konjunktur aus dem weltwirtschaftlichen Umfeld werden als

begrenzt angesehen. Der schwache japanische Yen helfe zwar japanischen Exporteuren, ihre Margen auszuweiten. Er schlage sich aber bislang nicht in ihrer preislichen Wettbewerbsfähigkeit in den vorwiegend in US-Dollar normierten Exportpreisen nieder und schade somit den deutschen Exporteuren kaum.

#### WACHSTUMSPROGNOSE 2 %

Die chinesische Konjunktur dürfte sich auch in den kommenden Quartalen nur moderat verlangsamen. Zudem dürfte die chinesische Regierung bei einer spürbaren Konjunkturabkühlung verstärkt mit einer Anregung von Investitionen reagieren. Schließlich setzt sich die Konjunkturerholung im Euro-Raum – wenn auch in geringem Tempo – fort, und so dürfte die Nachfrage nach deutschen Exportgütern, trotz der Wachstumsschwäche in den anderen Euro-Kernländern, hoch bleiben, bemerkte Michels. ■

**Dr. Rainer Bauer:**

## Wie geht es in Bayern mit dem Breitbandausbau voran?

In Bayern sind die Regionen außerhalb der großen Ballungsräume bei einer Bandbreite von mindestens 50 Mbit/s weitgehend unter- oder unversorgt. Da insbesondere in den vielen ländlich geprägten Räumen des Flächenlands Bayern die Wirtschaftlichkeitslücken so groß sind, dass hier auf lange Sicht kein eigenwirtschaftlicher Ausbau zu erwarten ist, ergibt sich die Notwendigkeit staatlicher Anreize. Dies betonte Ministerialdirigent Dr. Rainer Bauer aus dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat.

Für die Stärkung vor allem strukturschwacher Regionen sei die flächendeckende Breitbandversorgung von größter Bedeutung, so Bauer. Ziel des vorliegenden Hochgeschwindigkeitsförderprogramms sei es, entscheidende Impulse für den bayernweiten Ausbau von modellhaften Hochgeschwindigkeitsversorgungen mit einer Mindestbandbreite von 50 Mbit/s zu geben, um den IT- und Wirtschaftsstandort Bayern für das Digitale Zeitalter mit hohen und sehr hohen Internetbandbreiten zu rüsten. Gegenwärtig beträgt die entsprechende Netzabdeckung im ländlichen Raum nur 17 Prozent. 82 Prozent der Haushalte verfügen dort über Bandbreiten von 6 Mbit/s und 50 Prozent über 16 Mbit/s.

#### GENEHMIGUNGSVERFAHREN VEREINFACHT

Im Zuge des überarbeiteten bayerischen Breitbandkonzepts, dessen Genehmigung durch die EU-Kommission noch im Sommer erwartet wird, sei das bürokratische Genehmigungsverfahren deutlich vereinfacht worden. Im Wesentlichen beruht das neue Breitbandkonzept auf drei Säulen: Das Förderverfahren wird vereinfacht, die Fördersumme erhöht und die Beratung verbessert.

Die erste Säule hat zum Ziel, den Arbeitsaufwand für die Kommunen etwa um die Hälfte zu reduzieren. Im Einzelnen sieht das

neue Breitbandkonzept folgende Erleichterungen vor: Die Förderbeschränkung auf Gewerbe- und Kumulationsgebiete entfällt, so dass jede Kommune selbst entscheiden kann, wo der Breitbandausbau gefördert wird. Der Bedarf für schnelles Internet wird künftig vorausgesetzt, so dass auf die Bedarfsermittlung verzichtet werden kann. Die Klärung, ob ein Telekommunikationsunternehmen in einem Fördergebiet eigenwirtschaftlich in schnelles Internet investiert, soll beschleunigt werden. Auf die zweimalige Beteiligung der Bundesnetzagentur wird verzichtet und Abschlagszahlungen werden ermöglicht, damit für die Kommunen die Notwendigkeit einer kompletten Vorfinanzierung entfällt.

Gemäß der zweiten Säule soll die Förderung der Wirtschaftlichkeitslücke für die Kommunen verbessert werden. Das bedeutet im Einzelnen: Für den administrativen Aufwand erhalten die Kommunen künftig ein „Startgeld Netz“ in Höhe von 5.000 Euro,



Dr. Rainer Bauer.

das auf die Fördersumme angerechnet wird. Die Fördersätze werden um 20 Prozentpunkte auf maximal 80 Prozent erhöht. Besonders finanzschwache Kommunen können in Einzelfällen sogar bis zu 90 Prozent Förderung erhalten. Die bisherigen Fördersätze lagen je nach Finanzkraft der Gemeinde zwischen 40 und 80 Prozent. Einzelne Kommunen können damit einen Förderhöchstbetrag von bis zu einer Million Euro bekommen – das ist eine Verdoppelung der maximalen Fördersumme. Zusätzlich gibt es einen Bonus von 50.000 Euro für interkommunale Zusammenarbeit.

### EFFEKTIVE BERATUNG

Abgerundet wird das neue Breitbandkonzept durch eine Effektivierung der Beratung. Diese dritte Säule sieht einen Breitbandmanager pro Landkreis vor, der die Kommunen im gesamten Förderverfahren begleitet und sich eng mit der Bewilligungsstelle bei der Regierung abstimmt. Das Bayerische Breitbandzentrum wurde nach Amberg verlagert und hat bereits zu Jahresbeginn seine Arbeit

aufgenommen. Hauptaufgaben sind die Koordination der Beratung durch die Breitbandmanager und die Sicherstellung bzw. Optimierung der Beratungsqualität.

Bauer zufolge befinden sich derzeit 645 Kommunen im Auswahlverfahren und 55 unmittelbar vor der Auswahlentscheidung. 387 Gemeinden haben mit der Markterkundung begonnen. Zum Jahresende hofft das Finanzministerium auf 1.000 Kommunen im Auswahlverfahren.

Mit dem Förderprogramm leistet der Freistaat Bayern nach Bauers Worten auch einen wichtigen Beitrag zur Verwirklichung der Breitbandstrategie der Bundesregierung. Deren Ziel ist es, bis zum Jahr 2018 jeden Haushalt mit mindestens 50 Mbit/s zu versorgen. Auch die EU fordert in ihrer Digitalen Agenda eine Bandbreite von mindestens 30 Mbit/s bis 2020 für alle EU-Bürger und mindestens 100 Mbit/s für mindestens die Hälfte aller europäischen Haushalte in allen Mitgliedsstaaten.

**Klaus Stieringer:**

## „Handeln“ in der Stadt 2.0 – Eine Stadt und ihre Akteure werden digital

**W**ie schafft man es, die Verbindung zwischen digitaler und realer Welt herzustellen? Klaus Stieringer, Geschäftsführer Stadtmarketing Bamberg, weiß aus Erfahrung: „Oftmals wissen Städte schon in der realen Welt nicht, wie sie sich vermarkten sollen. Eine Folge davon ist, dass die Innenstädte zunehmend austauschbar werden.“

Der Vorsitzende des Berufsverbandes City- und Stadtmarketing Bayern (AKCS e. v.) warnte vor dramatischen Veränderungen in Bayerns Städten. Die Symptome – Ladenleerstand und eine zunehmende Filialisierung – seien bereits heute in fast allen Städten deutlich zu erkennen. Daraus resultiere ein zunehmender Kaufkraftabfluss aus dem innerstädtischen Handel, verbunden mit anhaltendem Flächenwachstum in den Randlagen und einer wachsenden Zahl von Mega-Einkaufszentren.

Da ein lebendiges Stadtzentrum aber nicht nur ein Ort des Einkaufens, der Banken, Be-

hörden oder sonstiger Dienstleistungsunternehmen sei, beschäftigten immer mehr Kommunen sog. Citymanager, beteiligten sich an professionellen Werbegemeinschaften und Stadtmarketingorganisationen oder gründeten selbst Stadtmarketinggesellschaften.

### MIX AUS WOHNEN UND HANDEL

Lebenswert blieben Innenstädte nur durch den Mix von Wohnen und Handel; es gelte, die Funktion der Innenstadt als lebendige Kernräume zu erhalten und im Wettbewerb mit anderen Städten weiter zu entwickeln.

Sein mittlerweile 15-jähriges Bestehen feierte im vergangenen November der Stadtmarketing-Verein Bamberg, der mittlerweile bundesweite Vorbildfunktion genießt. Sein erklärtes oberstes Ziel ist es, den Wirtschaftsraum Innenstadt gegenüber seinen Mitbewerbern zu stärken sowie die Attraktivität und Lebensqualität aller am wirtschaftlichen Leben Bambergs Beteiligten zu erhöhen. In diesem Zusammenhang sollen insbesondere die Anziehungskraft der Innenstadt von Bamberg ausgebaut und die Lebensqualität ebenso wie die Besucherfrequenz, die Wirtschaftskraft und das Kulturleben nachhaltig gesteigert werden.

Als Bindeglied zwischen Verwaltung und Wirtschaft steht das Stadtmarketing Bamberg den Mitgliedern und Partnern als „Kümmerer“ zur Verfügung. Innerhalb von 15 Jahren hat es sich mit über 240 Mitgliedern zum größ-

ten privatwirtschaftlichen Netzwerk für Unternehmer und Selbständige in Bamberg entwickelt. Dieses Netzwerk ist dabei die Grundlage für den nachhaltigen Erfolg von Unternehmen, Dienstleistungen und Ideen im Wirtschaftsraum Innenstadt.

### GELUNGENE AKTIONEN

Klaus Stieringer, seit 2003 Geschäftsführer des Stadtmarketing-Vereins, verwies auf eine Reihe gelungener Aktionen wie den im Rahmen des bayerischen Stadtmarketingpreises im Jahr 2005 ausgezeichneten „Bamberger Einkaufsgutschein – City-Schexs“, die erfolgreiche Weiterentwicklung von „Bamberg zaubert“ sowie das eintrittsfreie Blues- & Jazzfestival, das sich mittlerweile über Bayerns Grenzen hinaus einen hervorragenden Namen gemacht hat und jedes Jahr zahlreiche Touristen nach Bamberg lockt. Unter

mybamberg.de, dem Portal des Stadtmarketing Bamberg, kann das umfassende Informationsangebot abgerufen werden.



Klaus Stieringer.

Als eine der ersten Städte in Deutschland überhaupt bietet die Welterbe-Stadt laut Citymanager Stieringer zudem eine kostenfreie und umfassende Bamberg App an. Im Vergleich zu anderen Städten beschränke sich die Bamberg App dabei nicht nur auf den Bereich Tourismus und Sehenswürdigkeiten, sondern biete darüber hinaus umfangreiche Informationen zum Thema Verwaltung, Veranstaltungen, Einkaufen, Gastronomie, Familie und Kultur an. Dem Umstand, dass Stadtmarketing oft auf reines Eventmarketing reduziert wird, begegnet Klaus Stieringer, der im Jahr 2012 zum Deutschen Kulturmanager gekürt wurde, auch mit der Nutzung von Social Media-Kanälen wie Facebook oder Twitter. Für Hinweise bzw. Ideen oder Anregungen aller Art könne man hier den Bürger als Multiplikator nutzen und exakt neue Zielgruppen ansprechen.

### Podiumsdiskussion:

# Energievision der Kommunen und des Mittelstandes trifft auf EEG-Novelle

## Wie sieht das Spielfeld der Zukunft aus?

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) als Motor und Treiber für den Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland trat im April 2000 in Kraft und folgte auf das Stromeinspeisegesetz, das ab 1991 erstmals die systematische Förderung von regenerativ erzeugtem Strom festlegte. Seit seinem Bestehen wurde das EEG mehrfach reformiert, um es an die aktuellen Entwicklungen anzupassen. Das neue Gesetz mit einem Umfang von mittlerweile rund 300 Seiten soll ab 1. August gültig sein. Bleibt die Frage: Bedeutet diese Informationsmasse auch mehr Klasse oder erschlägt das Werk nunmehr jede Vision? Ihre Einschätzung hierzu gaben unter der Moderation von Andrea Bastian (Sparkassenverband Bayern), Prof. Dr. Manfred Miosga (Universität Bayreuth), Heribert Sterr-Kölln (Sterr-Kölln & Partner) sowie Gerhard Falkenstein (Deutsche Kreditbank AG).

Wie Prof. Dr. Manfred Miosga darlegte, seien mit der Einführung des EEG im Jahr 2000 stabile Rahmenbedingungen für die Technologieeinführung erneuerbarer Energien geschaffen worden. An diesem Prozess hätten sich die Kommunen aktiv beteiligt. Sie trugen die Vision der dezentralen Energieerschließung mit, die bis dato sehr stark von Großunternehmen geprägt gewesen sei und

nun das Potenzial habe, zunehmend mittelständischen Charakter zu erlangen.

### KONSEQUENZEN

Mit der Atomkatastrophe von Fukushima im Jahr 2011, die die „Rücknahme des Ausstiegs aus dem Ausstieg“ nach sich zog, sei ein Umbruch erfolgt, der auch Konsequenzen

für die Kommunen hatte. Nicht verändert wurden laut Miosga allerdings die Ausbauziele bzw. die Ausbaugeschwindigkeit der Erneuerbaren Energieträger. Zwar habe es in der öffentlichen Diskussion einen enormen Aufschwung für den Ausbau der Erneuerbaren Energien gegeben, jedoch habe sich dies in der staatlichen Rahmensezung nicht niedergeschlagen.

### EEG-NOVELLE

Im Gegenteil: Am 30. Juni 2011 beschloss der Deutsche Bundestag das „Gesetz zur Neuregelung des Rechtsrahmens für die Förderung der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien“, mit dem das EEG grundlegend novelliert wurde. Diese Novelle trat zum 1. Januar 2012 in Kraft. Erstmals wurde der Ausbau der Photovoltaik gedeckelt und die Einspeisevergütung gesenkt, was zur Folge habe, dass PV-Anlagen mittlerweile

nur noch zum Teil wirtschaftlich sind. Miosga machte darauf aufmerksam, „dass die Kommunen als dezentrale Energie-Akteure paradoxerweise seit Fukushima ein deutlich schwierigeres Umfeld vorfinden“. Der Ausbau der Windenergie mit zahlreichen Bürgergenossenschaften und in Zusammenarbeit mit Stadtwerken sei ein spannender Prozess gewesen, dem im vergangenen Jahr der Beginn der Diskussion über die 10H-Regelung folgte. Kommunen fehle momentan die nötige Unterstützung, Investitionsunsicherheit mache sich breit.

## WERTSCHÖPFUNGSPOTENZIALE

Für ihn als Professor für Stadt- und Regionalentwicklung sei gerade die Möglichkeit zur Erschließung neuer Wertschöpfungspotenziale vor allem in ländlichen Räumen das Faszinierendste an der ganzen Energiewendediskussion gewesen, hob Miosga hervor. Für strukturschwache Räume wie in Ostbayern existierten durchaus Chancen, Erneuerbare Energien über den Eigenbedarf hinaus zu produzieren und anschließend zu exportieren.

Auch die Substitution fossiler Energieträger sollte nach Auffassung des Wissenschaftlers „substanziell vorangebracht“ werden. Es bestehe die „enorme Notwendigkeit“, Treibhausgase deutlich zu reduzieren. Der Ausbaukorridor stelle hier bereits die Bremse dar.

## EIGENBEDARFSLÖSUNGEN UNTERSTÜTZEN

„Wenn es dazu kommt, dass gerade im Photovoltaik-Bereich bestimmte Erzeugungsvolumina ausgeschrieben und dadurch verhandelbar werden, geht dies mit einer gewissen Investitionsgröße der Teilnehmer einher. Dies hätte zur Folge, dass beispielsweise den Bürgerenergiegenossenschaften das Wasser abgegraben würde“, unterstrich Miosga. Hinzu komme, dass die Eigenverbrauchsbelastung dazu führt, dezentrale Eigenbedarfslösungen zu bremsen.

Als geradezu „absurd“ bezeichnete Miosga den Umstand, „dass die EEG-Umlage umso höher ist, je besser die Erneuerbaren Energien funktionieren“. Fakt sei, dass der eigentliche Reformbedarf nicht angegangen wurde, sondern Mechanismen fortgeschrieben worden seien. Die Aufhebung der Elemente der Dezentralisierung sei äußerst bedauerlich.

## THEMA PROFESSIONALISIEREN

„Das Thema Energiewende muss professionalisiert werden“, forderte der Wissenschaftler. Möglichkeiten gebe es hierbei noch in den klassischen Bereichen wie Wind und Photovoltaik. Das auf kommunaler Seite noch zu bestellende Feld liege in der Kombination von Netzbetrieb, Steuerung, Erzeugung und Vermarktung. Die Stadtwerke könnten bei dieser „interessanten Ausbauperspektive“ eine wichtige Rolle spielen. Eine andere Strategie wäre wiederum, interkommunale Koopera-

tionen einzugehen und sich auch Stadtwerke-Partner zu suchen, betonte Miosga.

## SKEPTISCHER BLICK IN DIE ZUKUNFT

Das EEG habe die Basis dafür gelegt, dass eine neue Energiezufuhr überhaupt denkbar und wirtschaftlich wurde, so Sterr-Kölln. Er verwies darauf, dass bei der Photovoltaik für eine Kilowattstunde Strom früher 50 Cent an-



V. l.: Gerhard Falkenstein, DKB; Prof. Dr. Manfred Miosga, Diplom-Geograph, Universität Bayreuth; Andrea Bastian, SVB; Heribert Sterr-Kölln, GF Sterr-Kölln&Partner.

## NATÜRLICHE KOMPLEXITÄT

Heribert Sterr-Kölln, als Steuerberater und Wirtschaftsprüfer gesuchter Experte von Unternehmen und Kommunen, die Nachhaltigkeit erfolgreich gestalten wollen, meinte: „Wir konzentrieren uns darauf, Lösungen in komplexen Situationen rund um das Thema Energie und Energieeffizienz zu erarbeiten. Es gibt genug natürliche Komplexität rund um solche Projekte. Wenn ich das EEG mit einem Umfang von ehemals 20 Seiten und heute von 300 Seiten betrachte, dann ist das keine notwendige Komplexität.“

Kein Hehl machte Sterr-Kölln aus seiner „gewissen Wertschätzung gegenüber dem alten EEG“. Über einen ziemlich langen Zeitraum sei den unterschiedlichsten Playern – je nach Technologie – ein gewisses Maß an Ver-

Produktionskosten anfielen. Heute koste eine Kilowattstunde dieses Stroms weniger als Atomstrom oder Kohle. „Insofern richte ich einen dankbaren Blick zurück und einen skeptischen Blick in die Zukunft“, erklärte der Steuerberater.

Beim Blick auf das neue EEG kann Sterr-Kölln im Bereich Wind keine dramatischen Veränderungen erkennen. Ganz anders verhält es sich freilich in punkto Biomasse: Hier seien durch das neue EEG unter anderem sogar Bestandsanlagen bedroht.

Zur „Ehrenrettung“ des neuen EEG verwies Sterr-Kölln darauf, dass es durchaus einen „natürlichen Reformbedarf“ gab. Diesen habe die Branche in den vergangenen Jahren jedoch verschlafen. Da die Verbände sehr stark ihre Partikularinteressen verfolgt hätten, „kam es nicht zu einem konstruktiven Ganzen, sondern zu einer Vielzahl von Vorschlägen“.

Wie der Wirtschaftsprüfer weiter ausführte, sei das Engagement der lokalen Banken, Kommunen und Bürgerenergiegenossenschaften in der Region sehr hoch. Dies biete gute Chancen für eine gedeihliche Zukunft der Energieversorgung. Ohnehin vermittele die politische Landschaft in Bayern, zu Hause die Hausaufgaben zu machen. Das alte EEG habe dies erlaubt. Nun aber werde dieser Prozess ein Stück weit zurückgedreht.

### BANKENKOMPETENZ FÜR FINANZIERBARE GESCHÄFTSMODELLE

„Da Energie nicht nur mit volatilen Technologien erzeugt werden kann, braucht es auch Zukunftsmodelle“, erläuterte Sterr-Kölln. Im Hinblick auf den Stromverbrauch hätte es seiner Ansicht nach „ein Anreiz- oder Belohnungssystem“ geben müssen. Auf diesem Wege wäre es auch möglich gewesen, wirtschaftliche Speichertechnologien besser zum Einsatz zu bringen. Sterr-Köllns abschließender Appell: „Um künftig finanzierbare Geschäftsmodelle zu entwickeln, brauchen wir Bankenkompetenz. Wenn wir mit Blick auf das EEG 2017 etwas bewegen wollen, so müs-

sen wir uns jetzt mit dem Thema beschäftigen!“

Auch Gerhard Falkenstein, Bereichsleiter Sparkassen und Kooperationen bei der Deutschen Kreditbank AG, richtete einen dankbaren Blick auf das alte EEG. Dem Gesetz sei es gelungen, einen Wirtschaftsraum zu schaffen in dem sich neue gute mittelständische Strukturen entwickeln konnten. Nach Fukushima hätten sich viele Kommunen wieder neu orientieren müssen. Den meisten sei dies gut gelungen. Falkenstein wies darauf hin, dass die DKB maßgeschneiderte regionale Energiekonzepte im Portfolio hat. Finanzierungslösungen zum Einsatz erneuerbarer Energien sowie die Begleitung kommunal initiiertener Bürgerbeteiligungsvorhaben seien gut angenommen worden.

### FINANZIERUNGS- UND REALISIERUNGSMODELLE

„Finanzierungs- und Realisierungsmodelle werden sich auch außerhalb des EEG entwickeln“, zeigte sich Falkenstein überzeugt. Im Übrigen liege die Reduzierung des Geschwindigkeitsausbaus nicht nur am EEG; auch sonstige, zur Realisierung von Projekten

notwendige Rahmenbedingungen zeichneten hier verantwortlich. „Hier ist noch eine Menge Abstimmungsbedarf erforderlich. Die 10H-Regelung zeigt dies eindeutig“, bemerkte der Bereichsleiter.

Nun gelte es, Modelle für das EEG 2017 zu entwickeln – „ansonsten haben wir in zwei Jahren einen Bruch, der zur Investitionsunsicherheit führt“, betonte Falkenstein. Im neuen EEG sei es leider verpasst worden, einen entsprechenden Prozess in Gang zu setzen. Sowohl Kommunen als auch Mittelständler seien neben den Stadtwerken, die diese Herausforderung zunehmend erkennen, aufgerufen, eigene d.h. dezentrale Energiekonzepte zu entwickeln. Da die Rahmenbedingungen im neuen EEG für die Finanzierung relativ stabil sind, werde die DKB als Kompetenzzentrum für Erneuerbare Energie für die bayerischen Sparkassen auch weiterhin Projekte begleiten. Falkenstein: „Wir stehen in den Startlöchern. Bei der Betrachtung lokaler und regionaler Projekte müssen wir über die reine Erzeugung hinausdenken. Gesamtkonzepte sind das A und O. Nur dann handelt es sich wirklich um Daseinsvorsorge.“ ■

### Bayerischer Gründerpreis 2014:

# Energiespeicher der Zukunft und Schuhfertigung „Made in Germany“

Im Umfeld der Unternehmerkonferenz zeichnete der Sparkassenverband Bayern in Nürnberg die Gewinner des Bayerischen Gründerpreises 2014 aus.

Als bestes Unternehmen in der Kategorie „Konzept“ wurde die Hydrogenius Technologies GmbH aus Nürnberg geehrt, die künftig ein Verfahren zur sicheren und effizienten Speicherung elektrischer Energie in Form von Wasserstoff anbieten will. Hydrogenius Technologies ist eine Ausgründung aus der Universität Erlangen-Nürnberg. Beteiligt sind die drei Hochschullehrer Professor Arlt, Professor Schlücker und Professor Wasserscheid sowie Geschäftsführer Daniel Teichmann.

Das 2013 in Nürnberg gegründete Unternehmen entwickelt dezentrale Speichersysteme für Energie, basierend auf dem Verfahren der

sog. „Flüssigen Wasserstoffträger“. Liquid Organic Hydrogen Carrier (LOHC) lassen sich einfach und sicher in der bestehenden Infrastruktur für Mineralölkraftstoffe handhaben. Sie ermöglichen eine sichere Speicherung von regenerativer Energie, gerade in dezentralen Anwendungen wie etwa in Wohnhäusern sowie Fabrik- oder Bürogebäuden. Die Technologie wurde in jüngster Zeit maßgeblich von den Gesellschaftern entwickelt und ist durch eine Reihe von Patenten geschützt.

Derzeit werden erste kundenspezifische Energiespeicher-Anlagen projektiert. In etwa eineinhalb Jahren soll die erste kommerzielle

Anlage aufgebaut sein. Neben dem deutschen Markt wird vor allem auch in Asien und Afrika ein besonders großes Potential gesehen.

### NETZWERK MITTELSTÄNDISCHER BUSUNTERNEHMEN

In der Kategorie „StartUp“ ging der Preis an das junge Münchener Unternehmen Flix-Bus GmbH, das sich vom Drei-Mann-Betrieb zum bundesweit agierenden Verkehrsunternehmen entwickelt hat. Im Netzwerk mit mittelständischen Busunternehmen betreibt FlixBus seit dem Fall des Bahnmonopols auf Fernreiselinien ein bundesweites Streckennetz aus täglichen Fernbuslinien. Innerhalb der Kooperation unter der gemeinsamen Dachmarke übernimmt FlixBus Netzplanung, Mar-

keting sowie Vertrieb u. a. über die Plattform [www.FlixBus.de](http://www.FlixBus.de).

## ERFOLGREICHE GESCHÄFTSMODELLE

FlixBus wurde 2011 von André Schwämmlein, Jochen Engert und Daniel Krauss in München gegründet. Im Februar 2013 starteten die ersten FlixBusse auf vier Linien zwischen Bayern, Hessen und NRW. Seitdem konnte das Startup sein Linienangebot mehr als verzehnfachen und verfügt mittlerweile über ein 120-köpfiges Team. Mit rund 1.000 täglichen Direktverbindungen bis in Nachbarländer ist FlixBus einer der führenden Fernbusanbieter in Deutschland.

FlixBus überzeugt mit rasantem Wachstum dank eines erfolgreichen Geschäftsmodells und der positiven Umsatzentwicklung. Gleichzeitig wurden viele neue Arbeitsplätze geschaffen – nicht nur beim Mobilitätsanbieter selbst, sondern auch bei seinen bayerischen Kooperationspartnern.

Als „Aufsteiger“ konnte sich die MBFZ Toolcraft GmbH aus Georgensmünd durchsetzen, bei der sich alles um die Fertigung von Präzisionsbauteilen, Baugruppen, Werkzeuge und Spritzgussteilen dreht. Seit Gründung durch Bernd Krebs im Jahre 1989 verfolgt das mittelständische Unternehmen eine konsequente Strategie des Wachstums durch Innovation und stetige Erweiterung des Leistungsspektrums. Das Familienunternehmen beschäftigt heute insgesamt 245 Mitarbeiter auf einer Nutz- und Fertigungsfläche von über 10.500 m<sup>2</sup>. Mit unerschöpflicher Innovations-

kraft, modernsten Maschinen und einem hohen Zertifizierungsgrad bietet Toolcraft als Systemlieferant Komplettlösungen aus einer Hand. Im Jahre 2011 erweiterte das Unternehmen sein Produktportfolio um lasergeschmolzene Präzisionsbauteile und sorgt durch die Kombination mit bewährten Kernkompetenzen für entscheidende Mehrwerte. Diese liegen vor allem im Bereich Drehen und Fräsen und auch auf dem Gebiet der Funkenerosion ist Toolcraft ein versierter Partner.

## UMFASSENDE DIENSTLEISTER

Weiterhin ist das Messen und Qualifizieren der gefertigten Produkte elementarer Bestandteil der angebotenen Komplettlösungen. Ein weiterer Geschäftsbereich ist der Spritzguss und Formenbau, in dem Toolcraft die komplette Prozesskette abbilden kann. Doch das Unternehmen ist mehr als nur ein Fertiger – es versteht sich als umfassender Dienstleister für seine Kunden. Dahinter steht ein hochqualifiziertes Team für anspruchsvolle Engineering-Leistungen. Eine Rissprüfanlage zur zerstörungsfreien Oberflächenprüfung von Bauteilen rundet das Portfolio ab.

## SORGSAME NACHFOLGEREGELUNG

In der Kategorie „Nachfolge“ ging der Preis an zwei Unternehmen, die genau punktgleich abschnitten. Dabei handelt es sich um die Lorenz Personal GmbH & Co. KG aus Nürnberg, die die Unternehmensnachfolge musterbildend von innen geregelt hat, und die Grob Aircraft AG aus Tussenhausen, die aus einer Krisensituation heraus von externen Nachfolgern übernommen und saniert wurde.

Die Lorenz Personal GmbH & Co. KG hat sich auf die Überlassung und Vermittlung von qualifizierten Mitarbeitern im Office- und Technik-Umfeld sowie die Erbringung kundenspezifischer Human Resource-Dienstleistungen spezialisiert. Mitarbeitern bietet die Unternehmensgruppe attraktive Arbeitsplätze mit überdurchschnittlich hohen Übernahmechancen.

Für Unternehmen – attraktive Mittelständler, nationale Unternehmen und internationale Konzerne aus unterschiedlichsten Branchen wie Maschinenbau und Elektrotechnik, Pharmazie, Datenverarbeitung, Telekommunikation, dem Bankenbereich und der Sportartikelindustrie – hält Lorenz ein breites, jeweils auf die spezifischen Bedürfnisse zugeschnittenes Spektrum an Personallösungen bereit. Bei der privaten Personalvermittlung begleitet Lorenz Auftraggeber bis zur erfolgreichen Besetzung vakanter Positionen durch den Direkteinstieg passgenauer Kandidaten.

## STRATEGISCHER PARTNER

Im Messeumfeld besetzt Lorenz als strategischer Partner führender Messeveranstalter jährlich zusätzlich mehrere hundert Positionen mit unterschiedlichsten Anforderungen für kurze Zeiträume. Ergänzt werden die Projekt-Dienstleistungen durch kundenspezifische Lösungen wie technische und betriebswirtschaftliche Services, Kommunikations-, Human Resource- sowie Support-Services. Lorenz Personal-Gründerin Helga Lorenz hat als Trendsetterin und Impulsgeberin im Personalmanagement vor 33 Jahren ein Unternehmen geschaffen, das heute mit rund



Bei einer Pressekonferenz präsentierten SVB-Präsident Dr. Ulrich Netzer und sein Stellvertreter Roland Schmutz (6. und 4. v. r.) die Gewinner des Bayerischen Gründerpreises.



### Mit den Trainingsmaschinen Grob G 115 und Grob G 120 ist das Allgäuer Unternehmen Weltmarktführer.

450 Mitarbeitern einen Umsatz von 15 Millionen Euro erwirtschaftet.

In Monika Frenzel hat sie im eigenen Management-Team eine Partnerin gefunden, die das Unternehmen als eigenständige inhabergeführte, mittelständische Unternehmensgruppe erhält und die ihr somit im wahren Wortsinne „nachfolgt“. Die Wirtschaftspresse hat diese Übergabe als beispielgebend bezeichnet. Lorenz Personal hat eine Nachfolgeregelung umgesetzt, die ungewöhnlich und erfolgreich ist, da alle wichtigen Faktoren, vor allem die menschlichen, berücksichtigt worden sind.

### WELTMARKTFÜHRER

Die Grob Aircraft AG als weiterer Gewinner ist der einzige noch verbliebene Hersteller von Motorflugzeugen in Deutschland. Das Unternehmen ist spezialisiert auf den Bau von Höhenaufklärern und Trainingsflugzeugen. Mit den beiden Flugzeugtypen Grob G 115 und Grob G 120 ist das Unternehmen Weltmarktführer im Einstiegssegment der militärischen Trainingsmaschinen. Die Grob Aircraft AG hat einen hohen technologischen Entwicklungsstand, weil bereits seit der Unternehmensgründung im Jahr 1971 die Leichtbauweise durch Verwendung von

Kohlefasertechnologien eingesetzt wird. Seitdem hat das Unternehmen mehr als 4.000 Flugzeuge gebaut und an Kunden ausgeliefert.

Aufgrund der hohen weltweiten Nachfrage nach Höhenflugzeugen erwägt das Unternehmen im Moment die Wiederaufnahme der Produktion für das bereits im Jahr 1991 zugelassene Flugzeugmuster Grob G 520. Obwohl das Produkt bereits vor über 20 Jahren entwickelt wurde, ist es in seinen Fähigkeiten weltweit einzigartig. Das Flugzeug eignet sich als Observationsplattform, die in Höhen über 16 Kilometer operieren und dabei unterschiedlichste Aufgaben wahrnehmen kann.

Die Grob Aircraft AG hat in den vergangenen Jahren auch die Forschung und Entwicklung von neuen bzw. verbesserten Materialien, Werkstoffen und Fertigungsverfahren im Bereich der Faserverbundstoffe wieder intensiviert. Das Zurückgewinnen der Technologieführerschaft auf wichtigen Teilgebieten in diesem weiten Segment gehört zur definierten Strategie des Unternehmens.

### VERANTWORTUNGSBEWUSSTES UNTERNEHMERISCHES HANDELN

Auch der Sonderpreis für besonders verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln wurde in diesem Jahr zweimal vergeben: Im Bereich „Soziale Verantwortung“ wurde der Preis an die Zisterzienserinnen-Abtei Waldsassen verliehen. Als die Äbtissin M. Laetitia Fech OCist 1995 gewählt wurde, kämpfte die Abtei mit dem drohenden Niedergang, dem sie eine innere und äußere Generalsanierung entgegengesetzte und 2013 abschließen konnte. Das gesamte Kloster ist heute mit fast 40 Millionen Euro, die die Äbtissin in unzähligen Bittgängen zusammentrug, von

Grund auf baulich saniert und präsentiert sich wieder als ein Anziehungspunkt sakralen Lebens.

Die verschiedenen Gebäudeteile wurden vom Dach bis hinunter in die durchnässten Kellerräume instand gesetzt, die Fassaden mit knapp 9.000 Quadratmetern erneuert – und eine eigene Hackschnitzel-Anlage versorgt inzwischen nicht nur das Kloster, sondern auch externe Kunden mit Energie. Die Stiftsbibliothek, weltberühmtes Herzstück und Kleinod der Abtei sowie der erweiterte Klosterladen locken heute doppelt so viele Besucher an wie früher – und das neue Gästehaus St. Joseph gehört mit seinem Restaurant und den architektonisch faszinierend gestalteten Zimmern zu den gastronomischen Attraktionen der Region. Die angegliederte Mädchenschule wurde qualitativ zur sechsstufigen Realschule weiterentwickelt – mit dem Ergebnis, dass sich die Zahl der Schülerinnen auf ca. 480 nahezu verdoppelt hat.



Die restaurierte Stiftsbasilika, das Wahrzeichen von Waldsassen.

Zu den Besonderheiten der Abtei zählt auch die restaurierte Klosterkirche, in der jeder Besucher jetzt an der täglichen Vesper, aber auch am gesamten Chorgebet der Ordensschwester, mit ihren Gesängen und Gebeten teilnehmen kann. Der angeschlossene Umweltgarten mit dem Gästehaus St. Joseph komplettiert die Generalsanierung, die aufgrund der erheblich gestiegenen Aktivitäten die Schaffung 48 neuer Arbeitsplätze ermöglichte.

### BAYERISCHE GemeindeZeitung

Sonderdruck der Bayerischen GemeindeZeitung

Redaktion: Doris Kirchner

Fotos: Brigitte Aiblinger, Grob Aircraft AG, Kloster Waldsassen, Sparkassenverband Bayern

Verantwortlich: Anne-Marie von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 9307-22

www.gemeindezeitung.de • info@gemeindezeitung.de

Druck: Creo-Druck, Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg



Während einer festlichen Gala wurden die ausgezeichneten Leistungen sämtlicher Preisträger vorgestellt.

Mit dem zweiten Sonderpreis „Unternehmen für die Region“ wurde die Waldi Schuhfabrik GmbH aus Haßfurt am Main ausgezeichnet. In einer Zeit, in der die Textil- und Schuhproduktion fast vollständig aus Deutschland abgewandert ist, gehört sie mit ihren rund 600 Mitarbeitern und einer kompletten Fertigung „Made in Germany“ weiterhin zu den bedeutendsten Arbeitgebern ihrer Region. Dazu kommen 1.400 Heimarbeiter, deren Aufgabe es ist, Schäfte und Sohlen per Hand zu vernähen.

1945 zunächst als Kinderschuhfabrik gegründet, konzentriert sich die Waldi Schuhfabrik GmbH seit 1986 auf Bequemschuhe der Marke Finn Comfort. Tradition und Innovation sind bei FinnComfort eng miteinander verbunden und garantieren eine hochgradige Kompetenz in Schuhen und Fußbettungen. Fachmännische Anforderungen erfüllend, werden Damen- und Herrenschuhe mit herausnehmbaren, auswechselbaren und veränderbaren Fußbettungen hergestellt, die orthopädischen Grundlagen des Fußes entsprechen. Verwendung finden dabei beste und feinste Naturmaterialien, die mit viel Handarbeit sorgfältig verarbeitet werden. Die Zusammenarbeit mit Orthopädie und Fachhandel bei der Entwicklung neuer Produkte ist dabei zentrales Thema der Firmenphilosophie.

Im März 2012 wurde der Startschuss für das größte Investitionsprojekt des Unternehmens gegeben. Zur Optimierung der Betriebsabläufe wurde eine Zusammenlegung der

beiden Haßfurter Betriebsstätten eingeleitet. Dafür wurde ein gewaltiger Gebäudekomplex mit insgesamt 24.000 Quadratmeter Nutzfläche errichtet, der im Mai 2013 schon bezogen werden konnte. Wirtschaftlich gut positioniert, expandiert das Unternehmen im In- und Ausland. FinnComfort Schuhe findet man heute in 48 Ländern.

### LEBENSWERK

Die Auszeichnung für das „Lebenswerk“ erhielt schließlich Friedrich-Wilhelm Dauphin, Gründer und geschäftsführender Gesellschafter der international agierenden Holding Dauphin Office Interiors GmbH & Co. KG und der dazugehörigen Unternehmen. Aus der 1969 übernommenen Vorgängerfirma hat er einen der bedeutendsten europäischen Bürositz- und Büromöbelanbieter mit einem Jahresumsatz von mehr als 132 Millionen Euro, rund 750 Mitarbeitern und 22 Vertriebs- und Produktionsgesellschaften im In- und Ausland gemacht. Dabei hat er mit seinen Produkten, Techniken und Theorien zum gesunden Sitzen entscheidende Akzente in der Branche gesetzt.

Die Dauphin-Holding ist weltweit aktiv, doch sie verbindet ihre wirtschaftlichen Freiräume in vorbildlicher Weise mit sozialer Verantwortung für die Wirtschaft und die Gesellschaft in der Region, in der sie ihre Wurzeln hat. Friedrich-Wilhelm Dauphin und das Unternehmen geben ihren Erfolg durch die vielfältige Unterstützung regionaler Einrich-

tungen auch wieder an ihre Heimat zurück. In Spitzenzeiten verlassen bis zu 2.000 Büro- stühle pro Tag die Werke. Der jüngste Zweig, die exklusive Wohnkollektion Dauphin Home, erobert seit 2010 Inneneinrichtungen in aller Welt. In China etwa wurde kürzlich eine große Musterhaussiedlung mit und von Dauphin Home möbliert.

In der hauseigenen Forschung und Entwicklung sowie in enger Zusammenarbeit mit Instituten und Universitäten findet bis heute eine stetige Entwicklung neuer Stuhlmechaniken statt. Insgesamt verfügt Dauphin weltweit über 73 Gebrauchsmuster und Patentanmeldungen, 175 Geschmacksmusteranmeldungen und Design-Patente sowie 118 Markenmeldungen. Mit der Konstruktion seiner ersten „Synchron-Mechanik“ wurde Friedrich-Wilhelm Dauphin im Dresdner Hygiene-Museum als „Vater der Synchron-Mechanik“ ausgestellt.

### EIGENINITIATIVE UND GEGENSEITIGE WERTSCHÄTZUNG

Friedrich-Wilhelm Dauphin besticht bis heute durch seine außergewöhnliche Unternehmerpersönlichkeit, sein Familienunternehmen durch eine gewachsene Firmenkultur, die geprägt ist von der Kunden- und Mitarbeiter-Einbindung in die eigenen, gelebten und gepflegten Leidenschaften. Sein Credo: „Wir sind eine Leistungsgemeinschaft auf der Basis von Eigeninitiative und gegenseitiger Wertschätzung.“